

d'Lëtzebuerger **Land**

Land

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#14 66. Jahrgang 5. April 2019



5 453000 174663



4,00€

Supplément *Finances*

Échange automatique, Beps, Brexit ...
– la place financière a tiré son épingle
du jeu, affirme le ministre des Finances,
Pierre Gramegna (DP)

Jetzt komm' ich!

Schwer gewappnet bahnen sich
die beliebten Geländewagen
und SUV einen Weg durch die
Konkurrenzzgesellschaft

Critique et utopie

Le Mudam consacre une grande
rétrospective à l'artiste luxembourgeois
Bert Theis, décédé en 2016

Photo : Trash Picture Company

Gewappnet durch die Konkurrenzgesellschaft: Geländewagen und SUV versprechen „innere Stärke“. Deshalb sind sie so beliebt. Aber so genau will das nicht mal der grüne Mobilitätsminister wissen

Jetzt komm' ich!

Peter Feist

„Dreckschleudern“ hatte LSAP-Präsident Franz Fayot vor vier Wochen jenen Typ Autos genannt, der sich, wenn nicht alles täuscht, in Luxemburg wachsender Beliebtheit erfreut. „SUV und andere Dreckschleudern“ müssten viel höher besteuert werden, schrieb er am 9. März in einem Meinungsartikel im *Luxemburger Wort*. Dass die Vermögenssteuer für Privatpersonen wieder eingeführt gehöre und eine „radikale“ Besteuerung von Immobilienvermögen nötig sei, meinte er auch. Angesichts der „Probleme in den Bereichen Energie, Umweltschutz und Wohnungsbau“ müsse „die öffentliche Hand resolut einschreiten“.

Denkanstöße Dass „die Politik der Anreize an ihr Ende“ gelange und „einschneidende Maßnahmen“ her müssten, findet der LSAP-Vorsitzende nach wie vor, wie er dem *Land* erklärt. Aber fünf Tage nach seinem *Wort*-Artikel war er erst einmal zurückgerudert und gab gegenüber *RTL Radio Lëtzebuerg* zu Protokoll, nur „Denkanstöße“ gegeben zu haben. Zur politischen Kultur Luxemburgs passt es nun mal schlecht, wenn ein Abgeordneter der Mehrheit – noch dazu ein Parteivorsitzender – die Regierung nicht resolut genug findet. Prompt hatten zwei Tage nach Fayots Artikel gleich fünf CSV-Abgeordnete auf einmal sich mit einer parlamentarischen Anfrage an Premier Xavier Bettel nach dem innerbetrieblichen Frieden in der Koalition erkundigt. Zum Glück für Blau-Rot-Grün hat die CSV ihre eigenen Widersprüche an der Spitze: In der Klimapolitik

geht die Regierung dem neuen Parteivorsitzenden Frank Engel „nicht weit genug“ und es müsse „schnell mehr geschehen“. Während Fraktionspräsidentin Martine Hansen das „pragmatisch“ angehen will und sich vor zwei Wochen im *Radio 100,7* alle Mühe gab zu erklären, Engel und sie führten die CSV „gemeinsam“. Ganz besonders erregte sie sich über die Unterstellung, SUV seien „Dreckschleudern“, die höher besteuert gehörten: Das stigmatisiere ihre Besitzer. Hansen fährt selber ein SUV, aber nur ein „Süvchen“. Sie fahre „ganz viel, jeden Tag. Ich denke, dann braucht man ein Auto, das winterfest ist, ein bisschen größer und ein wenig sicherer“.

Lauter Gründe, aus denen immer mehr „Sport Utility Vehicles“ Absatz finden. In Deutschland waren im vergangenen Jahr 26,3 Prozent der neu zugelassenen Autos „Geländewagen“ beziehungsweise „Stadtgeländewagen“. In Europa seien es 30 Prozent gewesen, berichtete am Mittwoch Bruno Magal, Senior Manager bei KPMG, nachdem er die neueste Ausgabe der unter seiner Leitung alle zwei Jahre erscheinenden *Luxembourg Automotive Study* erläuterte hatte. Leider gebe es über die SUV hierzulande keine Daten. Doch wenn der durchschnittliche CO₂-Ausstoß der Neuwagen seit zwei Jahren wieder zunimmt, dann höchstwahrscheinlich, meint Magal, weil einerseits mehr Benzin- statt Dieselaautos gekauft werden und zum anderen weil schwere Autos, die mehr Kraftstoff brauchen, um vom Fleck zu kommen, in Luxemburg so beliebt sind.

Für den größten BMW-Geländewagen werden je nach Motorisierung 190 beziehungsweise 249 Euro Jahressteuer fällig. Das sieht ganz verträglich aus für das ab 98 000 Euro teure Auto

Schwer und stark Geländewagen sind schwer. Ein großer wie der BMW X7 bringt es auf fast zweieinhalb Tonnen Leermasse, der Porsche Cayenne auf zwei Tonnen. Dagegen wiegt der geräumige Kombi VW Passat Variant leer anderthalb Tonnen. In Luxemburg tatsächlich besonders viele schwere Autos neu zugelassen: 2015 wogen die Neuzulassungen im Schnitt 1,495 Tonnen. 2016 waren es 1,497 und 1,503 Tonnen 2017. Nur in Schweden bringen die Neuwagen noch mehr auf die Waage, sind aber nicht übermäßig stark. Die in Luxem-

burg dagegen haben neben denen in Deutschland und Polen die meisten PS in der EU, wie die Europäische Umweltagentur in einem am gestrigen Donnerstag veröffentlichten Bericht festhielt.

Was das mit Geländewagen zu tun haben könnte, scheint hierzulande aber kaum jemand diskutieren zu wollen – jedenfalls nicht in aller Öffentlichkeit. In deutschen Medien ist seit Herbst vergangenen Jahres vom „SUV-Wahn“ die Rede. Unter anderem auch, weil der Automobilclub ADAC im Dezember verlangt hat, Straßen und Parkplätze müssten verbreitert werden, da die neuen Autos nun mal größer seien als ältere.

Im Nachbarland aber herrscht einigermaßen Klarheit darüber, wohin der Geländewagen-Zuwachs geht. Dort führt das Kraftfahrzeugbundesamt in seiner Zulassungsstatistik die Kategorien „Geländewagen“ und „SUV“. In Letztere fallen kleinere geländewagenähnliche Autos, die nicht unbedingt einen Allradantrieb haben. In Luxemburg gibt es solche Unterscheidungen nicht. Die Zulassungsbehörde SNCA erfasst nur, was auf den Konformitätszertifikaten der Fahrzeuge steht. Was dort eingetragen sein muss, schreibt eine EU-Richtlinie vor. Geländewagen oder SUV enthält sie nicht, in Deutschland hat diese Rubriken das zuständige Amt selber geschaffen. Obwohl dem Luxemburger Mobilitätsministerium seit über fünf Jahren ein grüner Minister vorsteht, beantwortet François Bauschs Sprecherin Danielle Frank die Frage, ob es nicht nützlich wäre, die SNCA zu beauftragen, die

Fahrzeuge detaillierter aufzuschlüsseln, abschlägig: „Luxemburg hält sich eins zu eins an die EU-Richtlinie. Die kennt keine genaue Definition von SUV. Sollte sich das ändern, werden wir das gerne auch bei uns umsetzen, doch das ist im Moment nicht der Fall, auch wenn andere Länder das anders entscheiden.“

Nicht gewollt Man kann nur spekulieren, weshalb mehr Transparenz politisch offenbar nicht gewollt ist. Immerhin ist Luxemburg mit 740 Autos auf tausend Einwohner (Stand 2016) Europameister in der Motorisierung. Nur in Liechtenstein, Monaco, San Marino und Island ist sie vielleicht noch höher, denn diese vier Länder erfasst die vom europäischen Autoherstellerverband Acea geführte Hitparade nicht.

Eine Debatte über SUV und Geländewagen zuzulassen, und überhaupt über große und starke Autos, ist allerdings politisch riskant; das erklärt die Reaktion auf den Dreckschleudern-Vorwurf Franz Fayots. Das hatte sich schon 2006 gezeigt, als die damalige CSV-LSAP-Regierung über die Reform der Autosteuer und ihre Umstellung auf die CO₂-Emissionen vorsichtshalber die Tripartite entscheiden ließ. Die Steuerlast werde sich um ein Drittel bis das Dreifache erhöhen, teilte die Regierung dem Autovolk mit; vor allem große Geländewagen würden stärker besteuert. Dass die Reform am Ende zum Politikum wurde und nach dem Inkrafttreten Anfang 2007 sich 30 000 Autobesitzer eine Zeitlang weigerten, die Steuer zu zahlen, lag aber nicht nur an der erhöhten Steuerlast. Sondern auch an den Problemen, die die Zollverwaltung bei der Ausstellung der neuen Steuerbescheide hatte. CSV-Finanzminister Jean-Claude Juncker, in dessen Zuständigkeit das fiel, hielt sich auffällig im Hintergrund und ließ es zu, dass der öffentliche Unmut sich vor allem über Transport- und Umweltminister Lucien Lux von der LSAP entlud.

Die Klimaziele Wollte man nun „Dreckschleudern“ höher besteuern, wie Franz Fayot das vorschlägt, wäre eine ähnliche politische Übung nötig. Vielleicht ist sie unumgänglich. Hat die Regierung sich doch vorgenommen hat, die nationale Treibhausgas-Bilanz bis 2030 um 50 bis 55 Prozent gegenüber 2005 zu verbessern. Dass in den Debatten über den Klima- und Energieplan, der bis Ende des Jahres abgeschlossen sein soll, die Autosteuer zum Thema werde, sei nicht auszuschließen, sagt Olaf Münichsdorfer, der Sprecher von Umweltministerin Carole Dieschbourg (Grüne).

Die Frage wäre dann aber, was eine höhere Besteuerung bringen soll und wie weit man dabei geht: Zwar nehmen die CO₂-Emissionen der Neuwagen seit zwei Jahren wieder zu, vorher aber waren sie zwei Jahrzehnte lang rückläufig. 1995 stieß die Neuwagenflotte im Schnitt 197 Gramm CO₂ pro Kilometer aus; ungefähr so viel, wie heute ein Großgeländewagen BMW X7 mit Benzinmotor.

2005 war der CO₂-Schnitt bei 168 Gramm pro Kilometer angelangt. Bis 2016 sank er auf 127,6 Gramm pro Kilometer, ehe er wieder wuchs und im vergangenen Jahr 132,1 Gramm pro Kilometer erreichte. Doch selbst für ein Auto, das so gut ist wie der 2018-er Durchschnitt, sind lediglich 79 Euro jährliche Autosteuer zu zahlen, wenn es einen Benzinmotor hat, und 118 Euro für einen Diesel mit solchem Emissionsniveau. Dabei ist der Schnitt vom vergangenen Jahr weit weg von den 95 Gramm pro Kilometer, die 2021 alle Neuwagen in der EU durchschnittlich erreichen müssen. Für ein Benzinauto, das heute so viel emittiert, werden nach der aktuellen Tabelle 34 Euro Jahressteuer fällig, für einen Diesel 51 Euro. Und selbst für den BMW X7 als Benziner oder Diesel sehen die 190 beziehungsweise 249 Euro Jahressteuer ganz verträglich aus angesichts eines Preises ab 98 000 Euro für das XXL-SUV.



Wie viele Geländewagen und SUV es in Luxemburg gibt, ist unbekannt. Für das Mobilitätsministerium existieren diese Autos nicht

Ob die Autosteuertabelle die richtige „Lenkungs-effekte“ entfaltet, ist demnach eine berechtigte Frage. Da scheint der LSAP-Vorsitzende nicht Unrecht zu haben. Vermutlich tun selbst die 634 Euro Jahressteuer, die für einen Rolls-Royce Cullinan, den laut Kritikern „edelsten“ Geländewagen der Welt, seinem Besitzer nicht allzu weh: Wer für den Kauf des Cullinan 315 000 Euro ausgeben konnte, dürfte auch 1,74 Euro pro Tag an Steuer erübrigen können.

Im SUV zum Bioladen SUV sind aber nicht einfach „Dreckschleudern“, wie Franz Fayot behauptet hat, sondern komplexe Phänomene. Zum Beispiel steckt im Geländewagen-Boom ein Widerspruch: Die teuren Fahrzeuge können sich nur Besserverdienende leisten, von denen vielleicht nicht alle, jedoch vermutlich viele, ein ausgeprägteres Umweltbewusstsein haben dürften. Dennoch fahren sie SUV. Das Zentrum für Fahrzeugforschung an der Universität Duisburg-Essen schrieb 2015: „Während beim Wochenendeinkauf seit Jahren immer häufiger Bio-Produkte oder solche aus regionalem Anbau in die Einkaufstüte wandern, landet die immer häufiger im Kofferraum eines SUV. Die stehen aber so gar nicht für ökologisches Handeln, sondern gelten als Treibstoffschlucker.“

Doch was wie ein Widerspruch aussieht, sei gar keiner, meinen die beiden Politikwissenschaftler Ulrich Brand und Markus Wissen in ihrem 2017 erschienenen Buch *Imperiale Lebensweise*: „SUV-Fahren ist, solange dies nicht alle tun, sicherer als

„SUV-FahrerInnen schützen sich und ihre MitfahrerInnen bestmöglich vor den Gefahren der Automobilität, ohne selber darauf verzichten zu müssen, automobil zu sein. Mit dem Einkauf von Bioprodukten tragen sie ein Übriges zu ihrer und ihrer Lieben Gesundheit bei“

das Fahren in kleineren PKW. SUV-FahrerInnen schützen sich und ihre MitfahrerInnen bestmöglich vor den Gefahren der Automobilität, ohne selber darauf verzichten zu müssen, automobil zu sein. Mit dem Einkauf von Bioprodukten tragen sie ein Übriges zu ihrer und ihrer Lieben Gesundheit bei. Zweifellos ist dieses Verhalten nicht verallgemeinerbar: Es beeinträchtigt die Sicherheit und die Lebensbedingungen anderer und unter-

gräbt in dem Maße, wie diese anderen genauso handeln, seine eigenen Voraussetzungen.“ In anderen Worten: Wer ein Elektro-SUV wie den Tesla Model X oder den Audi e-tron abgasfrei fährt und zumindest in Luxemburg mit hundertprozentig aus erneuerbaren Quellen erzeugtem Strom nachlädt, ist nicht weniger ein „Jetzt kommt' ich!“-Automobilist wie der Fahrer eines Geländewagens mit Verbrennungsmotor. Dass für die elektrischen Luxus-SUV nur die Mindest-Autosteuer von 30 Euro anfällt, lenkt ab vom anderen Teil der Wahrheit: SUV sind auch automobile Vehikel der immer rücksichtsloser werdenden kapitalistischen Gesellschaften.

Wer in einem dieser hochbeinigen Fahrzeuge unterwegs ist, kann meinen, dass der Verkehr ihm nichts anhaben könne. Selbst bei Schnee, wie das die CSV-Fraktionspräsidentin beschrieben hat, die die Reise aus dem Ösling in die Hauptstadt lieber im „sicheren“ Stüvchen antritt. Wer den Klimawandel ernst nimmt, passt sich durch SUV-Nutzung an die Folgen des Klimawandels an.

Klassencharakter Gleichzeitig bewerben die Geländewagen- und SUV-Hersteller ihre Autos mit Subjektivitäts-Versprechen: „Für all die Wege, die dich stärker machen“, empfiehlt Mercedes sein neues „Premium-SUV“ GLE. Dieses Auto zu fahren, sei „Ausdruck innerer Stärke“. Das leuchtet ein: Wird die Position des SUV-Fahrers immer unangreifbarer, wird das Auto zu einem Medium, mit dem die Mittelschicht ihren sozialen Abstiegsängsten den Anlass zu nehmen versucht. So lässt sich auch verstehen, weshalb SUV als Fahrzeugkategorie, die laut EU-Vorschriften gar nicht existiert, dennoch ein ungebrochener Marketing-Hit ist und vom „Premium-SUV“ bis hin zu kleinen Geländewagen-Derivaten derzeit rund hundert verschiedene Modelle im Handel sind: SUV-Fahren hat Klassencharakter. Lag das Freiheitsversprechen der Automobilität anfangs in der Befreiung von den Zwängen von Fahrplänen und Streckennetzen der Eisenbahn, sowie von dem, mit vielen anderen Menschen reisen zu müssen, kommt heute dasjenige hinzu, in einer Gesellschaft, in der die Konkurrenz immer mehr zur Norm wird, zumindest gut gewappnet zu sein, wenn man ein SUV fährt. Distinktionsangebote, die noch weiter gehen, wie etwa

die auf Wunsch „garantiert vegane Innenraumverkleidung“ im Tesla Model X, kosten entsprechende Aufpreise. Wer nicht viel Geld hat, aber dennoch ein SUV möchte, kann sich den Dacia Duster ab 11 600 Euro anschauen.

Die Frage, ob SUV „eingeschränkt“ gehören, ist damit nicht leicht zu beantworten und politisch auf jeden Fall delikat. Stadtmenschen, die dafür eintreten, wie der LSAP-Präsident, können sich der Arroganz gegenüber denen verdächtig machen, die auf dem Lande wohnen, auf ein Auto angewiesen sind und dem Mainstream folgend ein SUV fahren. Die CSV-Fraktionsvorsitzende aus dem Norden scheint bereit, gegen derartige Initiativen falls nötig die Interessen der kleinen Leute vom Lande, nicht zuletzt die der ihrer Partei traditionell wichtigen Landwirte, verteidigen zu wollen.

Doch wenn SUV, vor allem große Geländewagen, im öffentlichen Raum, der allen gehört, viel mehr Platz beanspruchen als andere, dann fragt sich, mit welchem Recht. Ob Geländewagen ein Risiko im Straßenverkehr darstellen, fragt sich auch.

Being hit ... 2014 fanden Wissenschaftler der University of California in Berkeley heraus: „Heavier vehicles are safer for their own occupants but more hazardous for other vehicles. (...) Being hit by a vehicle that is 1 000 pounds heavier generates a 40–50% increase in fatality risk.“

Dabei gebe es, wie 2011 in Deutschland die Unfallforschung der Versicherer, eine Abteilung im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, schrieb, kein „besonderes Fehlverhalten“ von SUV-Fahrern, und „die typische Risikogruppe der jungen Fahrer ist bei SUV unterrepräsentiert“. Doch „bei Kollisionen zwischen PKW und SUV haben die PKW-Insassen ein deutlich höheres Risiko verletzt oder gar getötet zu werden, insbesondere, wenn der SUV groß ist und/oder einen Leiterrahmen hat“.

2013 wertete die Unfallforschung der Versicherer Unfälle aus dem Jahr 2008 aus und hielt fest: „Werden ausschließlich Zusammenstöße zwischen SUV und PKW betrachtet, so wird ein deutliches Ungleichgewicht in den Unfallfolgen erkennbar.

(...) Bei den Getöteten beträgt – bei teilweise kleiner Fallzahl als Basis – das Verhältnis 1 zu 4, bei Schwerverletzten 1 zu 2,3.“

Für Luxemburg gibt es solche Erkenntnisse weder bei der Sécurité routière ASBL, noch im Mobilitätsministerium. Ministeriumssprecherin Frank erklärt, „wir haben auch andere Studien gesehen, die ganz widersprüchlich sind“. Manche würden „das genaue Gegenteil“ der Untersuchung aus Kalifornien über das Risiko beim Zusammenstoß zweier Autos mit tausend US-Pfund Gewichtsunterschied behaupten. „Zuverlässige Rückschlüsse können wir nicht ziehen“, was Gefährdungen im Verkehr durch SUV angeht. Frank verweist zum Beispiel auf eine Auswertung europäischer Crash-Tests, in denen ermittelt wurde, inwieweit SUV und Kompakt-PKW den Vorgaben zum Fußgängerschutz entsprechen. SUV schnitten dabei insgesamt leicht besser ab.

Bewegung ins Angebot der Geländewagen könnte aber schon demnächst kommen: Wegen des SUV-Booms, der quasi überall in der EU stattfindet, riskieren die Hersteller in zwei Jahren das vorgeschriebene Maximum von 95 Gramm CO₂ pro Kilometer in ihrem Neuwagen-Flottendurchschnitt nicht einzuhalten. Tritt das ein, wird eine Strafe erhoben, die umso höher ausfällt, je mehr das Ziel verfehlt wird. Wie KPMG am Mittwoch vorrechnete, könnte das einen Hersteller unter Umständen dreistellige Millionenbeträge kosten. Werden SUV dann teurer? Wer weiß.

Sicherer scheint, dass selbst ein gut funktionierender öffentlicher Transport nicht vom Kauf eines großen Autos abhalten muss. Das zeigt ausgerechnet das Beispiel der Schweiz, die für ihre gut ausgebauten und pünktlichen Bahnen bekannt ist und von Mobilitätsminister Bausch gern als Vorbild genannt wird. 2016 war dort der durchschnittliche CO₂-Ausstoß neuer Autos mit 134 Gramm pro Kilometer der höchste europaweit. Vielleicht fährt ja auch dort, wer sich das leisten kann, ein SUV.

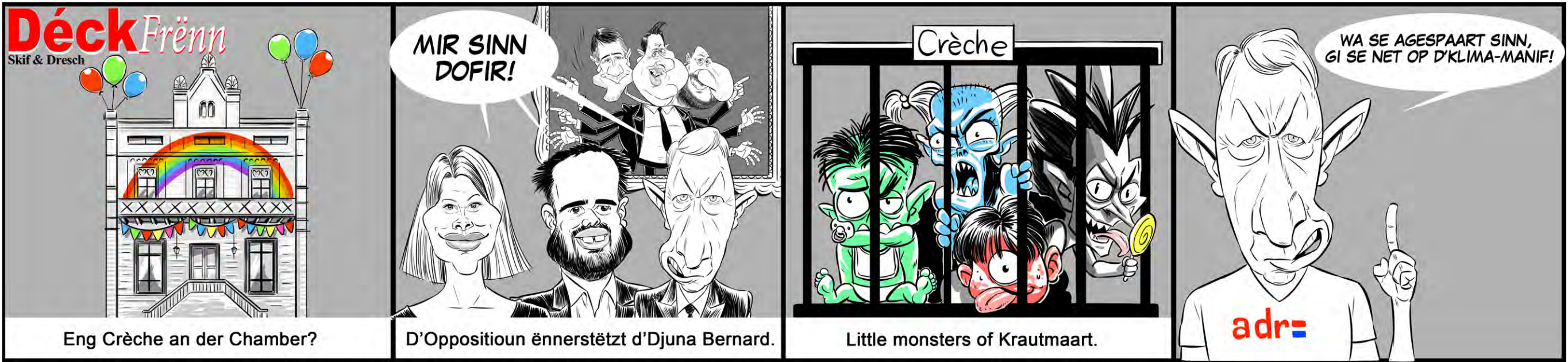
¹ Anderson, M.L.; Auffhammer, M., „Pounds That Kill: The External Costs of Vehicle Weight“. *The Review of Economic Studies*, Volume 81, Issue 2, April 2014, Pages 535–571



Luxemburg ist nach wie vor das am stärksten motorisierte Land der EU mit einem außerordentlich jungen Fuhrpark. KPMG bei der Vorstellung ihrer *Luxembourg Automotive Study 2019*



Eines der teuersten SUV: der Bentley Bentayga



Leitartikel

Déjà-vu-Erlebnis

Romain Hilgert

Dass der geplante Ostermarsch zwei Wochen vor Ostern stattfinden soll, dürfte vor allem mit der Festlegung der Schulferien durch das Erziehungsministerium und der daraus erwachsenden Angst zu tun haben, dass am Karsamstag viele Menschen verreist sein könnten. Bezeichnend ist es trotzdem, dass am morgigen Samstag die im Laufe der Jahre sachte eingeschlafene Tradition der österlichen Friedensmärsche wiederbelebt werden soll. Denn im Gegensatz zur Umweltbewegung war die Friedensbewegung stets ein Stiefkind der öffentlichen Darstellung, so als seien Atombomben harmloser als Atomreaktoren. Doch CSV, *Luxemburger Wort* und Kalte DP-Krieger warfen der Friedensbewegung, wie schon der Antiatombewegung der Fünfzigerjahre, stets vor, nützliche Idioten des *Ennemi* zu sein. Trotzdem mobilisierte auf dem letzten Höhepunkt und der Entscheidungsschlacht des Kalten Kriegs in den Achtzigerjahren die auch in eine sozialdemokratische Variante gesplante Bewegung Tausende.

Als die USA sich 2003 mit Hilfe von *Fake news* über Massenvernichtungswaffen anschickten, im Irak einzumarschieren, hatten nicht nur linke Parteien und Gewerkschaften, sondern schweren Herzens selbst CSV und ADR zu einer Kundgebung von mehr als 10 000 Menschen aufgerufen. Der Krieg konnte nicht verhindert werden,

noch wollen sich die rechten Kreuzritter von CSV und ADR heute daran erinnern, dass er zur Geburtsstunde des islamistischen Terrors in den Metropolen wurde.

Doch während einige Aktivisten der Friedensbewegung es inzwischen bis zum Minister oder Gewerkschaftsvorsitzenden gebracht haben, wurden die Ostermärsche immer kleiner, bis sie in Vergessenheit gerieten, selbst als die Nato sich nach Osten ausbreitete und begann, *Out-of-area*-Kriege gegen Jugoslawien und Libyen zu führen, während jeweils zwei großherzogliche Unteroffiziere von Mali bis Afghanistan abkommandiert wurden. So sind es auch einige Vertreter einer neuen Generation von Friedensaktivisten, die als vor einem Jahr gegründete Friedens- und Solidaritätsplattform und mit Unterstützung linker Parteien und Gewerkschaften zu einem neuen Ostermarsch aufrufen.

Dabei fällt auf, dass nicht nur gegen die Kriegstreiberei in der großen weiten Welt protestiert, sondern auch die eigene Regierung ermahnt werden soll, nicht der US-Forderung nachzukommen, die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Denn während der vorigen Legislaturperiode hatte die

Koalition mit Millionenbeträgen den Militärhaushalt verdoppelt. DP, LSAP und Grüne werden ermahnt, den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen zu ratifizieren, und sie sollen sich gegen die von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker geförderte Verteidigungsunion und die von ihm geforderte Europäische Armee aussprechen. Noch pikanter ist die Warnung, „Luxemburg sollte nicht ins Rüstungsgeschäft einsteigen“, wie es nicht nur mit Militärsatelliten begonnen und im Koalitionsabkommen sogar Klein- und Mittelbetrieben versprochen wurde.

Doch die aktuellen Beweggründe des Ostermarsches erscheinen auch als eine bittere Ironie der Geschichte. Denn hatten die Ostermärsche der Achtzigerjahre den größten Zulauf beim Protest gegen die von den USA erzwungene Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa, so soll nun gegen die von der US-Regierung angekündigte Aufkündigung des INF-Vertrags protestiert werden, der die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa verhindern soll. Und machte der von US-Präsident Ronald Reagan angekündigte „Krieg der Sterne“ vielen Menschen Angst, so hat US-Präsident Donald Trump gerade die Gründung einer sechsten Waffengattung der US-Armee, der US-Space Force, verfügt..

Die Kommission von Venedig, die der Europarat nach dem Kalten Krieg gegründet hatte, um die neuen Mitglieder aus dem Osten Demokratie zu lehren, erklärt sich weitgehend zufrieden mit der Machtbesneidung, die der Großherzog durch die geplante große Verfassungsrevision erleiden soll. Allerdings räumten ihm Artikel 47 noch größere Vorrechte ein, als er tatsächlich genieße, heißt es in dem diese Woche veröffentlichten Gutachten. Auch sei der Begriff der „internationalen Krise“, die Notstandsmaßnahmen rechtfertige, zu schwammig. Die Kommission stört sich dagegen nicht daran, dass die Rolle des Großherzogs bei der Regierungsbildung im Unklaren bleiben soll. rh.

Sven Becker

blog

Personalien

Personalien

Politik

Verkehr

Gesundheit

Medien

Xavier Bettel,

Premierminister (DP), der am Mittwoch an den vom Wirtschafts- und Sozialrat organisierten Gesprächen über das Europäische Semester zur Vorbereitung des Staatshaushalts teilnahm, freute sich darüber, dass keiner der Sozialpartner mehr „die Alarmglocken“ läute. Finanzminister Pierre Gramegna (DP) nannte die Staatsfinanzen „gesund“ und hatte nicht einmal mehr Angst vor der „impliziten Staatsschuld“ der Rentenversicherung. Zur relativen Harmonie zumindest des öffentlichen Teils der mehrteiligen Gespräche mag auch beigetragen haben, dass der Premier beim Thema weiterer, von den Gewerkschaften abgelehnten Senkungen der Unternehmensbesteuerung vage blieb, als er lediglich meinte, die Wirtschaft müsse wettbewerbsfähig bleiben. rh.

François Bausch,

Mobilitätsminister (Grüne), widersprach am Mittwoch in einem RTL-Radiointerview, dass verstärkte Verkehrskontrollen, neue Radare und demnächst auch „getarnte“ Motorräder, mit denen Polizisten Rasern nachstellen, als Schikane empfunden werden könnten. Hielte jeder sich an die Regeln, gäbe es keine Probleme. Tempo-90-Schilder auf der Landstraße meinten Höchst- und nicht Mindestgeschwindigkeit. Heute Nachmittag stellt Bausch seinen Aktionsplan *Moto* vor, mit dem er die Sicherheit von Motorradfahrern verbessern will. pf

Guy Feyder,

Landwirt und Vertreter der Bauernzentrale, wurde diese Woche als Präsident der Landwirtschaftskammer bestätigt. Er hatte das Amt nach dem Tod von Marco Gaasch vor vier Monaten übernommen. Die in der Berufskammer der Bauern, Winzer und Gärtner vertretene Bauernzentrale, Bauernallianz und Fräie Lëtzebuurger Bauer, die noch 2013 gegeneinander kandidiert hatten, hatten sich dieses Jahr auf eine gemeinsame Liste für 19 Mandate geeinigt, so dass keine Wahlen stattfanden (Foto: MA) rh.



Corinne Cahen,

Familienministerin, bekämpfte als Sprecherin des hauptstädtischen Geschäftsverbands den Bau einer Straßenbahn. Als Ministerin und DP-Präsidentin ist sie inzwischen für die Tram. Nun wirbt das familieneigene Schuhgeschäft in Anzeigen mit einem großzügigem Straßenbahnrabatt während der Straßenbauarbeiten im Bahnhofsviertel: „Chantier Tram 6.-20. April 2019 –20%“. rh.

614 000-Einwohnerstaat

Einst hatte der ehemalige Premierminister Jean-Claude Juncker (CSV) Panik geschürt, die Heimat werde im Chaos eines gigantischen 700 000-Einwohnerstaats versinken. Diese Woche meldete das statistische Amt Statec, dass mittlerweile schon 614 000 Leute im Land lebten. Doch selbst von der im Wahlkampf bei CSV, ADR und Grünen geforderten Wachstumsdebatte ist kaum noch etwas zu hören. Vergangenes Jahr kamen 6 274 Kinder zur Welt und 24 644 Leute wanderten ein, 4 318 starben und 13 985 wanderten aus. Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung sank um 0,4 Prozent, weil durch Naturalisationen und die Reform der Staatsbürgerschaft mehr Leute die Luxemburger Nationalität annahmen. rh.

Meinungsfreiheit

Anlässlich des Besuchs des russischen Premierministers Dmitri Medwedew Anfang März in Luxemburg hatte die US-Botschaft die Regierung ermahnt, die ganze Welt blicke auf sie, ob sie das Recht der Einwohner der Krim-Halbinsel verteidige, „zu bleiben, was sie sind“. Von verschiedenen Abgeordneten darauf angesprochen, antwortete Premier Xavier Bettel (DP) nun einen Monat später, dass er die Meinungsfreiheit des US-Botschafters respektiere und dass er gegenüber dem russischen Gast die Position der Europäischen Union wiederholt habe. rh.

Erste Tests



Seit Jahren spricht LSAP-Wirtschaftsminister Etienne Schneider davon, Luxemburg werde zum „Testbed“ für neue digitale Anwendungen entwickelt. Am Mittwoch fanden in Schengen die ersten Testfahrten für vernetzte Autos statt. Damit will ein deutsch-französisch-luxemburgisches Konsortium im Dreiländereck vor allem ermitteln, wie Autos, die eines Tages autonom fahren sollen, in 5G-Netzwerken so zusammengeschaltet werden können, dass auch beim Übergang vom 5G-Netz des einen Landes in das eines Nachbarlandes die Verbindung garantiert nicht abreißt und stets eine Echtzeitverbindung zwischen dem Fahrzeug und Sensoren in der Straßeninfrastruktur gewahrt bleibt. Die ersten Tests am Mittwoch fanden mit großem Bahnhof statt; Wirtschaftsminister Schneider und Mobilitätsminister François Bausch (Grüne) empfingen die Verkehrsminister aus Paris und Berlin sowie die saarländische Wirtschafts- und Verkehrsministerin (Foto: Luxinnovation). pf

Ärzte gesucht

Um einen wachsenden Ärztemangel zu verhindern, beschloss die Regierung am Freitag, die Entschädigung für Ärzte in der Ausbildung von 2 100 auf 3 300 Euro monatlich zu erhöhen. Die Entschädigung für angehende Fachärzte soll von 2 100 auf 2 700 Euro steigen. Die ab dem Sommer gültigen Tarife werden ab dem Studienjahr 2020-2021 durch wiederum neue ersetzt, wenn die Universität Luxemburg neue spezialisierte Studiengänge für Mediziner anbietet. Auf diese Weise hofft das Gesundheitsministerium, ausländische Studenten anzulocken, die sich dann nach ihrem Abschluss hierzulande niederlassen könnten. rh.

Provisorische Abkommen

Nach der heftigen Kritik auf dem Jahreskongress der Polizeigewerkschaft SNPGL traf sich am Mittwoch ihre Dachorganisation CGFP mit dem grünen Minister für innere Sicherheit, François Bausch, und der Polizeidirektion. Man sei sich einig gewesen, erklärte die SNPGL anschließend, dass das Gesetz über die Arbeitszeitregelung und Arbeitszeitkonten schnellstens geändert werden müsse. Bis dahin wolle man noch vor Monatsende Abkommen unter Sozialpartnern über die Arbeitszeit der Polizeibeamten unterschreiben. rh.

Möbel Martin zahlt’s

Während die Werbeeinnahmen vergangenes Jahr insgesamt um 2,6 Prozent stiegen, gingen die Werbeeinnahmen der Presse weiter zurück. Die Werbung in den Tageszeitungen, das heißt vor allem im *Luxemburger Wort* und in *L’Essentiel*, macht fast die Hälfte der Werbeeinnahmen aus, aber sie fiel um 1,5 Prozent. In der Wochenpresse, die seit Jahren am meisten unter rückläufiger Werbung leidet, stiegen die Einnahmen zwar um 20,6 Prozent, aber bloß dadurch, dass die Anzeigen der von der Post, dem Sankt-Paulus- und dem Editpress-Verlag herausgegebene Postwurfsendung *Imail News* eingerechnet wurden. Um 3,2 Prozent sanken auch die mehrere Jahre durch *Paperjam* gestiegenen Einnahmen der anderen Magazine. Während die Fernsehwerbung um 11,0 Prozent zurückging, profitierten von der Marktumschichtung die Radios (+11,8 Prozent), die Plakatwerbung, vor allem entlang der neuen Straßenbahn (+10,1 Prozent), und die Internetwerbung (+8,1 Prozent). Da es sich aber um Bruttoeinnahmen handelt ohne Kommissionen und Preisnachlässe, sind die Angaben nur zum Schein präzise. Klar ersichtlich ist jedenfalls, dass die Werbeeinnahmen, aus denen journalistische Inhalte finanziert werden können, weiter rückläufig sind, während die Werbung in Gratisblättern, Unterhaltungsmedien, Postwurfsendungen und auf Plakaten zumimmt. Die drei größten Werbekunden waren 2018 die Kaufhauskette Cactus, die Post und das deutsche Möbelhaus Martin. rh.

Nach einem Jahrhundert liberaler Schmelzherren übernimmt ein Geschäftsanwalt der CSV den Vorsitz der Handelskammer

Sehr schöne Stetigkeit

Romain Hilgert

„Eine Wahl oder eine Nicht-Wahl“ nannte Direktor Carlo Thelen am Mittwoch die Ernennung der neuen Vollversammlung der Handelskammer. Man hatte sich in einem großen, fensterlosen Holzkasten im Untergeschoss der Kirchberger Handelskammer zusammengefunden, die 25 neuen Mitglieder und die Ersatzmitglieder, einige Funktionäre und Journalisten, um der doch etwas überraschenden Amtsübergabe an der Spitze der Unternehmerlobby beizuwohnen.

Der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Etienne Schneider, der gerade wundersamerweise den 14. Oktober überstanden hatte, stichelte: „Zwanzig Jahre ohne Wahlen, wäre das bloß auch in unserem Club der Fall!“ Doch im Gegensatz zum „Club“ der Politiker, wo vor hundert Jahren allgemeine und geheime einstufige Wahlen eingeführt worden waren, geht es bei der Handelskammer, trotz ständiger Beschwörung von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz, noch manchmal zu wie unter den Notabeln des 19. Jahrhunderts.

Schließlich ist die Handelskammer älter als die meisten anderen Institutionen des Großherzogtums. Sie war 1841 gegründet worden, um beim Eintritt in den deutschen Zollverein die Interessen von Handel und Industrie gegen den wenig interessierten holländischen König-Großherzog und die einflussreiche Landwirtschaft zu vertreten. Bis heute hält man Diskretion und Abmachungen im engsten Kreis für den Geschäften dienlicher als öffentliche Debatten, hängt man zumindest für sich selbst dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft an.

Deshalb war man wenig erbaut, als die Union luxembourgeoise de l'économie sociale et solidaire mit einer eigenen Kandidatenliste in die Wahlen zur Handelskammer ziehen wollte. Zum Glück scheiterte die Liste an den alterwürdigen Prozeduren und damit erübrigten sich auch wieder Wahlen. So konnte die gerade in der Salariatskammer passierte Peinlichkeit vermieden werden, dass man jemand zum Präsidenten machen wollte, der bei den Wahlen schlecht abschnitt.

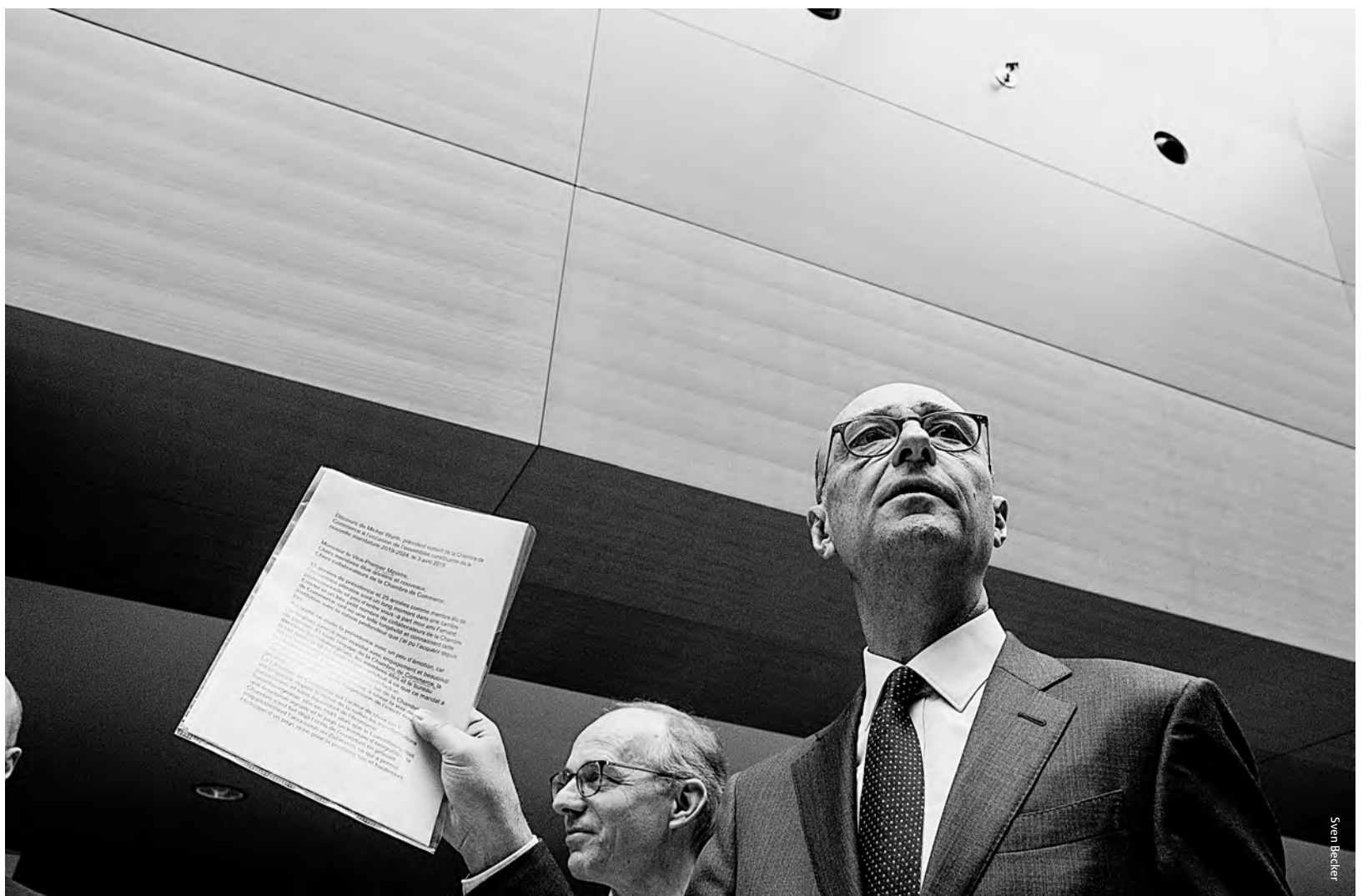
Trotzdem haftete der Amtsübergabe diese Woche etwas Historisches an: Bis zum Aufkommen der Stahlindustrie wurde die Handelskammer vor allem von Kaufleuten und Druckereibesitzern geleitet. Nach dem Bau der ersten Hochöfen waren es ab 1884 dann Schmelzherren und seit der Grün-

dung der Arbed ein Jahrhundert lang Arbed-Präsidenten. Erstmals seit François Krewinkel und Ferdinand Schaefer, den Mitbegründern der Banque internationale vor anderthalb Jahrhunderten, wurde nun wieder ein Bankenvertreter zum Präsidenten der Handelskammer gewählt, der Verwaltungsratsvorsitzende der Banque internationale, Luc Frieden.

Mit dem Wechsel von Michel Wurth, dem Präsidenten von Arcelormittal Luxemburg, zu Luc Frieden habe die Vollversammlung beschlossen, der Wirklichkeit der Luxemburger Wirtschaft Rechnung zu tragen, meinte Wurth, der erklärte, er habe mit seinem Verzicht auf eine erneute Kandidatur einer neuen Generation die Möglichkeiten bieten wollen, die Zukunft der heimischen Wirtschaft zu gestalten. Die Wahl ratifiziert symbolisch den Machtwechsel vom ein Jahrhundert lang herrschenden Industriekapital zum Finanzkapital. Der Machtwechsel war schon bei der feindlichen Übernahme von Arcelor durch Lakshmi Mittal unübersehbar geworden, als die Handelskammer auf Betreiben Michel Wurths einen Gesetzesvorschlag machte, um mit einer Sperrminorität die Übernahme zu verhindern. Vor die Wahl gestellt zwischen einer nationalen Stahlindustrie und einer globalisierten Finanzbranche, hatte die Regierung den Vorschlag abgeblockt.

Als 2013 die liberale Koalition an die Macht kam, mit ihren Geschäftsanwälten, Unternehmensberatern und Bankiers in den Kulissen, befürchtete das Industriekapital, bald zur „offiziellen Opposition“ zu gehören wie nach der Machtergreifung des Finanzkapitals in der französischen Julirevolution. Nun, da die Industrie nicht einmal mehr den Handelskammerpräsidenten stellt, droht sie weiter an Einfluss zu verlieren.

Deshalb versprach Luc Frieden, als er wie ein Showmaster lächelnd mit dem schnurlosen Mikrofon über die Bühne stolzierte, und ständig „emprise“ sagte, wenn er „entreprise“ meinte, er wolle „der Präsident aller Gruppen und Sektoren sein“. Aber unter seinen Zuhörern saßen manche, die ihm abschätzig vorwerfen, nicht einmal ein Unternehmer zu sein, sondern ein Politiker, der als Geschäftsanwalt in einer Rechtsfirma arbeitet, wenn er gerade kein Mandat hat. Also rechtfertigte er sich am Mittwoch, dass er bloß „zwei Jahre in [s]einem Leben einen Arbeitsvertrag besessen“



Der neue und der alte Präsident der Handelskammer, Luc Frieden und Michel Wurth, am Mittwoch

habe. Das war wohl, als der Ex-Minister bei der Deutschen Bank in London angestellt war, weil er sich zu schade war, um den Oppositionsabgeordneten zu spielen.

Wenn Politiker in die Wirtschaft wechseln, stellt sich immer die Frage, ob es für geleistete Dienste ist oder um Dienste zu leisten. Etienne Schneider spöttelte am Mittwoch über den ehemaligen Direktor der Handelskammer, Pierre Gramagna (DP), der nun als Finanzminister „seine Meinung komischerweise vollständig geändert“ habe, und es werde „Luc nun auch so ergehen“. Dieses Söldnertum nannte er „auch ein Stück Luxemburg, sich immer neu zu erfinden“, und dachte vielleicht auch an seine eigene Zukunft.

Wenn Politiker in die Wirtschaft wechseln, stellt sich immer die Frage, ob es für geleistete Dienste ist oder um Dienste zu leisten

Luc Frieden, der zuerst zur DP gehen wollte, eher er seine Laufbahn der CSV anvertraute, wehrte sich aber gegen Schneiders Unterstellung, denn seinen beruflichen Werdegang zeichne „eine sehr schöne Stetigkeit“ aus. Aus der Sicht der Handelskammer war das nicht so falsch. Er hatte den Vertretern von Banken, Versicherungen und Investitionsfonds das *Haut comité de la place financière* geschenkt, wo diese die sie betreffenden Gesetzesentwürfe weitgehend selbst schreiben durften. Er hatte, wie von der Handelskammer verlangt, eine Defizitbremse für die Staatsfinanzen in die Verfassung schreiben wollen, doch sein Premier hatte es verhinderte.

Als 2012 der liberale Durchmarsch der CSV/LSAP-Koalition noch immer auf sich warten ließ und die Unternehmer die Geduld verloren, versprach Luc Frieden bei der *Journée de l'ingénieur* kaum verhohlen einen Putsch gegen den Herzjesu-Marxisten Jean-Claude Juncker, um einer CSV/DP-Koalition den Weg zu ebnen, die endlich mit dem Index, dem Mindestlohn und der Tripartite aufräumen würde. Aber er konnte nicht liefern, die Sponsoren verloren das Interesse und investierten lieber in eine Koalition ohne die CSV.

Luc Friedens politische Laufbahn war weniger stetig als seine Sympathie für die Anliegen der Handelskammer. Im dynastischen System der CSV war er als Nachfolger Jean-Claude Junckers vorgesehen, und als ewiger Kronprinz des CSV-Staats wartete er nach jeder Wahl darauf, dass

Juncker endlich nach Brüssel ginge. Nach den Wahlen 2004 hatte Juncker seinen Thronfolger noch zum „Superminister“ für Haushalt, Schatzamt, Justiz, Polizei und Verteidigung gemacht, aber zwei Jahre später nahm er ihm die Verteidigung wieder ab.

Bald sprach der erfahrene Sozialdemagoge Jean-Claude Juncker seinem Thronfolger das politische Gespür ab, das nötig ist, um eine Volkspartei und eine Regierung zu führen. Wenn Asylsuchende ausgewiesen wurden oder ein Gefangener bei einer Gefängnisrevolte starb, erwies Luc Frieden sich bloß als autoritärer Technokrat, sogar das *Luxemburger Wort* bescheinigte ihm Kaltherzigkeit. Als die autoritären Technokraten nach der Finanzkrise in Europa die Konjunktur mit Austeritätspolitik abwürgten, schrieben die Fraktions-sprecher von CSV und LSAP seinen Haushaltsentwurf um, weil darin nicht genug gespart wurde.

Ihren Tiefpunkt erreichte die politische Laufbahn des christlich-sozialen Hoffnungsträgers in der Regierungskrise 2013, als ihm vorgeworfen wurde, unter undurchsichtigen Umständen den Verkauf eines Drittels der Cargolux-Aktien an Qatar Airways organisiert zu haben, die Ermittler in den *Bommeleerenten*-Affäre gezielt entmutigt und einen Gesetzentwurf gegen die Justizbehinderung begraben zu haben. Im Frühjahr 2013 retteten die LSAP und der Generalstaatsanwalt ihn im letzten Augenblick vor einem Misstrauensvotum.

Doch stets wenn Luc Friedens politische Laufbahn ins Stocken geriet, kamen ihm einflussreiche Freunde, meist aus katholischen bis katarischen Unternehmerkreisen, zu Hilfe. Als die CSV sich 2013 in der Opposition wiederfand und er sein Ministeramt verlor, durfte er den Vorsitz der Banque internationale und des Sankt-Paulus-Verlags übernehmen. Die Bil hatte er wenige Jahre zuvor als Finanzminister mit Staatsgeldern gerettet und dann beim günstigen Verkauf an den Katar unterstützt, im Sankt-Paulus-Verlag brachte er das *Luxemburger Wort* wieder auf einen CSV- und unternehmerfreundlicheren Kurs. Als Claude Wilseler Spitzenkandidat wurde, bekam Luc Frieden zum Trost den Posten des Luxemburger EU-Kommissars in Brüssel versprochen. Aber die CSV landete erneut in der Opposition, der Kommissarsposten ging an die LSAP. Also durfte Luc Frieden nun den Vorsitz der Handelskammer übernehmen, vielleicht in der Hoffnung auf bessere Zeiten.



In der Handelskammer werfen manche ihrem Präsidenten vor, nicht einmal ein Unternehmer zu sein

Das Bistum bemüht sich, Missbrauch in der Kirche aufzuklären und vorzubeugen. Allerdings ohne unabhängige Aufsicht

Beichte ohne Zeugen

Ines Kurschat

„Well ech einfach Angscht hat, wann ech mech irgendwéi géif wieren, dass irgendeppes géif geschéien ... woumat ech net eens géif ginn ...“. Mit diesen Worten erklärte ein mittlerweile 22-Jähriger den Richtern, warum er sich als Minderjähriger nicht gegen die sexuellen Übergriffe eines (Ex-)Pastors gewehrt hatte. Der Fall des Belairer Geistlichen, der den damals 14-Jährigen 2008 auf einem Ausflug missbraucht hatte, ging durch die Presse. Experten bestätigten vor Gericht die Verzweiflung des jungen Manns, die bis heute andauere, den „posttraumatischen Schock mit Selbstmordgedanken“.

Der Fall ist in mehrerlei Hinsicht typisch dafür, wie Sexualtäter – nicht nur in der katholischen Kirche – vorgehen: Oft kennen sie ihr Opfer von Kindesbeinen an, besitzen sein Vertrauen, missbrauchen es und schüchtern es ein, in dem sie drohen, sollte es sich mitteilen, würde es eine Existenz ruinieren oder Freunde und Familie verlieren. Erst als sich der verstörte Teenager seinem Bruder anvertraute und dieser den Vater informierte, kam der vertuschte Missbrauch ans Tageslicht. Der Geistliche wurde 2018 von einem Berufungsgericht wegen der Vergewaltigung eines Minderjährigen zu sieben Jahren Haft auf Bewährung verurteilt.

Misshandlung, Missbrauch, Mobbing

Der Missbrauchsfall ist einer von 24 neu gemeldeten Vorfällen in den Reihen der katholischen Kirche. Das Erzbistum hatte im Herbst vergangenen Jahres angekündigt, neue Zahlen der kircheneigenen Kontaktstelle für Missbrauchsoffer, *fir-itech-do@cathol.lu*, zu veröffentlichen. Ende Februar, anlässlich des mehrtägigen Krisengipfels im Vatikan zum Kindesmissbrauch, zu dem Papst Franziskus alle Spitzen der Bischofskonferenzen der Welt eingeladen hatte, war es so weit. Vorgelegt hat das Bistum einen Bericht, der nüchterne Zahlen enthält. Demnach waren die meisten Opfer hierzulande zwischen sechs und zwölf Jahre alt, einige waren in ihren Teenagerjahren. Die Täter waren Ordensmänner und Priester, aber auch Ordensfrauen. Die Übergriffe geschahen im Kinderheim oder im Internat, in der Kirche, beim Pfarrer zuhause. Das Gros der in Luxemburg gemeldeten Übergriffe bezieht sich auf den Zeitraum zwischen 1950 und 1980. So lange haben die mehrheitlich männlichen Betroffenen (17, weiblich 7) gebraucht, um darüber zu berichten, was ihnen zugestoßen ist.

Zu den drei Vorfällen der jüngeren Vergangenheit (zwischen 2010 und 2018) zählt besagte Vergewaltigung eines Minderjährigen, zwei weitere betreffen Erwachsene. Um welche Art von Übergriffen es sich handelte, bleibt unklar. Der Bericht unterscheidet in drei „Kontaktmotive“: sexuelle Gewalt, psychische Gewalt und emotionale Misshandlung. Auf *Land*-Nachfrage erläutert die katholische Präventionsbeauftragte und Autorin der Studie, Martine Jungers, emotionale Gewalt sei das Runtermachen und systematische Schlechtrede, physische Gewalt umfasse vor allem Schläge, sexuelle Gewalt wiederum alles von ungewollten Berührungen, exhibitionistischen Handlungen bis hin zur Vergewaltigung. Wie oft schwere Misshandlungen und Missbrauch vorkamen, schlüsselt die Statistik nicht auf. Auch nicht, wie lange die Übergriffe andauerten. Die Kontaktstelle geht neben den gemeldeten Fällen von einer hohen Dunkelziffer aus.

Wo sind die Opfer?

Überhaupt ist aufschlussreich, was der Bericht eben nicht erfasst und auch nicht aufklärt. Anders als beim Abschlussbericht 2010, für den der damalige Koordinator Mill Majerus und seine Frau und Mitautorin Simone Majerus-Schmit bemüht waren, Betroffene zu Wort kommen zu lassen und deren Zeugenaussagen im Bericht zu zitieren, um auf das Ausmaß der erlittenen Qualen aufmerksam zu machen, verschwinden die persönlichen Geschichten 2019 hinter anonymen nackten Zahlen. Dahinter stehe keine Absicht; es sei nicht ausgeschlossen, dass in Zukunft anonymisierte Informationen zu den Leidensgeschichten veröffentlicht würden, sagt Leo Wagener, seit vier Jahren Generalvikar der Erzdiözese Luxemburg, auf *Land*-Nachfrage. Man habe die Zahlen in erster Linie mit Blick auf den Gipfel in Rom zusammengestellt.

15 Betroffene haben vom Geldangebot Gebrauch gemacht. Reicht ihnen das? Ist damit ein Schlussstrich unter die Aufarbeitung gezogen?

„Als Repräsentant der katholischen Kirche möchte ich mich von ganzem Herzen entschuldigen“, hatte Erzbischof Jean-Claude Hollerich zu Beginn der Vorstellung der jüngsten Zahlen am 28. Februar gesagt. Da war er gerade zurück von der Anti-Missbrauchskonferenz, die Papst Franziskus vor dem Hintergrund anhaltender Skandale um immer neue Verdachtsfälle von schwerem Kindesmissbrauch durch katholische Geistliche und systematisches Vertuschen der Taten durch ranghohe Kirchenvertreter einberufen hatte. „Ich konnte das Leid der Opfer spüren“, schilderte Erzbischof Hollerich. Auch mit Betroffenen aus Luxemburg hat er gesprochen. Es ist das zweite Mal, dass sich der Erzbischof stellvertretend für die Institution Kirche bei ihnen entschuldigt.

Und dennoch waren und sind die Betroffenen hierzulande, von dem gerichtlich verhandelten Fall abgesehen, auffällig abwesend. Es gibt hierzulande keine Opferverbände wie den Eckigen Tisch in Deutschland oder La parole libérée in Frankreich, die Erlebnisse offen erzählen, ihre Rechte einklagen und politisch Druck machen. Als in Luxemburg 2009 die ersten Verdachtsfälle publik wurden, gründete sich eine Interessensgemeinschaft, die Association de défense des intérêts des victimes d'abus sexuels et/ou physiques de la part de l'Église catholique. Sie scheint es nicht mehr zu geben. Das *Land* hat versucht, ihren damaligen Präsidenten zu kontaktieren, ohne Erfolg.

Aufarbeitung ohne Aufsicht

Damit bleibt die Aufarbeitung in Luxemburg weitgehend dem Bistum überlassen. Es gibt keine/n externen Missbrauchsbeauftragten, keine unabhängige Kommission, die die Aufklärungsversuche begleitet. Die Präventionsbeauftragte Jungers, die ebenso wie Pressesprecher Roger Nilles auf Nachfragen bereitwillig Auskunft gibt, ist vom Bistum ernannt und

bezahlt. Ihr steht ein Beraterstab zur Seite, der sich aus einem Theologen, zwei Psychologen und einem Juristen zusammensetzt. Wie oft und warum sie zu Rate gezogen werden, und wie darüberhinaus jene Kommission von Laien entscheidet, ob ein Opfer für erlittenes Leid 5 000 Euro erhält oder nicht, bleibt für Außenstehende unklar. 15 Betroffene haben im neuen Zeitraum von dem Geldangebot Gebrauch gemacht. Reicht ihnen das? Ist damit ein Schlussstrich unter ihre Aufarbeitung und die der Kirche gezogen?

Im Internet kommentierten Stimmen nach der Veröffentlichung des Berichts empört: „5 000 Euro Entschädigung für Verbrechen mit lebenslangen Folgen“. Martine Jungers stellt indes klar: Es handle sich bei der Summe nicht um eine Entschädigung, sondern um eine „finanzielle Anerkennung erlittenen Leids und Unrechts“. „Wie will man Leid bemessen?“, fragt sie. Die Geldgabe praktizieren auch Bistümer jenseits der Grenze und sie führt dort zu ähnlicher Kritik. In Deutschland fordert der Betroffenenverband Eckiger Tisch einen Fonds unterm Dach der Deutschen Bischofskonferenz, in den die Bistümer einzahlen sollten. Über die Vergabe des Geldes soll ein von Laien besetztes Gremium entscheiden. Außerdem verlangen sie eine „angemessene finanzielle Entschädigung“. Hierzulande scheint das keine Forderung zu sein.

Missbrauch nicht nur in der Kirche

Das liegt aber nicht nur daran, dass sich im kleinen Luxemburg Missbrauchsoffer wohl noch schwerer damit tun, sich zu erkennen zu geben und sich zu organisieren, als es ohnehin der Fall ist. Es fehlt an gesellschaftlicher Unterstützung und an (politisch geförderten) Aufklärungswillen. Sexuelle Gewalt in Institutionen, nicht nur in der Kirche, auch in (para) staatlichen Kinderheimen, in Sportvereinen und in der Familie, ist immer noch ein Tabu. Obwohl längst erwiesen ist, dass früher in vielen ehemals kirchlich, mittlerweile staatlich oder parastaatlich geführten Einrichtungen ein autoritäres Klima der Angst herrschte, wo Kinder unterdrückt und ausgenutzt wurden, gibt es bis heute keine unabhängige Untersuchung darüber, wie weit institutioneller Missbrauch und Misshandlungen reichten, welche Lehren daraus zu ziehen und welche Vorkehrungen für die Zukunft zu treffen sind. Ein Theaterstück der Regisseurin Carole Lorange befasste sich ansatzweise mit Gewalt in Heimen, darin kamen auch Betroffene zu Wort; doch eine systematische umfassende Aufarbeitung fehlt weiterhin.

Auch die Medien, deren Aufgabe es sein sollte, Licht ins Dunkel zu bringen, haben diesbezüglich nicht viel vorzuweisen. Die wenigen Berichte beziehen sich auf längst Vergangenes oder auf Fälle, die vor der Justiz landeten. Eigene Recherchen gibt es kaum. Kirchenakten zu mutmaßlichen TäterInnen sind unter Verschluss, bisher hat keinE WissenschaftlerIn, kein Journalist und wohl auch kein Opfer diese Akten je eingesehen. Das *Land* sprach 2010 mit ehemaligen Heimkindern. Die Begegnungen waren auch möglich dank des inzwischen verstorbenen Koordinators der Anlaufstelle, der die Kontakte vermittelt hatte.

Die Vertreter des Bistums betonen, den Opfern zuzuhören und ihre Darstellungen bewusst nicht zu hinterfragen. Eigene Untersuchungen zu gemeldeten Vorfällen gebe es nicht. Aber auch über den Inhalt der Zeugenberichte, Details über Art und Umfang der Vorwürfe, den Verletzungen, Folgeerscheinungen des Missbrauchs und vor allem über Forderungen an die Verantwortlichen war nichts zu erfahren. Die einzigen, die auf der Pressekonferenz das Wort ergriffen, waren die Kirchenvertreter selbst. Und ein paar Journalisten.

Welche Taten haben konkrete kirchenrechtliche und/oder strafrechtliche Konsequenzen nach sich gezogen, beziehungsweise hätten es müssen – wenn sie vor der Verjährung gemeldet oder entdeckt worden wären? Was sind oder waren die Folgen für die 30 Täterinnen und Täter, die im neuen Bericht genannt werden? Im Bericht von 2010 waren die Täter entweder verjährt oder die Täter/innen nicht (mehr) rechtlich zu belangen, weil sie tot waren oder ihre Taten vom Strafrecht nicht erfasst wurden. Man warte die Ergebnisse der Justiz ab, bevor kirchenrechtliche Schritte erfolgten, erklärt Generalvikar Leo Wagener die Vorgehensweise. Da der Kirchenrechtler derzeit im Urlaub sei, könne er keine Auskunft zu kirchenrechtlichen Fragen geben. Wagener hat sich wiederholt mit der Staatsanwaltschaft über Missbrauchsfälle ausgetauscht: „Da ist schon eine Transparenz.“ Im Falle des Belairer Ex-Pastors sei die kirchenrechtliche Prozedur im Gang. Das Bistum hatte den Fall selbst der Staatsanwaltschaft gemeldet, weil sich der Beschuldigte, nachdem er vom Vater des Opfers mit seinen Taten konfrontiert wurde, gegenüber seinem Arbeitgeber mitgeteilt hatte.

Mit der Anweisung, jeden begründeten Verdacht von sexuellem Missbrauch der Staatsanwaltschaft zu melden (aber unter Wahrung des Beichtgeheimnisses), geht die Erzdiözese Luxemburg in ihren

2015 erlassenen *Leitlinien für den Umgang mit sexualisierter Gewalt an Minderjährigen und erwachsenen Schutzbefohlenen im kirchlichen Bereich* weiter als die Vorgaben aus Rom: Ein Maßnahmenpaket aus drei Dokumenten – einem Erlass, einem Gesetz und einem Richtlinienkatalog –, das Papst Franziskus am 29. März veröffentlichte und die ab 1. Juni in Kraft treten sollen, sollen den Umgang mit Minderjährigen und Verdachtsfällen neu regeln. Erstmals wird sexueller Missbrauch als eigener Straftatbestand im Vatikan etabliert, verurteilte Täter sollen von ihrem Posten entfernt werden – über 30 Jahre, nachdem erste massenhafte Missbrauchsfälle in den USA bekannt wurden.

Neue Leitlinien aus Rom

Künftig werden Übergriffe gegenüber Schutzbedürftigen im Vatikan als Offizialdelikte verfolgt, also auch ohne die Anzeige eines Geschädigten. Vatikanische Mitarbeiter sind verpflichtet, etwaige Vorkommnisse und Verdachtsfälle unverzüglich zu melden, wobei allerdings das Beichtgeheimnis geschützt bleibt. Was in dem Maßnahmenpaket ebenfalls fehlt, sind weiterführende Überlegungen zum Zölibat und zur katholischen Sexualmoral.

Das und die Tatsache, dass die Regeln nur im Vatikanstaat gelten, wird von Opferverbänden kritisiert: Ein männerbündischer „Korpsgeist“, die „Einzelberichte als besonderer Risikoort“, eine homophobe konservative Sexualmoral trügen zur systematischen Vertuschung einer geradezu „endemischen Verbreitung von sexuellen Übergriffen durch Priester auf ihnen anvertraute Kinder und Jugendliche“ bei. Eine Verpflichtung für Klerikale weltweit, Verdachtsfälle umgehend der Staatsanwaltschaft zu melden, sieht der päpstliche Erlass aber nicht vor; 2001 hatte der damalige Präfeld der Glaubenskongregation, der spätere Papst Benedikt XVI, dem Klerus empfohlen, Missbrauchsfälle den nationalen Strafbehörden zu melden. 2010 überarbeitete die Glaubenskongregation den Text und setzte die Verjährungspflicht für Missbrauch auf 20 Jahre herauf. Damit geht die Kirche weiter als das Luxemburger Recht: Laut Straßengesetzbuch können Minderjährige, die Opfer sexuellen Missbrauchs geworden sind, ihre Peiniger noch bis zu zehn Jahre nach Erreichen der Volljährigkeit anzeigen, das bedeutet bis zu ihrem vollendeten 28. Lebensjahr. Sie haben demnach vor dem weltlichen Gericht deutlich weniger Zeit, ihr oft von Angst und Scham geprägtes Schweigen zu brechen.

Prävention als Pflichtkurs

Das Luxemburger Bistum hat weitere Vorkehrungen getroffen, womit es versucht, Missbrauch wenn nicht zu verhindern, so doch einzudämmen: Seit 2011 müssen sich angehende Priester einem psychiatrischen Gutachten unterziehen und Präventionskurse besuchen, in denen sie über Hintergründe, Täterstrategien, juristische und psychologische Folgen von Missbrauch aufgeklärt werden. Seit 2017 gibt es die Schulungen verpflichtend für alle MitarbeiterInnen der Kirche, Klerikale ebenso wie Laien, seit 2018 auch für Ehrenamtliche; außerdem müssen MitarbeiterInnen ein um Jugendschutzaspekte erweitertes polizeiliches Führungszeugnis vorlegen. Verheiratete unbescholtene Männer müssten ebenfalls den Präventionskurs besuchen, so Generalvikar Wagener.

Der von der deutschen Bischofskonferenz in Auftrag gegebenen Missbrauchsstudie zufolge waren 5,1 Prozent der zölibatär lebenden Diözesepriester des Missbrauchs beschuldigt; von den hauptamtlichen Diakonen, die heiraten dürfen, nur ein Prozent. Auch heterosexuelle und nicht pädophile Männer missbrauchen minderjährige Jungen (und Mädchen). Dass die Ursache für Missbrauch nicht die sexuelle Orientierung ist, hatte eine Studie des John Jay College aus dem Jahre 2011 ergeben, die die katholische Bischofskonferenz in den USA angefordert hatte. Bei Missbrauch gehe es nicht um Sex, sondern um sexualisierte Gewalt, die durch Machtstrukturen begünstigt werde. Für den Psychotherapeuten, der den Jungen im Prozess gegen den Belairer Ex-Pastor begleitet hatte, steht daher fest: „Die katholische Kirche muss sich mit ihren männerdominierten, misogynen Strukturen auseinandersetzen. Sie bilden den Nährboden für Missbrauch.“



Erzbischof Jean-Claude Hollerich entschuldigte sich wiederholt „aus tiefstem Herzen“ bei den Opfern für in der und durch die Kirche erlittenes Unrecht

Check in Culture:LX

josée hansen

Valérie Quilez vient d'envoyer sa newsletter « Actualités culturelles Luxembourg en France » pour le mois d'avril à tous ses abonnés. Imprimée, elle fait une dizaine de pages, annonçant par exemple une représentation de la mise en scène française (par Patrice Douchet) de la pièce *Venezuela* de Guy Helmingier au Nest de Thionville, la participation du duo de plasticiens David Brognon et Stéphanie Rollin à l'exposition *Lignes de vie* au Mac-Val à Ivry-sur-Seine, un concert de la formation de jazz Arthur Possing 4tet à la Fondation Biernans-Lapôtre à Paris ou une performance de la danseuse Simone Mousset à l'Abbaye de Royaumont. Valérie Quilez est une ancienne de l'année culturelle 2007 et s'est établie en 2009 comme « chargée de mission culturelle » à Paris. En 2018, lit-on dans le rapport annuel du ministère de la Culture, cette « mission culturelle » a contribué à l'organisation et à la diffusion de quelque 80 événements pour 130 représentations sur le territoire français. Elle disposait pour cela de 31 000 euros (hors salaire). Ce n'est rien. Ce budget est allé à parts égales de grosso modo trente pour cent dans les frais de transports et les hôtels, les cachets et la technique ; les autres dix pour cent ayant été versés dans la communication et les droits. Même lorsque Quilez n'est pas à l'origine d'un événement, mais seulement le relais, cette aide financière et logistique est souvent précieuse pour les artistes en tournée.

Dix ans après s'être lancée dans ce métier, Valérie Quilez est toujours la seule attachée du ministère de la Culture à l'étranger. Sa nouvelle ministre, Sam Tanson (Déi Gréng), rêve d'un tel service culturel dans toutes les grandes capitales d'Europe. Actuellement, dans d'autres pays, le Luxembourg assure un appui aux artistes autochtones à l'export, notamment Ann Muller à Berlin, mais il s'agit alors d'un service du ministère des Affaires étrangères et européennes, assuré via ses ambassades. En 2018, le service de la promotion culturelle du MAEE a dépensé 206 000 euros dans ces appuis à l'export, entre autres via ses Maisons du grand-duché à Bruxelles, New York, Tokyo ou Varsovie. Ce n'est rien par rapport au 1,7 million d'euros inscrits au budget d'État pour la « promotion du Luxembourg », aux 3,6 millions pour Luxembourg for Tourism ou aux 6,2 millions d'euros pour le « développement de la place financière », prévus dans le budget du ministère des Finances (Luxembourg for Finance est financé à 80 pour cent via le budget de l'État). Or, là où la promotion économique et touristique du Luxembourg fonctionne de manière professionnelle, chaque succès d'un artiste autochtone à l'étranger est encore fêté comme le premier pas de l'homme sur la lune, comme une conjonction heureuse d'un talent extraordinaire, d'un courage intrépide et du hasard.

Il est vrai que le véritable succès d'un artiste luxembourgeois à l'international demeure exceptionnel, comme le prouve par exemple la rétrospective consacrée à Bert Theis au Mudam (voir page 17). Theis a fait son chemin tout seul, a émigré en Italie et a développé sa carrière avec un gros coup d'éclat de départ que fut sa participation remarquable à la biennale de Venise de 1995. Accompagné par le commissaire Enrico Lunghi, il ne s'est pas contenté d'un petit espace d'exposition caché quelque part dans les dédales de Venise, mais a eu l'audace de s'immiscer avec son propre pavillon pirate entre les représentations professionnelles de la Belgique et des Pays-Bas dans les Giardini. Ce fut cette présence incongrue qui lui permit d'attirer l'attention des professionnels du monde de l'art, notamment Kasper König, qui l'a ensuite invité à la grande exposition d'art en espace public *Skulptur.Projekte* à Münster. Au grand-duché Theis a dû se battre pour le moindre soutien étatique, fût-il symbolique. L'idée même d'un appui professionnel aux artistes n'en était encore qu'au stade de balbutiements, dépendant de la bienveillance de quelque fonctionnaire assez éclairé pour saisir l'importance de l'opportunité.

Vingt ans plus tard à Esch-sur-Alzette, Giovanni Trono s'enorgueillit d'un bilan reluisant. Depuis début mars, il est le directeur de l'agence Music:LX, poste qu'il a repris de Patrice Hourbette. Lasbi présidée par Bob Krieps emploie six personnes avec un



Filip Markiewicz : *Bela Trump*, 2016

budget annuel de 600 000 euros (2018), provenant à hauteur de 560 000 euros du ministère de la Culture, les 40 000 euros restants étant une aide de la part de la Sacem Luxembourg, société de gestion collective des droits d'auteur. Elle représente en quelque sorte le volet privé ou commercial du secteur. « Je crois pouvoir dire qu'en dix ans, nous avons réussi à faire rayonner la musique luxembourgeoise à l'étranger », affirme Trono, l'agence soutenant mille concerts par an à l'international. « Nous avons réussi à inscrire le Luxembourg sur la carte internationale de la musique », dit-il. Et ce de la musique classique à l'électro, en passant par le jazz et le pop-rock. Pour cela, Music:LX n'aide

pas seulement les artistes financièrement ou logistiquement, mais organise aussi des *showcases* à d'importants festivals de musique (comme le *Reeperbahn-festival* à Hambourg) et fait venir des professionnels étrangers au Luxembourg (142 en 2018), afin qu'ils assistent à des concerts et événements, comme le Sonic Visions à la Rockhal.

Mais entre le créateur et l'agence de promotion, il manque toujours un maillon, essentiel dans tous les domaines artistiques : il manque l'industrie. Cette absence d'un véritable marché local rend les artistes à cent pour cent dépendants des aides d'État – ils

en deviennent ce que les Allemands appellent des « Staatskünstler », artistes d'État, soumis au bon vouloir du ministre et de ses administrations. Elle implique aussi que certains métiers manquent : il n'y a guère d'agences professionnelles pour la promotion des artistes, pas de tourneurs, de *bookers*, de promoteurs privés. « Il y a effectivement un *gap*, concède Trono, nous pourrions aller plus loin si nous disposions de relais sur le terrain. » Le constat est similaire dans d'autres domaines : les Théâtres de la Ville ont fait ces dernières années un important travail de mise en réseau et réussissent à ce que leurs productions *inhouse* tournent à l'international – mais il faut alors

Entre le créateur et l'agence de promotion, il manque un maillon, essentiel dans tous les domaines artistiques : il manque le marché et l'industrie

trouver des techniciens et assistants à la production *free-lance* qui puissent les accompagner. Lorsque le Casino Luxembourg produit le pavillon luxembourgeois à Venise, qui assure une visibilité extraordinaire à un artiste plasticien choisi par un jury (cette année, il s'agit de Marco Godinho), il doit y mettre des moyens logistiques et humains considérables. (Les finances étant assurées par le ministère, qui met à disposition 400 000 euros pour cette présence).

Toutes ces aides éparpillées à l'export doivent être regroupées dans le futur Arts Council, une des réalisations concrètes annoncées dans le Plan de développement culturel (*Kulturentwicklungsplang* ou Kep) présenté l'année dernière par Jo Kox, après deux années d'une large consultation du secteur culturel. Le 21 mars, Kox, devenu entretemps premier conseiller de gouvernement au ministère, a présenté des idées concrètes pour la restructuration de la politique d'aide, de subventionnement, de promotion et de diffusion de la culture. L'export n'en sera qu'un des volets. L'idée directrice étant de regrouper et d'unifier toutes les aides dont peuvent bénéficier les artistes : les trois millions d'euros annuels de subsides et subventions, bourses et résidences attribués par le ministère, le Fonds culturel national, le Trois CL (pour la danse) et Music :LX. Et pourquoi pas aussi l'Œuvre nationale de secours grande-duchesse Charlotte et son Fonds *Start-Up* pour jeunes artistes (363 000 euros en 2017) ? Les huit millions d'euros prévus pour les conventions avec les associations productrices (une augmentation d'un million annoncée dans le budget d'État), conventions négociées individuellement avec les associations, en sont expressément exclues.

Cet Arts Council, qui doit professionnaliser la politique d'aide, la rendre plus transparente et juste, pourrait remplacer les structures actuelles. (Il n'est pas encore clair si la loi sur le Focuna, un établissement public créé en 1982, va être réformée ou si une nouvelle loi doit être écrite.) Il organiserait la distribution de fonds privés – l'Œuvre gérant l'argent de la Loterie nationale, en versant 600 000 euros au Focuna, qui a aussi développé le mécénat privé – et publics. Aujourd'hui, vendredi, devrait être mis en place le comité de pilotage qui préfigurerait sa structure. Il sera composé d'une vingtaine de membres, dont cinq représentants du ministère et quinze issus de la scène artistique – deux par secteur, à chaque fois un artiste et un membre d'une fédération professionnelle. Parce que « chaque champ artistique est différent », insiste Jo Kox, donc les besoins de chaque champ seront discutés individuellement. Les arts plastiques ont d'autres logiques, d'autres frais et d'autres réseaux que la danse ou la musique baroque. « Ce que je sais, dit-il, c'est que ce ne sera pas du *nation branding* pur ». Le « label Luxembourg » a tout à gagner en se faisant discret, étant beaucoup plus efficace s'il est moins criard que ce que veulent lui imposer les professionnels du *branding*. D'ici l'été, le comité de pilotage de l'Arts Council aura quatre réunions, le ministère visant la rédaction d'un projet de loi d'ici la fin de l'année, pour une entrée en vigueur prévue, dans le meilleur des cas, en 2021.

D'ici 2021, l'Arts Council, une des priorités du Plan de développement culturel, devra uniformiser et centraliser les aides aux artistes. Dont celles à l'export

Facebook-Chef in Berlin

Ein neues Emoji

Martin Theobald, Berlin

Er hatte sich extra in Schale geworfen, gar eine Krawatte umgebunden. Er wirkte darin etwas tapsig und konnte dem forschen Vorangehen von Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) nicht so richtig Schritt halten. Mark Zuckerberg weilte am Montagabend in Berlin, um der deutschen Politik seine Aufwartung und um Gehör zu bitten, Buße zu verkünden und Sünden einzugestehen – vor allem auch in Hinblick auf Europa. Barley ist schließlich auch Spitzenkandidatin der Sozialdemokraten und wird demnächst nach Brüssel wechseln. Egal, wie die Europawahl Ende Mai auch ausgehen mag.

Dabei ist es noch gar nicht so lange her, dass das Verhältnis zwischen Facebook und der Europäischen Union ein gänzlich anderes. Auf der einen Seite ein hippes, aufstrebendes Unternehmen, das es mit einer simplen Idee binnen weniger Jahre zu einem der größten und wertvollsten Konzerne der Welt geschafft hat. Beinahe jeder Mensch nutzt es, beinahe jeder Mensch lässt seine Daten da. Ein Unternehmen, das das Internet besser verstanden hatte als jeder Politiker in Europa. Auf der anderen Seite die Europäische Union mit 27 bis 28 Mitgliedsstaaten, diversen Institutionen, 24 Amtssprachen, unterschiedlichen Interessen und unüberschaubar vielen Hinterzimmern. Ein Gebilde, kompliziert in der Entscheidungsfindung, behäbig zudem in deren Umsetzung. Es war klar, wer von den beiden im digitalen Zeitalter die Nase vorn hat.

Doch nach diversen Datenskandalen bei Facebook hat sich das Miteinander verändert. Selbst im Heimatmarkt USA steht das „soziale Netzwerk“ mittlerweile unter Druck, besseren Datenschutz garantieren zu müssen. Die EU wiederum hat mit Vorschriften wie der sperrigen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) vor einem Jahr oder der Änderung des Urheberrechts vor wenigen Tagen unter Beweis gestellt, dass sie sehr wohl handlungsfähig genug ist, um auch Weltkonzerne wie Facebook in die Mangel zu nehmen. Davon zeugte letztendlich auch Gang nach Canossa-Berlin von Mark Zuckerberg.

Und Barley ließ sich nicht lange bitten. Waren die Abgeordneten des Europäischen Parlaments bei der Befragung vom Facebook-Chef im Mai letzten Jahres noch zurückhaltend und muteten dabei teilweise eingeschüchtert ob der schieren Unternehmer-Persönlichkeit an, die da vor ihnen stand. Die deutsche Justizministerin schlug andere Töne an: „Facebook hätte bereits heute alle Möglichkeiten, um, unabhängig von staatlicher Regulierung, höchstmöglichen Datenschutz für die User zu garantieren“, konterte Barley Zuckerbergs Forderung nach einheitlichen Regelungen weltweit. „Stattdessen vergeht kaum ein Monat ohne einen neuen Sicherheitsskandal.“

Sie sei deshalb „überrascht“ von den Vorschlägen des Facebook-Bosses gewesen. Er hatte unter anderem gefordert, die DSGVO global anzuwenden und einen einheitlichen Umgang mit Hasskommentaren zu implementieren. Auch Tankred Schipanski, digitalpolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, wollte Zuckerberg dessen neue Besorgtheit in Sachen Datenschutz nicht abkaufen: „Für besonders glaubwürdig halte ich den Sinneswandel nicht, solange den Worten keine Taten folgen.“ Das Unternehmen habe sich schließlich jahrelang gegen jedwede Regulierungen und Einschränkungen gesträubt. Manuel Höferlin, digitalpolitischer Sprecher der FDP, bezeichnete Zuckerbergs Vorschläge als „vergiftetes Angebot“. Diese Einschätzung teilt auch Daniel Zimmer, ehemaliger Chef der Monopolkommission. Er sagte gegenüber der Tageszeitung *Handelsblatt*, dass es Facebook um „das Wohl des eigenen Unternehmens zulasten anderer“ ginge. Schließlich sei ein juristischer Flickenteppich ein Kostentreiber. „Internationale Standards würden Facebook viel Geld sparen.“

Berlin wird eine kommende Destination für Mark Zuckerberg werden. Denn er ließ noch ein Geschenk für die Stadt zurück. Sein Unternehmen werde im Juni in Berlin Wissenschaftler und Experten zu einer Diskussion über ein unabhängiges Aufsichtsgremium zusammenbringen, so Zuckerberg gegen über dem Fernsehsender *ARD*. Ein derartiges Gremium könne die letzte Entscheidung darüber fällen, welche Inhalte auf der Plattform blieben. Dies könne aber auch bedeuten, dass fälschlicherweise gelöschtes Material wieder ins Netz gestellt werde.

Digital-Staatsministerin Dorothee Bär (CSU) schimpft zwar immer ein wenig über die Datenschutz-Verstöße bei Facebook, postete aber am Montagabend ein Selfie von sich mit „Zuck“ bei Instagram, das auch zu Facebook gehört. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Anfang Februar ihre Facebook-Seite geschlossen. Sie begründete damals die Löschung damit, dass sie nicht mehr CDU-Vorsitzende sei. Über den genauen Zusammenhang zwischen Amt und Account machte sie keine Angaben. Immerhin hatte sie mehr als zweieinhalb Millionen Follower. Ihr Abschiedspost, ein halbminütiges Video, wurde von 1 600 Menschen kommentiert.

Doch Zuckerberg ist nicht Zuckerberg, hätte er nicht noch einen Pfeil im Köcher: Deutsche Zeitungsverlage lassen kaum eine Gelegenheit aus, über Digitalkonzerne wie Facebook zu schimpfen, weil diese das Geschäftsmodell der Presse zerstörten. Nun machte Zuckerberg ihnen eine Offerte und überweist zwei Millionen „Lokalzeitungsentwicklungshilfe“ nach Deutschland. Dies sei Teil der angekündigten 300-Millionen-Dollar-Initiative, wie verschiedene Nachrichtendienste meldeten. Verlage wie DuMont und Funke Mediengruppe, aber auch die Tageszeitung *Rheinische Post* nahmen das Angebot dankend an. Es ist dies die Kunst, Gegner zu Freunden zu machen.

Türkische Kommunalwahlen

Erdogans erste Niederlage



Recep Tayyip Erdogan und Frau Emine auf einem Wahlkampfauftritt der AKP

Cem Sey, Berlin

Am Wochenende sahen die Türken zum ersten Mal, dass es möglich ist, die seit 2002 regierende Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan an der Wahlurne zu besiegen. Es waren allerdings nur die Kommunalwahlen. Die Regierung ist weiterhin in den Händen der Erdogan-Partei und bekämpft nun mit allen Mitteln das Wahlergebnis.

Die Wahl hatte wichtige Änderungen gebracht. In fast allen Großstädten des Landes eroberten die Kandidaten der oppositionellen Republikanischen Volkspartei (CHP) die Rathäuser. Aber vor allem die Ergebnisse in der 15-Millionen-Metropole Istanbul und in der Hauptstadt Ankara hatten Symbolcharakter. Denn Erdogans Durchmarsch zur Macht hatte 1994 in Istanbul mit einer Kommunalwahl angefangen. Deshalb kämpft wohl die AKP nun hartnäckig, um das Ergebnis vor allem in Istanbul doch noch umzudrehen.

Istanbul und Ankara, aber auch Tourismusstädte wie Antalya oder Mersin, hatten bisher im undurchsichtigen Netzwerk der Korruption im Erdogan-Regime eine große Rolle gespielt. Die Budgets der beiden Metropolen sind größer als sieben Ministerien zusammen. Nun sitzen oppositionelle Politiker von der Republikanischen Volkspartei (CHP) an den Geldhähnen. Ohne dieses Instrumentarium wird Erdogan es schwer haben, seine eigenen Reihen beisammen zu halten. Stattdessen muss er nun befürchten, dass sein Netzwerk der Korruption für jeden Bürger sichtbar ans Tageslicht kommt.

Erdogan hat am Sonntagabend die Niederlage in den Metropolen zunächst indirekt anerkannt. Doch dann war offensichtlich der Druck seines Klientels so groß, dass seit zwei Tagen in Istanbul die Stimmen nachgezählt werden. Dass sich am Ende das Resultat ändert, glauben wenige. Aber es ist Erdogan-Land. Niemand kann davon ausgehen, dass nicht letztendlich der Unrechtsstaat wieder eingreift – diesmal um die AKP vor der Wahl-niederlage zu retten.

Parallel versucht Erdogan, das Ergebnis in seinem Sinne zu interpretieren. Seine Partei habe keine Stimmen verloren, behauptet er. Doch das stimmt nicht. Ihre Stimmen sind zwar auf dem Papier sogar minimal gestiegen. Dennoch weiß jeder, dass das mit dem Bündnis mit der faschistischen Partei der Nationalen Bewegung (MHP) zusammenhängt. In vielen Provinzen verzichteten beide Parteien gegenseitig auf eigene Kandidaturen zugunsten des ande-

Dass das Ergebnis bei den türkischen Kommunalwahlen als Misstrauensvotum gegen Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan gelesen wird, liegt vor allem an ihm selber

Gleich nach der Wahl kündigte Erdogan Veränderungen für die Zukunft an, ohne sie deutlich zu benennen. Beobachter glauben, dass er mehrere Minister entlassen werde. Denn viele in seiner Partei denken, die Minister, viele von ihnen keine Parteimitglieder, seien der Bevölkerung fremd. Erdogan geht es aber im Moment vor allem darum, die Demoralisierung in den eigenen Reihen zu bekämpfen. Er versucht, die AKP-Mitglieder beruhigen. Er sei auch weiterhin der Präsident und es gebe in den nächsten viereinhalb Jahren keine Wahlen mehr. Da werde man sehen, ob die AKP oder die Opposition das Land führen könne. Das klingt wie eine Drohung.

Tatsächlich ist sich auch die Opposition sehr wohl bewusst, wie schwer es sein wird, die gewonnenen Rathäuser zu führen. Denn sie sind alle tief in der Schuldenfalle verfangen. Außerdem hat Erdogan in den Monaten vor den Wahlen die Regeln für die Finanzierung der Rathäuser geändert. Ohne seine Zustimmung fließt keine einzige Lira in die Kassen der kommunalen Verwaltungen. Wie er damit die CHP an erfolgreicher Kommunalarbeit hindern kann, zeigte er am Beispiel Izmir. Die Großstadt an der Westküste wählte nie die AKP. Also verhinderte Erdogan die Finanzierung der Projekte der Stadt und bestrafte somit die Bevölkerung. Für den U-Bahn-Bau bekam Izmir beispielsweise lediglich 30 000 Türkische Lira zugesprochen – knapp 5 000 Euro also.

Dass das Ergebnis trotzdem wie ein Misstrauensvotum gegen Erdogan empfunden wird, liegt an ihm selber. Denn er führte einen aggressiven Wahlkampf, um am Ende zu beweisen, dass die Bevölkerung auch nach der schweren Wirtschaftskrise im vergangenen Sommer hinter Erdogan stehe. Viele Oppositionsveranstaltungen wurden verboten, die Medien berichteten fast ausschließlich über Erdogan, und er selber drohte Kandidaten der Opposition entweder mit Gerichtsprozessen oder administrativen Schlägen, falls sie gewählt werden würden.

Er und sein Koalitionspartner Devlet Bahçeli, Chef der faschistischen MHP, behaupteten, es gehe um „das nationale Überleben“. Diesmal hat es nicht gereicht. Die Wähler, die seit Monaten unter 25 Prozent Inflation und zehn Prozent Arbeitslosigkeit leiden, strafen den Autokraten trotzdem ab. Dennoch macht das Wahlergebnis keine große Hoffnung für die Zukunft. Denn Erdogan wird seine bisherige Politik höchstwahrscheinlich weiterführen. Da er nur mit Hilfe Bahçelis und der Faschisten an der Macht bleibt, wird er den Ton vermutlich sogar verschärfen.

Auch in den kurdischen Landesteilen, worauf Erdogan sein Augenmerk richtete, verlor er. Die links-kurdische Demokratische Partei der Völker (HDP) eroberte dort die Rathäuser durch Wählerstimmen zurück, die Erdogan ihr vor einigen Jahren mit Erlassen aus den Händen riss. Die Verhaftung von tausenden Politikern und Aktivisten der HDP, die starke Einschränkung ihrer politischen Tätigkeit und die Kriminalisierung der Partei nutzten nichts. Eine schwere Niederlage für den selbstherrlichen Autokraten.

.....

0,78

ticker

.....

« A thin line »



Paraissant dans les prochaines semaines, *Legitimate expectations in Luxembourg tax law* (Éditions Larcier, 125 euros) est une analyse empirique qui dissèque des centaines de circulaires, notes internes, documents parlementaires et décisions judiciaires. Il ne s'agit ni d'une étude sociologique, ni d'une enquête anthropologique ; sur les quelque 500 pages, on cherche en vain le nom de Marius Kohl. Mais l'analyse – très méticuleuse et très prudente – de la jeune juriste Fatima Chaouche (photo : sb) met à jour un droit de praticiens : peu codifié, basé sur le pragmatisme et la confiance qui régnait dans un petit milieu.

Durant ses quatre années de recherches doctorales à l'Uni.lu, Chaouche aura déniché quelques extravagances fiscales. Comme cette décision prise en 1986 par le gouvernement en conseil concernant la fiscalité des « salariés étrangers de banques luxembourgeoises ». Une décision qui n'a jamais été publiée, et si la chercheuse a pu en retrouver la trace, ce n'est que grâce à une série de procès intentés par des banquiers ulcérés que ce régime semi-secret – et discrètement enterré en 1994 – ne s'applique plus à eux.

Les « rulings » sont un cas d'école de cette approche dite « pragmatique ». Cette pratique administrative est thématisée une première fois en 1965 dans un rapport signé par André Elvinger et Jean Hoss, deux avocats emblématiques de la place financière.

Elle ne sera « formalisée » qu'en août 1989 via une note interne de l'Administration des contributions directes (ACD). Celle-ci n'était pas publiée, écrit Chaouche, mais circulait « de manière informelle » et était « bien connue » des « tax firms ». Les bénéficiaires n'ayant aucune raison de s'en plaindre, la pratique proliférait à l'ombre. Il n'y aura ni base légale, ni doctrine, ni jurisprudence : Un système hermétique, sans vue de l'extérieur : « For decades, the legal value of a ruling obtained from the ACD and the enforceability of *contra legem* rulings remained unanswered concerns. »

Cette longue période de latence se termine en 2011. C'est la première fois que le fisc conteste des montages qui avaient reçu un accord préalable mais qui lui paraissaient désormais totalement fantaisistes. Or, le Tribunal administratif mettra fin à ces débuts timides d'une politique de *containment*. Après les révélations « Luxleaks », le débat public se concentrerait sur la responsabilité politique de Jean-Claude Juncker, les dysfonctionnements au sein de l'administration et le dessaisissement du Parlement. La thèse de Chaouche décrit pour la première fois le rôle joué par le pouvoir judiciaire.

En adoptant une vue purement formaliste et sans se préoccuper du fond de l'affaire, les juridictions administratives confirmeront la validité des rulings. Même pour des montages situés en-dehors de tout cadre légal ; comme ces rulings accordant des exonérations – jusqu'à 95 pour cent des profits imposables – basées sur le seul « savoir-faire », une notion subjective et hyper-floue qui recouvrait, dans un cas, « la stratégie et la tactique dans les courses cyclistes ». L'ACD a donné son accord et il aura à s'y tenir, statuait le Tribunal au nom du principe de la sécurité juridique. Le fisc se retrouvait donc pris au piège de ses propres *rulings*. « *This de facto* presumption of legality of the decision, solely because it was provided by the authorities, seems to have prevailed until the formalization of the practice in December 2014 », écrit Chaouche.

La loi de 2014, qui encadrera finalement les *rulings*, devrait changer l'approche des tribunaux. Le gouvernement luxembourgeois a fait un copier-

coller de la loi belge de 2002 (adoptée suite aux pressions européennes). Contre l'avis de la Chambre de commerce, une disposition a été insérée selon laquelle le fisc n'est lié par son propre *ruling* qu'à condition que celui-ci soit conforme au droit communautaire et national.

Fatima Chaouche s'intéresse également à la genèse des circulaires. En théorie, leur rédaction revient au Service de législation de l'ACD. Son directeur, Guy Schroeder, admet toutefois que, dans des « circonstances très exceptionnelles », des experts externes sont impliqués. Cela aurait été le cas pour la circulaire concernant les financements intra-groupes de 2011 et celle concernant les revenus des sociétés en commandite simple de 2015. (Schroeder ne spécifie pas qui étaient ces experts, ni s'ils étaient intéressés.)

Fatima Chaouche fait une analyse détaillée de deux circulaires : celle sur impatriés et celle sur les stock-options. Ce seraient des illustrations de la « thin line between legality and interpretations that may add or contradict the law ». La première définit un régime fiscal pour les *expats* hautement qualifiés venus s'installer au Grand-Duché. Le montant de dépenses déductibles étant limité, Chaouche pose la question si la circulaire ne serait pas au final plus restrictive que la loi générale qui, elle, ne connaît pas de tels plafonds. Plutôt qu'un privilège, la circulaire créerait donc une discrimination. Ce qui expliquerait en tout cas le succès très mitigé du régime : 23 bénéficiaires sur 49 demandes en 2011. Or, Chaouche rappelle également les arrêtés rendus dès les années 1970 par des tribunaux en Belgique. Ceux-ci refusaient d'appliquer les circulaires belges pour impatriés « qui varient continuellement et n'ont aucune base légale ».

La circulaire des stock-options fut publiée en 2002 et amendée quatre fois entretemps, à chaque fois pour éviter de nouveaux « abus ». Dans la dernière édition de la *Revue de droit fiscal*, Chaouche écrit que le recours aux circulaires est « aussi souvent l'occasion de s'émanciper du droit et de créer des régimes de faveur qui se révèlent d'une générosité certaine à l'endroit d'opérateurs économiques consciencieusement sélectionnés ». Dans sa thèse, elle ne

donne pourtant pas de réponse claire à la question si la circulaire des stock-options est contraire ou non à l'article 101 de la Constitution, selon lequel « nulle exemption ou modération ne peut être établie que par une loi ». « It is debatable », conclut-elle. bt

Changing of the guards



Ce mardi, dans la salle John Castegnaro de la Maison du peuple eschoise, les membres du bureau exécutif de l'OGBL affichaient des mines d'enterrement. Le président prenait la parole et un air grave. Il lui faudra une demi-heure avant d'en arriver aux résultats du « Groupe 5 », c'est-à-dire à son score personnel. « Et wär jo ganz komesch wann ech net vun deem Resultat géif schwätzen ». Pour avertir tout de suite : « Ech ginn net an eng méi déif Analyse ». Un tel approfondissement l'aurait amené à une analyse de son positionnement... en onzième place, comme deuxième suppléant. « Ce sont des détails dont nous avons discuté en interne et que nous gardons pour nous ; mais je sais que vous aimez philosopher sur ces questions », répondait-il, visiblement énérvé, à une question du *Land*.

Roeltgen tentait de minimiser la signification de son résultat personnel ; les panacheurs ne représenteraient que 7,6 pour cent des votants, disait-il. En plus, l'écart entre les votes nominatifs portés sur sa personne (2 363) et ceux portés sur Nora Back (3 589), sa successeure désignée qui a été élue première, ne serait « que » de 1 226 voix. Contrarié, Roeltgen constatait que

point de pourcentage séparent l'Aleba du principal critère de la représentativité sectorielle : obtenir au moins la moitié des suffrages dans le secteur financier lors des élections pour la Chambre des salariés. Or, même après des mois de litiges judiciaires et après la démission de son président, le score du syndicat (en recul de 1,17 point de pourcentage) reste largement au-dessus des attentes. Du coup, Laurent Mertz, le secrétaire général et probable futur président de l'Aleba, vient d'informer l'OGBL et le LCGB qu'il ne compte pas faire de coalition et que son syndicat restera indépendant. D'après la loi, « la décision de retrait est rendue à la requête de tout syndicat justifiant d'un intérêt né et actuel ». Or, l'OGBL, parti à la campagne avec l'objectif affiché de gagner la majorité, a stagné aux élections. Affaibli, le syndicat n°1 est beaucoup moins catégorique sur la question de la représentativité sectorielle de sa concurrente qu'il ne l'était encore avant les élections. Idem pour le ministre du Travail, Dan Kersch (LSAP), qui aura à décider du retrait ou du maintien de la représentativité. Il promet d'examiner le dossier « avec le calme et le soin nécessaires ». bt

« deux pour cent de tous électeurs prennent la décision qui atterrit où », ce qui « serait très, très problématique », puisque le congrès de l'OGBL se retrouverait ainsi court-circuité.

Reste que le résultat personnel n'est pas complètement aléatoire, puisque Patrick Dury (LCGB), Jean-Claude Reding (OGBL), Laurent Mertz (Aleba) et Nico Wennmacher (Landesverband) ont chacun fini premier sur leur liste respective. (Georges Merenz, le président du Landesverband a fini, lui, troisième, comme premier suppléant.)

Tout en minimisant les résultats, André Roeltgen fit ensuite une déclaration inattendue. Il ne sera plus candidat pour un nouveau mandat de président au prochain congrès de l'OGBL qui se tiendra en décembre. « Je ne veux pas de discussions superflues, je veux qu'on puisse continuer à fonctionner normalement ». Ce sera donc Nora Back qui, d'ici quelques mois, cumulera les postes de présidente de la Chambre des salariés et de l'OGBL. Une accélération qui vient bousculer le calendrier sur lequel on s'était arrangé en interne pour préparer la succession et qui prévoyait que l'actuelle secrétaire générale ne deviendrait présidente que vers 2021. En juillet dernier, Nora Back avait expliqué qu'elle comptait rendre la direction du syndicat plus participative, « même si André Roeltgen m'a dit que cela n'allait pas ». Vu le cumul de responsabilités qui l'attend, une telle décentralisation pourrait s'avérer inévitable.

Reste la question du piètre score d'André Roeltgen... et de comment l'interpréter. Déjà aux élections pour la Chambre des salariés de 2013, il n'avait fini que neuvième. En décembre 2014, au congrès de l'OGBL qui l'avait élu président (sans contre-candidature), une personne sur cinq avait refusé de lui accorder sa confiance. Alors qui sont les quelques centaines de panacheurs du « Groupe 5 » qui viennent de faire tomber le président du syndicat n°1 ? Une hypothèse pourrait être qu'il s'agit d'une fronde interne (permanents, délégués, membres actifs). Le style brusque et le manque de capacité d'autocritique de Roeltgen (qui l'amène à proclamer l'OGBL « grand vainqueur des élections sociales » alors qu'il vient de perdre trois sièges) pourraient être perçus comme de l'arrogance. Après la maire

socialiste d'Esch-sur-Alzette, Vera Spautz, le président de l'OGBL est le deuxième de l'ancienne clique du « Escher Jugendhaus » à se retrouver expulsé du jeu politique suite à une débâcle électorale. Le ministre du Travail et des Sports, Dan Kersch (LSAP), est le dernier de la bande à tenir encore debout. bt

BGL

BGL BNP Paribas, où l'État luxembourgeois est actionnaire à hauteur de 34 pour cent, annonce une progression de son produit net bancaire de huit pour cent à 1,447 milliard d'euros en 2018. Une croissance qui résulte entre autres de l'intégration de la branche wealth management de l'ABN Amro Bank. Qui explique également en partie une hausse des frais généraux de douze pour cent. Le résultat net consolidé s'établit à 339 millions en 2018 contre 365 millions en 2017. bt

Die kleine Zeitzeugin

Der rosa Terror und die Mädchen

Michèle Thoma

Rosa geht gar nicht. Schon vor Jahren, Lillifée hatte gerade in den Häuptern fünfjähriger Prinzessinnen Residenz bezogen, gab es im feministischen Magazin *an.schläge* den Rosa-Aufschrei. Bekinderte Mitarbeiterinnen schilderten das Überdosis-Rosa-Syndrom, damals noch kinderlose Redakteurinnen rüsteten zum Angriff. Klar, dass mich das PRO reizte. Das Rosa Pro.

Was habt ihr nur gegen das rosa Prinzessinnen-Syndrom? Sollen sich die Mädchen in Kulturmaus-Schwarz hüllen wie ihre Mamis, danach fiebern, freischaffende Medienschaffende zu werden? Okay, auch meine Mutter hüllte sich nicht in sanftmütiges Rosa. Sie hatte nicht mal eine Krone auf dem Kopf, nur einen Farah-Diba-Turm. Aber hohe Schuhe, wie wir das nannten, hatte sie schon, in diesen Schuhen war sie die Hoheit. Sobald ich hineinschlüpfte, fand eine wundersame Ver-Wandlung statt. Natürlich war ich eine Prinzessin. Mit vier. Bis meine Eltern mich schonungslos aufklärten. Ich sei keine, würde nie eine sein – Heiraten mit Bürgerlichen war noch kein Thema – und ich im Auto in Tränen ausbrach, unter lautem Geschluchze durchquerten wir Eich.

Lag das wirklich nur am Rollenmodell Aschenputtel, daran, dass Ronja Räubertochter, wer ist übrigens die Mutter, damals noch nicht zu haben war? Und hätte ich einen anderen Statuswunsch gehabt, wenn mein Muttervorbild Traktorista gewesen wäre und nicht mit tiefroten Nägeln hinter der Schreibmaschine eines Ceca-Büros gethront hätte? Und wie klassisch ist das, magische Phase, Ödipussi, all das?

Wie auch immer, warum ließ frau fräulein nicht rosa sein und Prinzessin, bald schon wären sie Punk oder Burka oder was gerade auf dem Markt war, komplett abkoppeln vom Image-Angebot könnte frau sie sowieso nicht, und irgendwann, nach all den royalen und anderen katastrophalen Schüben, wären sie dann sie selber, was ja das hehre Ziel ist, und das wäre sicher ganz was Tolles.

Rosa, fügte ich noch hinzu, sei schließlich eine wohl-tuende Farbe, Rosenquarz gut für das Herz, und Rudolf Steiner empfehle Kinderzimmer in sanftem Rosa zu halten, gut zum Sich-Entfalten.

Dass das aber immer so gewesen wäre, dass Wesen mit XX-Chromosomen eben fatal rosa tickten, eine solche These war nicht haltbar. Um 1900 zum Bei-

Alles ist rosa. Alle sind rosa. Nicht die rosa Mädchentracht zu tragen, wäre grob abweichend

spiel zeigte sich modebewusste Mini- Maid noch in himmlischem Blau und cooles Knäblein in Rosigem.

Was dann, ist es der Kapitalismus, der kleinen Mädchen diese harmlos böse Farbe eingebrockt hat? Diese Rosa-Welle des modischen Mainstream, diese Rosa-Seuche, diese kotzfarbene Kränklichkeit? Mittlerweile glaube ich nicht mal mehr an subtile Manipulation. Das ist alles andere als subtil. Es gibt einfach nichts anderes mehr. Alles ist rosa. Alle sind rosa. Nicht die rosa Mädchentracht zu tragen, wäre grob abweichend. Diese rosa Tyrannei der Handelsketten, der Fluch der pinken Prinzessinnen als letzte Rache des röchelnden Patriarchats?

Aber warum röchele ich plötzlich vor Regalen mit Kinderklamotten, hat abgebrühte Survivorin nicht eben noch idealistischen Jung-Mamis schmunzelnd mit gutem Rat beigestanden? Meine Göttin, das bisschen Rosa. Seit meiner Pro-Pink-Kolumne sind aber ein paar Jährchen vergangen und wundersam neue Menschen in mein Leben gekommen. Und eine Menge rosa Zeug.

Von weitem schon ist die Geschlechtszugehörigkeit funkelnagelneuer Erdenbürger_innen ersichtlich. Rosa Bündelchen auf dem Arm outet sich selber. Blaues Bübchen-Bündel selbstredend auch, Bübchen darf aber auch gern ganz in Gräulich, besonders farbenfroh kommt es auch nicht daher. Ist ja ein Mann und kein Papagei!

In einer Zeit, in der ein neues Geschlecht allmählich als weitere Menschenmöglichkeit erkannt wird, greift eine lächerlich rückwärtsgewandte Farb-(An)Ordnung um sich. Also, grübelgrübel, auch ein Farb-Branding für das dritte Geschlecht?

Schluss mit der Farb-Segregation in der Zeit des Regenbogens, Farbenfrohsinn für alle!



Hier ist tatsächlich alles rosa: Laufsteg im Children's Museum in Indianapolis

Kazakhstan

La bonne santé de Nazarbaïev

Laurent Mignon

À peine 24 heures après l'annonce de la démission du président kazakh Noursoultan Nazarbaïev, le 19 mars dernier, le président par intérim, Kassym Jomart Tokaïev, proposa que la capitale futuriste du pays, Astana, soit renommée Noursoultan. Selon l'agence de presse officielle Kazinform, le parlement vota la loi à l'unanimité.

Même démissionnaire, Nazarbaïev reste l'homme fort du pays. Malgré les problèmes de santé qui semblent être la cause de sa démission après 28 ans au pouvoir, il se maintient à la tête du parti Nur Otan (Nation lumineuse) qui domine le parlement, et reste membre du Conseil constitutionnel et président-à-vie du Conseil de sécurité. Lors de son adresse télévisée annonçant sa démission, il ne manqua pas de rappeler que le parlement l'avait également gratifié du titre honorifique de « leader de la nation », lui garantissant l'immunité judiciaire à vie.

Vue la nature oligarchique du régime kazakh et les nombreux remous que causent la démission

de Nazerbaïev, cette garantie pourra s'avérer bien utile. Rakhat Aliiev, l'ex-mari de la fille du président Dariga Nazarbaïeva, avait eu le malheur de critiquer l'autoritarisme de son beau-père en 2007, alors qu'il était ambassadeur du Kazakhstan à Vienne. Erreur fatale pour cet homme fort du régime qui fut lâché par la famille présidentielle, forcé de divorcer et poursuivi au Kazakhstan pour diverses affaires de corruption. Il fut finalement arrêté à Vienne, accusé d'avoir organisé l'enlèvement et le meurtre de deux hommes d'affaires kazakhs. Il se suicida en prison en Autriche en 2015.

Les déboires conjugaux de Dariga Nazarbaïeva semblent aujourd'hui être le principal obstacle à sa prise du pouvoir. Sa richesse personnelle est en grande partie le produit de l'empire médiatique et financier qu'elle avait construit avec son époux, un flagrant rappel de la nature du régime kazakh. Présidente du Sénat depuis la démission de son père, elle a de par le passé tenté de se distancer de lui, critiquant son despotisme dans des termes à peine voilés, mais non pas son népotisme.

Une anecdote, remontant à seize ans, semble ici assez significative. Lors du deuxième Eurasian Media Forum à Almaty en avril 2003, Nazarbaïeva, présidente du Forum, fit l'éloge de la liberté de la presse et de ce qu'elle appelait le « journaliste-philosophe », qui ne se contente pas de relayer l'information, mais l'analyse et en tire des conclusions. Personne n'était dupe, mais au lendemain de l'invasion américaine de l'Iraq, tout appel à l'ouverture d'esprit et au dialogue entre les peuples semblait positif. Plus

tard lors du repas officiel, à la table présidentielle, pontifes du régime, diplomates et invités de marque levaient leurs verres à la bonne santé de Nazarbaïev et remerciaient sa fille pour son hospitalité lors de l'inévitable rituel des toasts. Puis vint le tour d'un représentant d'une association de journalistes russes qui leva son verre à la liberté de la presse. Sans plus. Un silence assourdissant envahit la table. Le silence fut brisé par Dariga Nazarbaïeva qui se leva et ajouta : « Et à ta santé aussi, Papa. »



Zu Gast

Hoch lebe die Geschlechter-(un)gerechtigkeit!

Sven Clement

Das Ministerium für Gleichstellung von Frauen und Männern widmet sich zurzeit der Ausarbeitung eines neuen „Plan d'action national d'égalité des femmes et des hommes“. Kernprobleme wie die Geschlechtereinkommenslücke, die gläserne Decke, sexualisierte Medien und häusliche Gewalt werden voraussichtlich zu den Hauptaktionsfeldern des Plans gehören, dessen Ausarbeitung am 28. März 2019 Anlass zu einer Debatte im Parlament gab. Mit dem neuen mehrjährigen Aktionsplan soll der Geschlechtergerechtigkeit zwischen Frauen und Männern weiterhin besondere staatliche Aufmerksamkeit zugutekommen. Das klingt erst einmal gut, ist eigentlich aber höchst problematisch.

Konkret besteht das Problem darin, dass der Plan – und eigentlich auch die Funktion des ganzen Ministeriums – auf den Vorstellungen einer traditionellen binären Geschlechterkategorisierung gründen: Es ist ein Ministerium für die Gleichstellung von Frauen und Männern und ein Plan für eben diese Frauen und Männer. Andere Geschlechter finden keine Erwähnung. Personen, die sich in der traditionellen Differenzierung zwischen dem weiblichen und dem männlichen Geschlecht nicht wiederfinden können oder wollen, werden in den neuen Plan des Ministeriums bewusst nicht miteinbezogen. Neben Frauen und Männern gibt der Aktionsplan Menschen mit anderen Geschlechtern, wie etwa trans* oder intersexuellen Personen, keinen Raum – und daran soll sich nach Ansicht der Regierungsparteien auch nichts ändern. Ein von den Piraten im Parlament eingereichter und von den Linken und den Christsozialen unterstützter Antrag auf eine Umbenennung des Ministeriums für Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in ein „Ministère de l'égalité des genres et des sexes“ und die gleichzeitige Anpassung des Namens des Aktionsplanes wurde von den Regierungsparteien abgelehnt.

Die Rechte und Interessen von trans* und intersexuellen Personen werden somit auch weiterhin im Ministerium für Familie und Integration, getrennt von den Anliegen von weiblichen und männlichen Personen, behandelt werden. Während die Gleichstellung des weiblichen und des männlichen Geschlechtes für diese Regierung eine Priorität mit eigenem Ministerium darstellt, werden die Interessen von trans* und intersexuellen Personen im Ministerium für Familie und Integration im Zuständigkeitsbereich „Solidarität“ (der nur ein Zuständigkeitsbereich von vielen ist) zusammen mit Problemen wie Verschuldung, Armut und Obdachlosigkeit behandelt.

Trans* und intersexuelle Personen sollten aber überhaupt nicht auf staatliche „Solidarität“ angewiesen sein. Die Politik müsste viel stärker daran arbeiten, die Gleichstellung aller Geschlechter voranzutreiben, um der Geschlechtervielfalt gerecht zu werden, anstatt den dominierenden Geschlechtern ein eigenes Ministerium zuzuordnen, während jene Geschlechter, die eine zahlenmäßige Minorität darstellen, weiter aus dem öffentlichen Fokus verdrängt werden.

Zum aktuellen Zeitpunkt kann von Geschlechtergerechtigkeit demnach nicht die Rede sein. Die blau-rot-grüne Regierung widmet sich den Gleichstellungsansprüchen weiblicher und männlicher Personen, während die Gleichberechtigung anderer Geschlechter außen vor bleibt. Dass ein „Ministère de l'égalité des genres et des sexes“ abgelehnt wurde, ist zutiefst zu bedauern, da die aktuelle Beschränkung des Ministeriums für Gleichstellung von Frauen und Männern auf eine binäre Geschlechterkategorisierung weder der anatomischen Realität der Körper noch dem geschlechtlichen Selbstverständnis vieler Menschen Rechnung trägt.

Plus de hauteur

Découvrez le Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

1935 verlässt der junge Schriftsteller Ulrich Boschwitz Deutschland. Sein Irrweg führt ihn für einige Monate auch nach Luxemburg. Eine biografische Annäherung

„Jetzt ist man Luft, schlechte Luft!“

Samuel Hamen

In Zeiten von Erasmus-Austausch und Schengen-Abkommen klingt Ulrich Boschwitz' Reise wie eine gelungene Studienkarriere: von Berlin nach Skandinavien, dann einen Sommer lang an die Pariser Sorbonne und zu Erholungszwecken nach Luxemburg. Später geht's nach Brüssel und London. Aber als Boschwitz, Kind eines jüdischen Vaters, ab 1935 auf dieser Route unterwegs ist, kann von Freizügigkeit und selbstverständlicher Mobilität keine Rede sein. Im Gegenteil: 1942, am Ende seines kurzen Lebens, das ihn schließlich nach Australien verschlägt, hat der ambitionierte Jungautor eine siebenjährige Flucht hinter sich, die geprägt ist von Abweisung und Willkür. Sein kurzer Aufenthalt in Luxemburg bildet dabei keine Ausnahme.

Es sind nur wenige Monate im Sommer, Herbst und Winter 1937, die er im Großherzogtum verbringt. Indes finden einige der Erfahrungen, die Boschwitz hierzulande macht, ihren Widerhall im Roman *Der Reisende*, verfasst 1938 in Brüssel, seiner nächsten Station nach dem Aufenthalt in Luxemburg. Dieser Spur lässt sich jetzt, gut achtzig Jahre später, genauer nachgehen. Das Buch war nämlich nach seiner Erstveröffentlichung in Vergessenheit geraten, bis die Erzählung von der tragischen Flucht eines jüdischen Kaufmanns 2018 erneut veröffentlicht wurde, um in Deutschland sogleich große Erfolge bei Publikum und Kritik zu feiern.

1935 beginnt Boschwitz' jahrelanger Spießrutenlauf: Im November verlässt er gemeinsam mit seiner Mutter Martha Wolgast und deren Freundin Helene Schain Berlin. Zuerst gehen sie nach Stockholm, anschließend nach Oslo. Im Juli hatte ein Musterungsbefehl den Zwanzigjährigen erreicht. Und im September waren auf dem 7. Reichsparteitag der NSDAP die so genannten Nürnberger Rassengesetze verabschiedet worden, welche die antisemitische Diskriminierung institutionalisierten. Insgesamt muss sich die Familie seit Jahren unerwünscht gefühlt haben, auch wenn die Kinder gemäß der mütterlichen Familientradition streng protestantisch erzogen worden waren. Erst spät war ihnen eröffnet worden, dass ihr 1915 im Krieg gefallener Vater jüdisch gewesen war.

In Skandinavien debütiert Boschwitz als Romancier. Unter dem Pseudonym John Grane erscheint 1937 die schwedische Übersetzung seines ursprünglich auf Deutsch geschriebenen Romans *Menschen neben dem Leben*. Die Kritik ist angehen bis begeistert, die Autorenkarriere des 1915 geborenen Boschwitz auf gutem Wege. Trotz der widrigen Umstände versucht der 21-Jährige, seinen Interessen nachzugehen. Dazu geht er nach Paris und belegt zwischen November 1936 und März 1937 Geschichtsstudien.

Exiliert in Luxemburg

Am 30. August 1937 reist er schließlich nach Luxemburg, zu „Erholungszwecken“, wie es in einer Akte der Fremdenpolizei heißt. Kurz darauf stoßen seine Mutter und die gemeinsame Freundin Schain hinzu. Auch zu ihnen gibt es ein Dossier der Fremdenpolizei: Demnach sollen sie ein Zimmer in der N.-S.-Pierretstraße 47 in Limpertsberg bezogen haben. Boschwitz wiederum soll zeitweise in der Beaumontstraße 13 in der Altstadt gewohnt haben.

Wie der junge Schriftsteller seine Zeit vor Ort verbringt, ist kaum überliefert. Im Leo Baeck Institute in New York, einer Einrichtung, die sich der

Geschichte und Kultur deutschsprachiger Juden widmet, ist sein Nachlass hinterlegt. Dort findet sich ein handschriftlicher Lebenslauf, den Helene Schain nach dem Krieg verfasst. Über Boschwitz' viermonatigen Aufenthalt in Luxemburg schreibt

sie: „Then came the MS. [manuscript, SH] *The wolves* which he wrote in Luxembourg. The theme of this big novel is Germany after the first world war, where Black-market is in high floor, Racketeers, Conjunction hunters and all the big fishes

in business life have their great time – the great sharks – or the ‘wolves’ as it is called in Germany a very vivid picture from a time 20 years before and still true to-day. This book is still waiting for its publication.“

Am 30. August 1937 reist er schließlich nach Luxemburg, zu „Erholungszwecken“, wie es in einer Akte der Fremdenpolizei heißt

Schains Paraphrase klingt wie ein *Babylon Berlin* „avant le streaming“, wie ein gesellschaftliches Panorama einer Epoche, die Boschwitz auch deshalb fokussiert haben dürfte, weil Deutschlands umstürzlerische 1930-er Jahre nicht ohne die hedonistischen 20-er und die unmittelbare Nachkriegszeit nach 1918 zu erklären sind. Heute lässt sich bezüglich *The wolves* leider ergänzen: Das Buch wurde nicht nur nie veröffentlicht, das originale Manuskript ist verschollen.

Im Ausstellungsband des Centre national de littérature, *Exilland Luxemburg*, in dem Emigranten porträtiert werden, die zwischen 1933 und 1947 die hiesige Kulturszene mitprägten, fehlt Boschwitz. Die Spuren, die er hinterlassen hat, sind in der Tat spärlich. Dennoch sind seine Zeit in Luxemburg und sein literarisches Schaffen einer Dynamik hinzuzuschlagen, die die Herausgeber des Bandes, Germaine Goetzinger, Gast Mannes und Pierre Marson, folgendermaßen umschreiben: „Der Aufenthalt zahlreicher deutscher Künstler und Schriftsteller in den dreißiger Jahren war für Luxemburg kulturell gesehen etwas Einmaliges, weil das durch sie ermöglichte breitgefächerte Kulturangebot in Luxemburg ein noch nie erreichtes Niveau aufwies.“

Zwei Personenkontrollen, zwei Ausweisungen

Im Laufe der Monate, die Boschwitz hierzulande verbringt, füllt sich sein Dossier bei der Fremdenpolizei mit zahlreichen Dokumenten. Sein Aufenthalt verläuft durchaus problematisch – und ist darin repräsentativ für den insgesamt unkoordinierten Umgang mit Menschen, die ab 1933 aus Deutschland fliehen. Der damaligen Immigrationspolitik und ihren antisemitischen Tendenz ist der Historiker Vincent Artuso 2015 in der Studie *La question juive* nachgegangen. Er hält fest, dass eines der damaligen Hauptprobleme der unzureichenden Präzisierung des legalen Status von Geflüchteten geschuldet ist: „C'est dans ce contexte que s'articula une logique perverse qui assimilait le réfugié à un immigré ordinaire et qui, par la négation même de sa situation désespérée, faisait de lui un délinquant en puissance.“

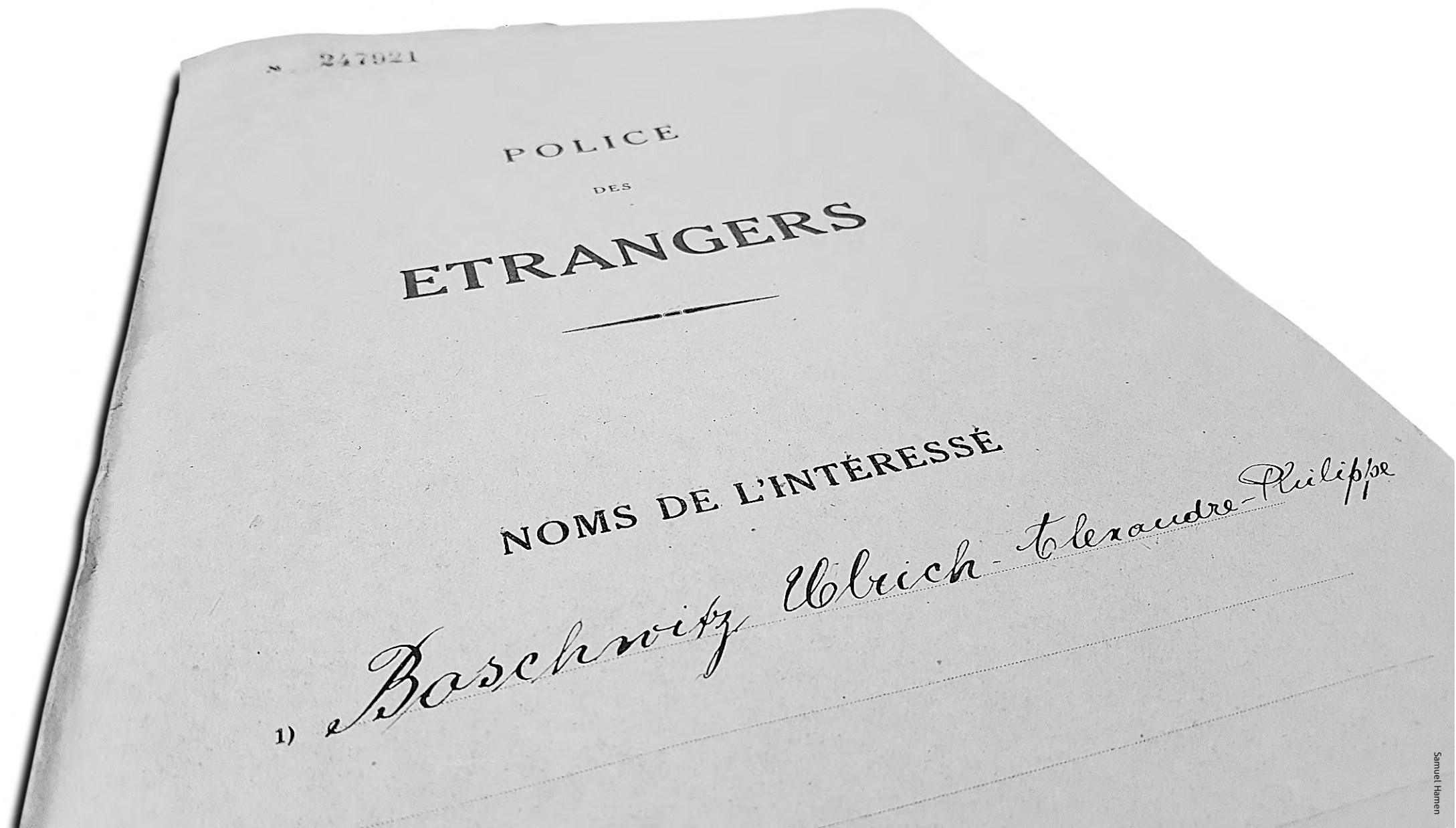
Das Übel erwächst demnach aus einer defizitären Definition eines Phänomens, das gleichzeitig als höchst problematisch erachtet wird. So schreibt der „rapporteur de la section centrale“ im Januar 1936, dass einerseits jene Einreisewilligen abgewiesen werden sollen, „qui ne disposeraient pas de fonds suffisants et qui finiraient par être une charge pour le pays, tout en constituant un danger



the family - Martha Wolgast - Boschwitz sitting
Ulrich Boschwitz second to the right, next to him
two cousins of Martha, Clarissa, his sister to the
left (there is no notion about the young girl)

Leo Baeck Institute, Ulrich Boschwitz Collection

Martha Wolgast, sitzend, mit ihrer Tochter Clarissa und ihrem Sohn Ulrich (links außen beziehungsweise zweiter von rechts) und weiteren



Das Dossier der Fremdenpolizei hält am 31. Dezember 1937 schlicht fest: „Boschwitz parti le 30.12.37“

pour la mentalité luxembourgeoise“. Andererseits gebe es jene „fort malheureux qui ne savent où aller, qui sont refoulés de partout et qui sont fort à plaindre. Il ne faut jamais perdre de vue qu'il s'agit d'hommes qu'on doit traiter avec tact, sans se départir des règles de la justice et des sentiments d'humanité“. Das heißt: Ja bei Not, Nein bei Armut, Ja bei Würde, Nein bei Mentalitätsgefährden – was auch immer das heißen mag.

Boschwitz und Schain bekommen diese erratische Politik am eigenen Leib zu spüren. Schain wird laut einem Bericht vom 27. Oktober 1937 in Wiltz aufgegriffen, nachdem per Anruf eine Hausiererin gemeldet worden war, die von Haus zu Haus gehe, um sich als Malerin zu empfehlen. Eine Fahndung wird eingeleitet, Schain wird binnen kürzester Zeit aufgegriffen und befragt. Zur Rede gestellt, gibt sie an: „Seit dem 12. Oktober 1935 bin ich aus Deutschland ausge-reist, weil ich mit einem prominenten Nazifüh- rer persönliche Reibereien hatte.“ Ihr sei nicht bekannt gewesen, dass sie durch ihre Haus-zu-Haus-Besuche gegen Gesetze verstoßen habe. Überdies beabsichtige sie, sich dauerhaft in Luxemburg niederzulassen, die nötigen admini- strativen Schritte wolle sie möglichst zeitnah einleiten. Indes wird sie wegen ihres Verstoßes gegen den so genannten Hausierhandel noch am selben Tag nach Belgien abgeschoben. Vom anonymen Telefonanruf eines „besorgten“ Bür- gers über die Befragung bis zur Abschiebung vergehen knapp fünf Stunden.



Ulrich Boschwitz, etwa zwanzigjährig

Bei Boschwitz dauert ein ähnliches Prozedere vier Stunden. Am 26. November unterzieht man ihn in Limpertsberg einer Personenkontrolle. Ein Meldeformular der Fremdenpolizei hält den Vorfall fest: „Abgesehen von dem nationalen Reisepass, fehlten dem Interessenten sämtliche durch den Grossherzoglichen Beschluss vom 30.11.29 vorgesehenen Ausweispapiere. Ausserdem war derselbe nicht in der Lage, den Beweis über irgendwelche Existenzmittel zu erbringen.“ Schwer wiegt überdies der Vorwurf, Boschwitz habe seine vorgezeigte Aufenthaltsgenehmigung gefälscht. Die Fremdenkarte, die ihm das franzö- sische Konsulat in Norwegen für Studienzwecke in Paris ausgestellt hatte, sei manipuliert worden. Das ursprüngliche Ablaufdatum (15.7.1937) sei, so der Beamte, unautorisiert auf den 15.11.1937 verlängert worden. Die Unterstellung impliziert, dass Boschwitz von Anfang an illegal in Luxem- burg unterwegs gewesen sei.

Boschwitz weist alle Vorwürfe vehement von sich. Er gibt an, die Umänderung sei von Behörden- seite vorgenommen worden; weiterhin gibt er zu Protokoll: „Am 30.8.1937 bin ich im Grossher- zogtume zugezogen. Ich hatte damals tatsächlich die Absicht, nur einige Tage dahier zu verbleiben. Nachträglich habe ich jedoch die schriftstellerische Tätigkeit aufgenommen d.h. Romane geschrieben, welche in einem schwedischen Verlag erscheinen. Die in meinem Reisepass vermerkte Berufstätig- keit als ‚Kaufmännischer-Angestellter‘ übe ich seit Jahren nicht mehr aus.“ Obwohl Boschwitz die Beamten darauf hinweist, dass sein Vater jüdischer Abstammung gewesen war, setzt man ihn noch am selben Nachmittag über die französische Grenze.

Nach ihren jeweiligen Ausweisungen müs- sen Schain und Boschwitz erneut eingereist sein. Denn die letztendliche Ausreise aus dem Großherzogtum findet erst am 30. Dezember 1937 statt, das Ziel ist Brüssel. Ein Schreiben des damaligen sozialistischen Justizministers René Blum vom 29. November bestätigt, dass dem Trio Wolgast, Schain und Boschwitz ein Monat eingeräumt wird, während dem es sich in Luxemburg aufhalten darf, „sur leur promes- se formelle de quitter le Grand-Duché avant l'expiration de ce délai“. Die Initiative Blums, der die Fremdengesetzgebung kurzzeitig libera- ler auslegt, kann man als bedingtes Entgegen- kommen werten. So kann das Trio seine Wei- terreise wenigstens ansatzweise planen. Wie unkoordiniert die Lage ist, zeigt sich in einer Dossier-Notiz vom 31. Dezember, darin hält ein Sicherheitsbeamter irrtümlicherweise fest: „Soweit festgestellt werden konnte, sind die drei Genannten nach der Schweiz verzogen.“

Ein später Roman-Erfolg

In der belgischen Hauptstadt erreichen Boschwitz dann im November 1938 die Schreckensnach- richten über die Reichskristallnacht in Deutsch- land. Bei Pogromen werden landesweit jüdische Geschäfte geplündert, Synagogen zerstört und zahlreiche Juden verhaftet. Was macht Boschwitz? Er schreibt – über die antisemitische Hetzpolitik und die Brutalisierung einer ganzen Gesellschaft,

über die psychischen Verwerfungen der Opfer und das soziale Erkalten. Seine langjährige Mi- sere wird produktiv, in wenigen Wochen ist der Roman *Der Reisende* in einer ersten Fassung fer- tig. 1939 erscheint er in London, 1940 in New York, 1945 in Paris. Im deutschen Original wird der Text dagegen erst 2018 veröffentlicht, die Li- teraturkritik feiert den Roman sodann als „wun- dersam traurige Parabel“ (*Neue Zürcher Zeitung*). Er hole „das dokumentierte, massenhafte Leid in den Freiraum der Fiktion“ (*Frankfurter Allgemei- ne Zeitung*) und sei eine „wahnsinnig packende Wiederentdeckung“ (*SRF Der Literaturclub*).

Sowohl der damalige Erfolg im Ausland als auch das Scheitern einer Veröffentlichung in einem deutschsprachigen Land erklären sich aus dem Inhalt des Textes. Boschwitz erzählt die Ge- schichte des jüdischen Kaufmanns Otto Silber- mann, der nach der Reichskristallnacht aus dem sicher geglaubten Leben fällt: Freunde verleum- den ihn. Ehemalige Geschäftspartner bedrängen ihn, sein Geschäft unter Wert zu verkaufen. Er hetzt im Zug von Stadt zu Stadt, auf der Suche nach Solidarität, Sicherheit und Hoffnung – und wird stattdessen enttäuscht und entmündigt. Der Versuch, sich nach Belgien schmuggeln zu lassen, scheitert an der rigiden Abweisung durch zwei Grenzbeamte. Der Protagonist empört sich, er fleht: „Je suis réfugié, fuhr Silbermann mit heiserer Stimme fort. ‚Je suis juif!‘“ Doch der Flüchtlingsstatus ist weder in der Fiktion noch in der Realität ein valides Argument, viel eher ein gesellschaftliches Stigma. So wird Silber- mann zurück nach Deutschland geschickt. Er landet schließlich in einer Irrenanstalt, seine letzten Worte lauten: „Ich will fort!“

In *Der Reisende* beschreibt Boschwitz faschis- tische Mechanismen erschreckend hellichtig, zu einer Zeit, als teilweise immer noch versucht wird, die Entwicklungen in Deutschland kleinzur- reden. Der Schock, plötzlich bar jeglicher Rechte zu sein, führt bei Silbermann zum allmählichen Zusammenbruch: „Man ist ja hilflos wie ein klei- nes Kind. Wer hätte das denken können? Mitten in Europa – im zwanzigsten Jahrhundert!“

Im Nachwort schreibt der Herausgeber Peter Graf, dass er ein Typoskript des Romans nach Hinweisen im Deutschen Exilarchiv der Deut- schen Nationalbibliothek in Frankfurt ausfindig gemacht habe. Zusätzlich liefert er einen Abriss über Boschwitz' Biografie und geht dabei kurz auf dessen Aufenthalt in Luxemburg ein. Er verweist auf Reuella Schachaf, die Tochter von Boschwitz' Schwester Clarissa. (Letztere war bereits 1933 aus Deutschland emigriert.) Schachaf erinnere sich, so Graf, „dass in der Familie erzählt wurde, dass Ulrich Boschwitz, der sich während und nach sei- ner Zeit in Paris auch in Brüssel und Luxemburg aufhielt, selbst an der luxemburgischen Grenze von Zollbeamten aufgegriffen wurde“. In einem zweiten Lebenslauf, der ebenfalls im Leo Baeck Institute aufbewahrt wird, heißt es ganz ähnlich: „In der zweiten Hälfte des Jahres 1937 ging er zur Erholung und Kräftigung seiner Gesundheit nach Luxemburg, wo er ein Erlebnis hatte, das sich in dem zweiten Roman *Der Reisende* manifestierte.“

Anonyme Anrufe überskeptischer Einwohner, Beamte, die nur ihre Arbeit machen, Politiker, die gemäß ihrem ideologischen Mandat handeln – jeder mag seine (guten) Gründe gehabt haben, sich exakt so zu verhalten. Kombiniert halten diese und andere Akteure indes eine Apparatur am Laufen, die als Ganze inhuman ist

Immer weiter, Hauptsache weg

Es wäre naiv, diese kaum zu rekonstruierende biografische Erfahrung und die oben geschild- erte fiktive Szene an der belgischen Grenze zu stark aufeinander zu beziehen. Chronologisch, geografisch und institutionell unterscheiden sie sich maßgeblich voneinander. Aber *Der Reisende* ist und bleibt das Dokument eines verzweifelten Leidensweges, das die bedrückende Stimmung in Europa aufs Eindrücklichste illustriert. Anonyme Anrufe überskeptischer Einwohner, Beamte, die nur ihre Arbeit machen, Politiker, die gemäß ih- rem ideologischen Mandat handeln – jeder und jede mag (gute) Gründe gehabt haben, sich genau so zu verhalten. Kombiniert halten diese und an- dere Akteure indes eine Apparatur am Laufen, die als Ganze inhuman ist. Und Boschwitz fällt ihr wie viele andere zum Opfer, seine Hauptfigur lässt er ausrufen: „Jetzt ist man Luft, schlechte Luft!“

Tatsächlich avanciert Otto Silbermann nach und nach zum tragischen Propheten von Boschwitz' eigenem Curriculum. Seinen Protagonisten hatte der Schriftsteller auf die Frage einer Zugpassagie- rin, wo er denn jetzt hinwolle, antworten lassen: „Weiter. Mehr weiß ich auch nicht. Ich reise, reise vor mich hin, bis man zuschlägt, bis ein SA-Mann mich zum Stehen bringt. Man hat mich in Bewe- gung gesetzt, man wird mich anhalten.“

Kurz vor dem Überfall Deutschlands auf Polen verlässt das Trio Boschwitz-Wolgast-Schain wie-

derum Brüssel und setzt nach England über. Dort internieren die Behörden die Gruppe in einem Flüchtlingscamp auf der Isle of Man, zusammen mit 25 000 Geflüchteten. In einem Konvolut, das als eine Art Zeitschrift von Inhaftierten zusam- mengestellt und verteilt wurde, befinden sich auch einige Gedichte von Martha Wolgast. In *Bal- lade* schreibt sie: „Keine von Allen weiss noch ihr Schicksal. / Starr die Haltung der Polizei. / Hier ein Flüstern, dort heimliches Seufzen / und aus dem Winkel ein qualvoller Schrei.“

Aus Angst, unter den Ankömmlingen könnten deutsche Spione sein, klassifizieren die britischen Behörden zahlreiche Geflüchtete aus Kontinen- taleuropa als so genannte „enemy aliens“, als vermeintlich feindlich gesinnte Ausländer. Eini- ge von ihnen werden nach Australien verschifft, um sie bis zur weiteren Klärung zu isolieren. Auch Boschwitz ist unter jenen, die im Juli 1940 ans andere Ende der Welt gebracht werden. Die Überfahrt auf der HMT Dunera geht als Schmach in die britische Militär- und Politgeschichte ein: Die Überfahrt auf dem überfüllten und verdreck- ten Schiff dauert knapp zwei Monate und ist eine Tortur für die Insassen. Die Soldaten peinigen die Passagiere und nehmen ihnen ihr Hab und Gut. Auch Boschwitz wird bestohlen.

1946 versucht Helene Schain, eine finanzielle Wiedergutmachung für diese Verluste zu er- streiten. Sie habe, schreibt sie den Behörden, den Koffer damals eigenhändig mitgepackt, sie kenne seinen Inhalt. Als Boschwitz in Australien anlangte, habe er nur noch ein Reise-Jackett und ein Zigaretten-Etui bei sich gehabt. Alles andere sei ihm genommen worden, darunter ein Roman- Manuskript, für das sie inklusive Kompensation für entgangene Verlagsrechte 700 Pfund verlangt. (Den Titel des Manuskripts nennt sie nicht.) Die Forderung wird rundum abgelehnt: „It is regret- ted that this Department is not prepared to make any payment in respect thereof.“

Eine letzte Reise, von Australien nach England

Unbeirrt schreibt Boschwitz auch im Lager in der australischen Einöde, dem Hay Internment Camp, weiter. Von diesem Aufenthalt sind keine persö- nlichen Dokumente überliefert. Aber 1990 sitzt sei- ne Schwester Clarissa auf einem Flug nach Berlin neben Hananya Pinner, einem jüdischen Maler, der mehr als ein halbes Jahrhundert zuvor mit ih- rem Bruder ebendort interniert war. Sie kommen zufällig ins Gespräch, in einem längeren Brief schildert er ihr anschließend das Lagerleben. Über den schüchternen jungen Mann berichtet er: „Ich erinnere mich nur an sein intensives Schreiben. Ich sah nie, dass er seine Arbeit irgendjemandem zeigte, oder über sie mit jemandem sprach.“

Gut zwei Jahre verbringt Boschwitz in australi- scher Lagerhaft. Zwar wird die repressive Behand- lung der vermeintlichen „enemy aliens“ bereits 1940 seitens der britischen Politik revidiert, eine Entlassung der Gefangenen zieht sich aufgrund organisatorischer Probleme und kriegsbedingter Auflagen aber hin. Zudem ist die Überfahrt nach Europa gefährlich und die Aussicht, in England deutschen Bombardements ausgesetzt zu sein, wenig verlockend. Pinner erinnert sich: „Zu den Zögernden gehörten auch Ulrich und ich. Beson- ders ging es Ulrich (so weit ich ihn verstand) um den möglichen Verlust seiner Arbeit im Falle ei- nes Unglücks.“

Mit dem Passagierschiff Abosso fährt Boschwitz im Herbst 1942 schließlich doch von Australien über Südafrika nach England, der Zielhafen ist Li- verpool. „Vor der Fahrt“, schreibt Pinner, „erklärte [Ulrich] mir noch, dass er im Falle eines Unfalls Vorrichtungen getroffen hatte, sein Manuskript, an dem er während seiner Internierung arbeitete, an seinen Körper festzuschnallen. Es sollte, falls er gerettet würde, nicht verloren gehen.“

U-575 sichtet das Schiff am 29. Oktober 1942, mehr als tausend Kilometer nordwestlich der Azoren. Zwei Torpedos reichen dem deutschen U-Boot, um die Abosso zu versenken. 362 Men- schen sterben, eineinhalb Tage später können lediglich 31 Überlebende aufgelesen werden. Ul- rich Boschwitz gehört nicht zu ihnen. Auch sein Manuskript, das ihm so wertvoll war, bleibt ver- schollen. Vor der Abreise hatte er seiner Mutter einen Brief geschrieben, der Martha Wolgast Mo- nate später erreicht. Die ersten Sätze aus der letz- ten Nachricht ihres Sohnes lauten: „In case you get this letter you probably know why. – I took my chance and failed. – Now it's difficult for me to say anything about it before it happened – And after- wards ... Well. – And that's just the word: Well.“

Samuel Hamen hat Deutsch und Geschichte an der Universität Heidelberg studiert. Er lebt als freier Autor in Luxemburg und Deutschland.

Ulrich Alexander Boschwitz: *Der Reisende*, mit einem Nachwort von Peter Graf, Klett-Cotta: Stuttgart 2018, 303 Seiten, 20 Euro



Anne Hoffmann, conservatrice adjointe des Musées de la Ville de Luxembourg et responsable des réseaux sociaux, posant dans la *MuseTechLounge* installée dans la belle salle aux nombreux stucs avec vue sur la vieille ville, à l'entrée du vénérable Musée d'Histoire de la Ville de Luxembourg – désormais Citymuseum. La *lounge* permet de se plonger dans des bases de données, des visites virtuelles et toutes sortes de contenus qui prolongent la visite. En parallèle, le musée a fait modéliser ses collections permanentes ainsi que l'exposition sur les taques de cheminées, que l'on peut désormais aussi visiter à l'autre bout du monde, vautre dans son fauteuil devant un écran. Le 25 avril, le City Museum organise, en collaboration avec Luxinnovation et Digital Luxembourg, un *Digital day*, où des experts des deux univers, technologie et muséologie, donneront des idées de ce que pourrait devenir le musée à l'ère du numérique, lorsqu'il devra reconquérir son aura en HD. jh

Politique



Féck Neonazis

Féck Féck Féck

Jeudi dernier, 28 mars, le rappeur Turnup Tun (Tun Tonnar) était convoqué devant la 13^e chambre correctionnelle du Tribunal d'arrondissement pour se défendre dans le procès pour injure que lui font trois représentants de l'extrême-droite au Luxembourg (Fred Keup, Wee2050 ; Joe Thein, Déi Konservativ et Dan Schmitz, condamné à plusieurs reprises pour incitation à la haine) . Les plaignants (nommément cités dans la chanson) se sentent offensés par la chanson *FCK LXB* que Turnup Tun a publiée sur son canal *Youtube* quelques jours avant les élections législatives d'octobre 2018 (capture d'écran extraite du clip), et demandent entre 5 000 et 10 000 euros en dommages et intérêts, l'un d'eux revendiquant même des excuses publiques et que la vidéo soit supprimée. Le procès, affirma l'artiste dès sa sortie de salle, ne s'est pas très bien passé, le parquet et la présidente du tribunal étant plutôt sévères avec lui et sa chanson. Il aurait même eu à justifier son statut d'artiste, expliquet-il sur les réseaux sociaux. Son avocat a plaidé la liberté d'expression, arguant que le langage des jeunes est plus imaginé que ne le fut celui de leurs prédécesseurs, *Féck* étant le mot luxembourgeois pour *Fuck*. Il faudrait peut-être rappeler qu'est artiste qui veut et que la liberté d'expression est un bien précieux en démocratie. Qu'une juridiction aille jusqu'au procès pour une telle brouille en dit long sur l'état moral de la société, le *backlash* idéologique qui accuse le pacifiste d'employer de gros mots lorsqu'il défend la tolérance et le vivre-ensemble. jh

Luxemburgensia



Haut niveau

Les Prix Servais, organisé par l'asbl éponyme, est la plus importante et la plus crédible des récompenses littéraires au Luxembourg, parce que son jury lit tous les livres de l'année écoulée afin de choisir le meilleur (au lieu des appels publics à participation d'autres prix par exemple). Doté de 6 000 euros, il a surtout une valeur symbolique très élevée. La *shortlist* pour l'édition 2019 vient d'être publiée et on doit applaudir le jury présidé par Jeanne E. Glesener de l'Université du Luxembourg pour le choix des nominés, tous des livres et des auteurs appréciables. Il y a Samuel Hamen avec son moderne *V wéi vreckt, W wéi Vitess* (Binsfeld), Guy Helmingier avec le *Tagebuch der Tannen* (Rugerup), Jeff Schinker et son recueil multilingue *Sabotage* (Hydre), le plus ancien, Lambert Schlechter, avec ses « proseries » *Une mite sous la semelle du Titien* et Elise Schmit, qui vient de présenter ses nouvelles *Stürze aus unterschiedlichen Fallhöhen* (Hydre) ce mercredi au Centre national de littérature, lors d'une lecture-tandem avec son collègue allemand Saša Stanišić (photo: TPC). Le lauréat sera annoncé fin avril. Le directeur du CNL Claude Conter put également annoncer que la même Elise Schmit (qui est collaboratrice du *Land*) a été sélectionnée par un jury pour la résidence du Literarisches Colloquium à Berlin l'été prochain. jh



Musées



The Cotton/Cotter Club

Suzanne Cotter avait annoncé qu'elle imprimerait peu à peu sa marque au Mudam. Avec un activisme hors pair, elle l'exporte ainsi un peu partout, du chantier Hamilius au Freeport. Mais elle sait que le repositionnement du musée se fera surtout côté contenu. D'où la création d'un nouveau poste, celui de « responsable de la programmation et des contenus artistiques », une sorte de *chief curator plus plus*. Ce mercredi, le Mudam a annoncé avoir trouvé la personne idéale pour ce poste en la personne de Michelle Cotton, directrice du Bonner Kunstverein, arrivant avec un agenda bondé grâce à un cursus dans des institutions d'art britanniques. Elle a la réputation d'être courageuse dans ses choix et défenderesse d'art expérimentale. Ce qui serait une bonne chose. jh



Grata non grata

La série *I Lost My Page Again* (Pages 2, 5, 9, 11 and 12), du duo Brognon-Rollin (photo) vient d'être acquise par le Mac/Val à Vitry-sur-Seine, qui le montre dans sa nouvelle exposition *Persona grata ?* (*macval.fr*). jh

Arts plastiques



Auf dem Ponyhof

Dimanche dernier, le très productif Eric Mangen inaugurerait son nouveau et magnifique studio (avec vue sur les vaches), au premier étage du Bouferter Haff, avec un accrochage des tableaux qu'il a réalisés lors d'un récent voyage en Australie. L'autodidacte venant du *street art* – d'où sa technique fétiche à la bombe (voir photo 1, TPC) – affirme de plus en plus son style néo-expressionniste à la Albert Oehlen, y mêlant désormais de la peinture à l'huile et des techniques de collage empruntées à Raymond Hains. Un catalogue intitulé *From Melbourne to Pony Palast* a été publié pour l'occasion ; l'accrochage reste visible jusqu'à ce week-end (sur rendez-vous : *info@svaleriusgallery.com*). jh

Musiques



Pas de résignation en vue

Le Michel Cloup Duo foulera la scène de l'Entrepôt d'Arlon ce samedi 6 avril. Son leader, donnant son patronyme, est l'une des figures tutélaires d'un certain rock hexagonal depuis les années 1990 avec le groupe météorite Diabologum et ce, même s'il s'en défend. Les Fauve, Gontard ou autres Singes Chromés ne sonneraient sans doute pas pareil sans cette ombrageuse influence. Si depuis, beaucoup d'eau a coulé sous les ponts, Michel Cloup n'a jamais rengainé son verbe acide, ce chant déclamatoire et le regard perçant sur la société. Son jeu de guitare a gardé ce côté aiguisé et bruitiste mais lorgne aussi depuis peu vers un pointillisme kraut en construisant des boucles entêtantes. Venu défendre sur scène son dernier opus, le bien-nommé et intransigeant *Danser danser danser sur les ruines*, le duo refait du neuf avec du vieux, ou serait-ce l'inverse ? da



Papier glacé

Les Rotondes accueillent Cherry Glazerr lundi 8 avril. Originaire de Los Angeles, le trio propose un rock un peu *noisy*, un peu *grungy*, un peu *catchy* mais totalement dans l'air du temps ! En effet, les influences sont parfaitement digérées et facilement reconnaissables, mais restituées avec un je-ne-sais-quoi d'assez frais pour ne pas passer pour de vulgaires passésistes. Quatre albums au compteur sur des crémeries aussi crédibles que Burger Records ou Secretly Canadian, cela pose une formation qui est surtout le véhicule de la chanteuse Clementine Creevy au timbre acidulé. da

Politique



Fédération patronale

Contrairement à l'élection de la dernière présidente, Carole Lorang, qui avait été officialisée lors d'une soirée festive pour les vingt ans de la Theaterfederatioun (en 2016), la passation de pouvoirs s'est cette fois-ci déroulée en toute discrétion. Lors d'une assemblée générale à la mi-mars, Nicolas Steil (photo : sb) a repris le flambeau. Cette nomination étonne, parce que Steil n'est pas du tout un homme de théâtre. Compagnon de Véronique Fauconnet, la directrice artistique du Théâtre ouvert Luxembourg, il préside le comité de l'asbl qui exploite ce théâtre. Steil est un producteur de cinéma pur et dur, chez Iris (qu'il dirige), et réalisateur à ses heures. À la FLTP, il est secondé par Claude Mangen, metteur en scène et directeur du Mierscher Kulturhaus, et assisté par Christian Kniotek, ancien de la Theater GmbH (qui s'est dissoute) et de Samsa, actuel président des Verts. Tout cela ressemble donc non seulement à un retour au masculinisme, mais surtout à une reprise en main patronale de la fédération. Steil est un fervent militant pour que les petites structures reçoivent une augmentation budgétaire de la part de l'État afin de pouvoir professionnaliser leurs structures, en engageant du personnel de gestion. Les professionnels du spectacle vivant réunis dans l'Aspro demandent, eux, l'introduction de barèmes mimima et de meilleurs conditions de travail. jh

Art contemporain

L'utopie comme intention



Les casquettes « Make utopia great again » de Renk Ozer Sarp ; lors du vernissage samedi dernier ; les tableaux d'Edith Poirier racontant la lutte des ouvriers pour le projet Rimaflow (de gauche à droite)



(voir page 17), événements-satellites organisés sous le titre *Arcipelago Bert Theis*. Les curateurs luxembourgeois Enrico Lunghi et italien Angelo Castucci ont été invités à sélectionner des artistes proches de Theis ou ayant un lien avec lui et son œuvre. Une exposition de groupe binationale fait sens, parce que ce fut une telle exposition d'échange, *Rendez-vous provoqué*, à l'époque avec les Pays-Bas, qui lança la carrière d'artiste conceptuel de Theis en 1994.

Or, parce que le Cercle-Cité, « le salon de la capitale » comme aime à le désigner la bourgmestre Lydie Polfer (DP), est bien trop guindé pour un collectif ayant pour habitude de travailler dans des usines désaffectées et des lieux éphémères, le photographe luso-luxembourgeois Edmond Oliveira et la peintre Edith Poirier ont heureusement opté pour des présentations moins léchées. Oliveira s'est installé à l'entrée avec une installation volontairement anarchiste (un peu trop mise en scène) d'une mémoire visuelle de l'immigration portugaise. Edith Poirier montre ses tableaux documentant la lutte de Rimaflow sur un échafaudage provisoire, dominant ainsi majestueusement le grand espace. D'autres artistes italiens parlent de la vie urbaine – Edna Gee et ses costumes de pigeons –, des habitants du quartier Isola ou de l'utopie, si chère à Bert Theis. Bien qu'elle ne reste qu'un mot, un concept ici.

Les artistes luxembourgeois ont été sélectionnés pour leur proximité avec Bert Theis, comme Simone Decker, qui avait participé avec lui à *Rendez-vous provoqué*, le duo Markiewicz-Piron, qui l'avait interviewé pour leur site *Kulturstruktur* (voire, à l'époque, travaillé avec lui dans le magazine *Salzinsel*), ou les récipiendaires de la bourse Bert Theis, Jeff Weber et le collectif Common Wealth, autour de Claudia

Passeri (qui, par ses tracts et ses diapos s'intègre le mieux dans l'idée d'ébauches de la lutte). Mais dans son ensemble, l'exposition est trop classique et visuellement surchargée. Ou pour le dire avec les idéaux de Bert Theis : ça manque un peu de palmiers.

L'exposition *F(l)ight sketches – for Bert Theis* dure encore jusqu'au 5 mai au Cercle-Cité ; ouvert tous les jours ; cerclecite.lu.

Gedicht fir d'Wëll Schwäin

Lo ginn se nees gejoet
D'Arméi déi baut en Drot
Sou laang wéi dee vum Trump
An et ass décken Damp

D'Wëllt Schwäin kann net derfir
Wou kënnst déi Pescht dann hir?
Et gëtt se zu Etalle
Am Bësch an och am Stall

De Jeeër kritt eng Gäns
Um Schëissstand op der Grenz
Lo dierf hie nees vill schëissen
A gelleg Blut vergëissen

Et geet ëm d'Präventioun
An ëm eis Produktioun
Eng Bomm déi ass um Ticken
An alle Fleischfabriken

Jacques Drescher

Théâtre

Entre hédonisme et bolchévisme, une drôle de chienlit

Godfrey Gordet

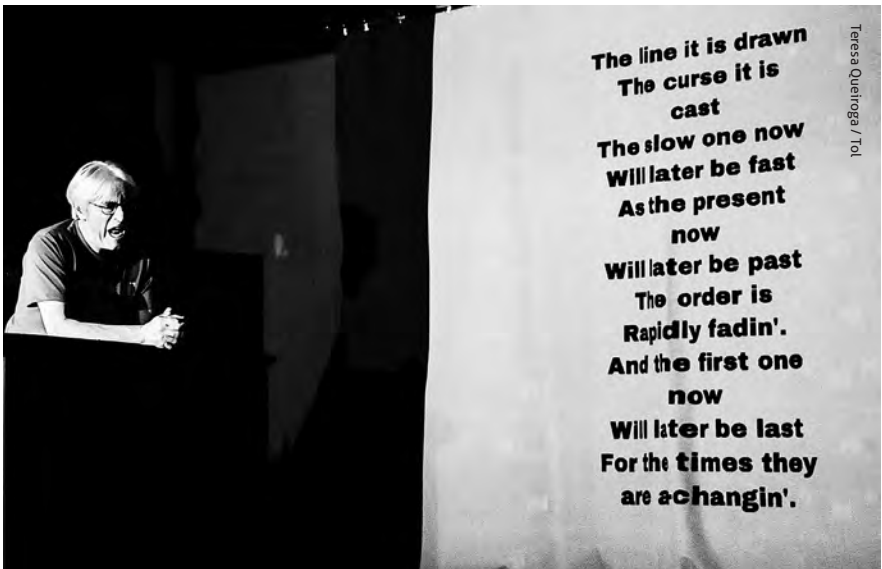
Quand le Théâtre ouvert Luxembourg (Tol) laisse les clefs de la maison à Claude Frisoni, celui-ci choisit le bar pour scène, ses états d'âme de vieux soixante-huitard pour texte, sa compagne Fabienne Zimmer pour le diriger et sa bande de potes pour public. Alors forcément, l'applaudimètre de la première explose la norme, pour autant, ce monologue de gauchiste, un poil réac – tout de même –, trouvera moins d'avenir au théâtre contemporain que devant des salles chauffées à bloc, bières au poing, les zygomatiques assouplies, venus assister à ce seul en scène dédié aux nostalgiques de mai 68...

On ne présente plus Claude Frisoni, homme de culture français qui a passé le plus long de sa carrière au Luxembourg et notamment douze ans à la tête du, anciennement nommé, Centre Culturel de Rencontre Abbaye de Neumünster (« Neimënster » aujourd'hui). Attaché culturel au Centre culturel français de Luxembourg sur sa trentaine, il prend la direction du Tol dans les années 90, coordinateur général de la première « année culturelle » de 1995 entre autres projets, pour finir directeur du CCRN jusqu'en 2014. Écrivain, acteur et directeur artistique, récompensé d'un tas de prix, de mérites et de médailles, il a été l'un des grands acteurs du développement des activités culturelles au Grand-Duché. Et aujourd'hui encore, Frisoni est l'une des « grandes gueules » du paysage culturel luxembourgeois...

Mais sois sans tweet, c'est à la fois le texte d'un vieux soixante-huitard, mais aussi celui d'un vieux, tout court. Avec tout le respect qu'on doit à l'auteur, on se le permet, car c'est précisément lui que le dit, « pourquoi je parle comme un vieux ? ». Ce n'est donc pas vraiment le soixante-huitard qu'a dû être Frisoni qui nous parle mais plutôt un sexagénaire plein de questionnements existentialistes, si l'on veut.

Et puis, Frisoni un pavé dans la main, c'est tout de même difficile à concevoir quand on sait qu'en 68, il avait quatorze ans. Qu'est-ce qu'on connaît au « travail », aux « pavés », à l'impossible », quand on a quatorze ans ? Alors, estimons-le précoce, révolutionnaire juvénile.

Cette idée en tête, là, le texte frappe un peu plus. Il donne à entendre un constat cinglant de l'après-68, le ressenti d'un vieux gauchiste aigri par cinquante ans de désillusion. De fait, tout le monde en prend pour sa pomme, des grosses multinationales – dont Frisoni brandit tout de même un téléphone –, aux politiques, en passant par les bobos et surtout le néo Cohn-Bendit, vert jusqu'au cou, qui nous fait vaguement penser à quelqu'un...



Claude Frisoni

Ensuite, on ne sait qui des deux, Frisoni ou Zimmer, a eu l'idée saugrenue de mettre en scène ce spectacle au bar du Tol qui, même si la forme rappelle le *stand-up* à l'américaine, n'invite pas à l'aisance de l'écoute. Pour que ça marche vraiment, il aurait peut-être fallu nous proposer un verre... Une déception qui ne fera que croître, surtout après que Frisoni lui-même se serve une bière en solo, derrière le bar.

Pourtant, la sauce prend très vite, le public « averti », dira-t-on, rit et sourit aux blagues du comédien. Faut dire que parmi les innombrables calembours et autres jeux de mots à rallonge, certains sont plutôt drôles. Et puis il y a une forme de sincérité dans ce qui est dit. On a d'abord l'impression que l'oncle Claude va nous bassiner avec ses refrains rétro anarchistes, mais pas vraiment. L'auteur a su mettre aussi du positif là-dedans, en admettant la libération des mœurs qui s'est opérée face au capitalisme dominateur qu'on connaît de nos jours. Ce qui est moins évident, c'est de comprendre si Frisoni « critique »

On doit le dire : le dernier Frisoni, Mais sois sans tweet au Tol, tire un peu dans le ringard

ou « admet » que tout s'est barré en sucette... Parce que, pour être honnête, peut-on vivre au Luxembourg, antre capitaliste et se dire révolutionnaire de 68 ?

Mais le plus grand paradoxe de ce spectacle, dans un sens, c'est de lui affubler ce discours de « papy résistant pousse au cul » et, dans un autre, voir que ce même type, à la retraite, occupe coup sur coup deux théâtres de la capitale luxembourgeoise (Tol et TNL) avec deux spectacles dont il est l'auteur et l'interprète, sur un mois et demi dans seize représentations. En soi, c'est fort admirable, néanmoins, on se demande – avec tout le respect qu'on doit à ceux à qui on le doit – s'il reste de la place aux jeunes, ces nouveaux venus qui ne trouvent pas d'agenda pour dire et montrer leur révolte à eux... Pas celles passées et quasi oubliées, celles de maintenant, celles qui touchent au monde et non à l'intimité d'un petit cercle de poètes sur le départ. On doit le dire, *Mais sois sans tweet* tire un peu dans le ringard. Mais c'est peut-être le bobo qui sommeille en nous qui parle...

Finalement, même si Frisoni réussit à nous décrocher deux ou trois sourires, dans l'ensemble, il ne convainc pas à nous faire aimer ce *soloshow*, justement monté trop « seul ». Ce *Mais sois sans tweet*, pourtant bourré de bonnes intentions, semble manquer de recul, on y oublie que le monde d'aujourd'hui ne trouvera pas sa révolution dans les slogans ou les manifs – voyez « Nuit Debout » –. La rue n'a plus ce pouvoir, tout simplement parce que le monde a changé, tout comme « les espoirs d'hier » ne sont plus les mêmes. Ainsi, ce dernier Frisoni, ne trouve pas d'espace pour affiner son débat et peut-être qu'une co-écriture, avec une main jeune et révoltée, aurait été salvatrice.

Mais sois sans tweet, de et avec Claude Frisoni ; mise-en-scène par Fabienne Zimmer, est une coproduction du Tol avec le TNL et sera encore joué les 12, 13, 18, et 28 avril à 21 heures, le 17 avril à 20h et le 27 avril à 16 heures au bar du Théâtre ouvert Luxembourg ; pour plus d'informations : tol.lu/spectacles/mais-sois-sans-tweet/



Cinémasteak

De la lune à la terre

Valerio Zurlini est un cinéaste touchant et sensible que l'on associe spontanément à son dernier film – *Le Désert des Tartares* (adapté du roman célèbre de Dino Buzzati) – en oubliant la plupart des autres, tout aussi remarquables dans leur conception (notamment *Un estate violenta* 1959, *Cronaca familiare* 1962, *Le Soldatesse*, 1965, et *La prima notte di quiete*, 1972). « J'ai fait huit films ; dans mes huit films, il y a un thème mineur – celui de Buzzati – qui est contenu dans le thème majeur. Vivre la vie n'a d'autre but que de la laisser s'écouler et la mort est la seule justification » (entretien avec Jean Gili, *Le cinéma italien*, 10/18, Paris, 1978, p. 436). Le pessimisme lucide de Zurlini explique le ton désespéré de ses films. Ce qui peut étonner de la part d'un cinéaste qui est demeuré toute sa vie un militant communiste.

La Ragazza con la valigia est son troisième long-métrage. Il met en scène un adolescent bourgeois et solitaire (Lorenzo interprété par Jacques Perrin) qui s'prend d'une fille-mère séduite et abandonnée (Aïda jouée par Claudia Cardinale). L'éducation sentimentale du jeune homme est pourtant une fausse piste. Le « modèle » antonionien de personnages bourgeois étrangers à eux-mêmes également. Les déambulations nocturnes de Lorenzo et Aïda, entre Parme et la Riviera sont trouées par le soleil d'Italie et la blancheur des demeures bourgeoises. Ces derniers sont des leurres. Zurlini mêle de longs plans-séquences à une grande profondeur de champ soulignant ainsi la distance sociale irréductible entre les personnages et les rapports ambivalents de fascination. De nombreux travellings sont utilisés pour sublimer l'objet du désir. C'est Claudia Cardinale qui est au cœur de l'attention. Depuis son arrivée de Tunisie en 1958, à vingt ans, cette jeune femme d'origine sicilienne enchaîne les rôles dans de grands films : *I Soliti ignoti* (Monicelli, 1958), *Rocco e i suoi fratelli* (Visconti 1960), *Il bel Antonio* (Bologini, 1960). Sa beauté et sa spontanéité frappent le spectateur. Zurlini la campe en fille du peuple qui fixe immanquablement le désir sexuel des mâles. Sa demande d'amour et d'affection est balayée par la brutalité des rapports de force. Quelle que soit sa forme, la libido masculine se paie cash. D'où la circulation permanente de ces billets pendant toute la durée du film.

La Ragazza con la valigia nous touche aussi par sa modernité. Les plans de nuit soulignent tout autant la fragilité des personnages que celle des sentiments. Les tubes de l'époque sont utilisés en contrepoint. Le miracle économique de l'Italie des années 1960 n'évite pas le vide existentiel. Valerio Zurlini est plus radical encore : « La validité d'un sentiment n'existe pas, la validité d'une illusion n'existe pas (...) il n'existe rien qui soit en dehors de l'amère survivance. Il existe une consolation chrétienne mais dans un sens laïque, dans un sens païen pour ce qui me concerne ». Fabrice Montebello

La ragazza con la valigia (La Fille à la valise ; Italie-France, 1961, vostf, 121') de Valerio Zurlini, sera projeté à la Cinémathèque, place du Théâtre, mardi 9 avril 2019 à 20h30.



Dans ce film, c'est Claudia Cardinale qui est au cœur de l'attention

Kino

Mit Kinderaugen staunen

Marc Trappendreher

1941, kurz vor Kriegseintritt, erschien Disneys Animations-Klassiker *Dumbo* in den amerikanischen Kinos. Nun, fast achtzig Jahre später, bringt Disney ein Remake in die Kinos und verpflichtet dafür niemand Geringeres als Tim Burton. Dass Burton eine Vorliebe für sympathische Ausgestoßene hat, ist mit Blick auf seine Filmografie kaum verwunderlich: Man denke da an *Edward Scissorhands* (1990), Jack aus *Nightmare before Christmas* (1993) oder *Frankenweenie* (2012). Nach *Alice in Wonderland* (2011) erzählt der Regisseur nun nochmals den Klassiker um den fliegenden Elefanten mit den übergroßen Ohren neu und nimmt sich damit einer Figur an, die scheinbar bestens ins Repertoire passt.

Anstelle der sprechenden Maus Timothy werden Dumbo der Kriegsveteran Holt Fari-er (Colin Farrell), seine beiden Kinder Milly (Nico Parker) und Joe (Finley Hobbins) sowie die Akrobatin Colette Marchant (Eva Green) zur Seite gestellt. Gemeinsam gehen sie gegen den intriganten Großunternehmer Vandevere (Michael Keaton) vor, der in dem fliegenden Elefanten das große Geld sieht und dem jedes Mittel Recht ist, sein Ziel zu erreichen ...

Die wohl gewichtigste dramaturgische Abweichung der Realverfilmung liegt im reichen Angebot des Schauspielensembles: Burton interessiert weniger die Tierwelt als vielmehr die Austragung der menschlichen Konflikte. Mithin hält sich der Film auch nur sehr lose an seine Vorlage, indem er die menschlichen Charaktere in den Vordergrund rückt und seinen titelgebenden tierischen Helden in der filmischen Handlung selbst zur Randfi-

An *Dumbo* interessiert Tim Burton weniger die Tierwelt als vielmehr die Austragung der menschlichen Konflikte

Theater

268 Gramm Matjesfilet Hausfrauenart



Marties, Ilona und Karo

Claude Reiles

Androhung auf Verböserung? Das Finanzamt weist den Steuerzahler darauf hin, es bestehe die Gefahr, dass ein Sachverhalt zu seinen Ungunsten entschieden werden könnte. Vorwurf der Liebhaberei? Dem Steuerzahler wird vorgeworfen, sein Hobby aus steuerlichen Gründen als Unternehmen angemeldet zu haben. Steuerlich vorgesehenes Serviergewicht eines „Matjes nach Hausfrauenart“? 267 Gramm; jedes weitere Gramm stinkt nach Schwarzmarkt und Unterschlagung. Und: „Solidarität ist was für Arme. Die haben ja sonst nichts.“ Ein herzliches Willkommen im Amtsdschungel des bundesrepublikanischen Steuerwahnsinns und damit auch in der Erfolgsgeschichte *Frauen an der Steuer* mit Melanie Haupt, Judith Jakob und der luxemburgisch-deutschen Darstellerin Fabienne Elaine Hollwege in den Hauptrollen.

In dieser hundertminütigen Vorstellung führt das Trio die Zuschauer in die Welt des deutschen Steuerrechts ein. Urkomisch. Zahllose Kleinunternehmen knicken unter der Last des Behördenwirrwarrs ein, und doch lässt sich dieses Thema getrost in die Schublade der Komödie stecken. *Frauen an der Steuer* wirft einen spritzig-witzigen Blick auf den

Behördengang, ist Komödie, Revue und Kabarett auf hohem Niveau. Das Steuergesetz birgt – wer hätte's gedacht? – höchstes Humor-Potenzial.

Die Abwechslung von dramaturgischer Erzählung – die Finanzprüfung des Fischimbiss' von Marlies, Ilona und Karo steht kurz bevor –, satirischem Wortspiel und Liedeinschüben mit Ukulele und Gitarre ist richtunggebend für die Rhythmik und Kurzweile des Abends.

Ein Höhepunkt ist zweifellos das Zusammenspiel der Darstellerinnen mit Gesang und in seiner Geschwindigkeit steigendem Rasselspiel auf einem Holztisch. Da werden Becher kurzerhand zur Body-Percussion *Cup-Song* umgewandelt, dessen Text aus reinem Fachjargon besteht. Die Sicherheit und Selbstverständlichkeit von Haupt, Hollwege und Jakob während dieser koordinations-technisch überaus anspruchsvollen Darbietung hallt lange nach.

Eine weitere Szene, die in ihrer Groteske staunen lässt, ist Hollweges gestische und mimische Leistung als millionenschwere Erbin bei der „Selbsthilfegruppe reicher Erben“. Die Therapeutin ruft

Mit dem Gastspiel *Frauen an der Steuer* liefert das Kasemattentheater herrliche Komik rund ums deutsche Steuergesetz

ihre Patienten dazu auf, die Möbelgarnitur zum Gruppengespräch zurechtzurücken. In mimosenhaftem Phlegma gleiten Hollweges Gliedmaßen an Tisch- und Stuhlmöbeln entlang, jeder hauchzarte Kontakt mit dem Holz, jeder Verdacht an körperlicher Leistung artet in muskuläre und psychische Erschütterung aus: Die Prinzessin spürt die Erbse. Die attraktive Blässe der Darstellerin wird kurzerhand zur Metapher für Zerbrechlichkeit.

An Komplexität und politischer Ausgewogenheit gewinnt *Frauen an der Steuer*, indem die Autorinnen Eva Martens und Melanie Haupt die vermeintlichen Schreibtischtäter, die „Sachbearbeiter“, gleichermaßen als Opfer dieses Systems darstellen. Das bedingungslose Mobbing, der hohe Druck, unter dem die Beamten keuchen, um vorgegebene Statistiken zu beschönigen und so politisch verqueren Vorgaben zu entsprechen, zieht sich als zweite Facette der Produktion durch den Abend. Verspottet werden weniger einzelne Beamten, als vielmehr ein im Kern faules System.

Im beschaulichen Kasemattentheater wurde *Frauen an der Steuer* von Regisseurin Anja Schneider vor etwa 40 Zuschauern inszeniert. In einem derart überschaubaren Bühnenraum stört jede Auffälligkeit im Publikum. Wenn ein auf dem Boden zerbrochenes Weinglas bekichert und anschließend mit Smartphone-Leuchte der Boden abgesucht werden muss, dazu so mancher auf seinem grell erleuchteten Display aktuell eingetrudelte Nachrichten prüft, dann muss dies wohl zum Störfaktor für Publikum und Künstler werden. Die Darstellerinnen ließen sich nichts anmerken und sorgten für einen urkomischen, spritzigen, beamtenwahnsinnigen Theaterabend.

Frauen an der Steuer. Wenn *Frauen auf den Umsatz abdrehen*; eine Co-Produktion mit dem Distel-Kabarett; Regie von Anja Schneider; Text von Eva Mertens und Melanie Haupt; mit Judith Jakob, Melanie Haupt und Fabienne Elaine Hollwege; keine weiteren Vorstellungen in Luxemburg; weitere Informationen auf www.frauenandersteuer.de.



Dumbo dürfte Tim Burtons größter kommerzieller Erfolg werden

Dumbo und seine Freunde hier gegen das industrielle Massenspektakel auf; greift der Film gleichsam seinen Schöpfer an? Nein, das wäre doch etwas zu viel gewagt: Der Film übt Kritik nur an der Oberfläche; auch die konsensfähige Botschaft, dass Tierquälerei für Attraktionszwecke schlecht ist, bleibt recht simpel und nicht genügend ausgeschöpft – und sobald Dumbo sich, von rasanten Kamerabewegungen begleitet, schwingend in die Lüfte erhebt, ist jeder selbstkritische Ansatz wieder vergessen, woran nicht zuletzt die mitunter fast schon sakral anmutende Filmmusik von Burtons Hauskomponisten Danny Elfman erheblichen Anteil hat.

Der Film feiert seinerseits die Attraktion des bewegten Bildes und dessen Tricktechnik, daran lassen sowohl die an Busby Berkleys Musicals angelehnten Tanzchoreografien wie auch die selbstreflexive Schlusspointe keinen Zweifel. Das Kino also als der Ort, wo das Unmögliche wahr wird, wo Menschen mit computeranimierten Tieren interagieren – dadurch weiß der Film zu verzaubern, gewinnt dem Klassiker allerdings nicht viel Neues ab, dabei ist die aktuelle Version mit fast zwei Stunden Laufzeit fast doppelt so lang wie das Original. Vertreter des heute viel zu inflationär gebrauchten Begriffs der amerikanischen Autorenoriginalität, die hier nach den markanten Zügen von Tim Burtons Handschrift suchen, werden trotz der längeren Spieldauer nur schwer fündig.

Auch Erwachsene können mit Kinderaugen staunen, heißt es im Film an einer Stelle; diesem Anspruch wird *Dumbo* wohl gerecht. Ältere Generationen dürfen sich zurückerinnern und jüngere Zuschauer entdecken die Geschichte in neuen Bildern, die auf der Höhe der modernen Spezialeffekte sind. So reiht dieser Film sich abermals nahtlos in die Reihe der aktuellen Disney-Neuverfilmungen (noch dieses Jahr folgen *Aladdin* und im Sommer *The Lion King*) ein, beutet nostalgische Gefühle aus und schweigt derart in Wehmut, dass jeder ansatzweise sozialkritische Gestus untauglich gemacht wird. *Dumbo* dürfte wohl gerade deshalb Tim Burtons größter kommerzieller Erfolg werden.



Suzanne Cotter, Mariette Schiltz et Enrico Lunghi (de gauche à droite) devant *Broadway Fly*, lors du vernissage vendredi dernier



Bert Theis (à droite) au Luxembourg en 1998, lors de *Manifesta 2* (participant à une action de Simone Decker)



Concert du Mark Uncle Band au *Safe & Sorry Pavilion*



Maquettes et documentations dans l'exposition au Mudam



Art contemporain

Critique et utopie

josée hansen

L'ironie était une des formes d'humour les plus chères à Bert Theis (1952-2016). Elle lui permettait de démasquer par l'absurde, et sans jamais tomber dans le pathos, les excroissances du libéralisme et les excès de ceux qui nous gouvernent. Theis venait de l'extrême-gauche, avait été membre de la Ligue communiste révolutionnaire dans sa jeunesse, milité dès le lycée, puis avec ses amis artistes comme Claude Fontaine ou Guy W. Stoos à la Kulturfabrik, et n'a jamais trahi ni sa famille, ni ses idéaux politiques. Il avait juste changé de champ d'action, quittant la politique pure et dure pour l'art contemporain. Il forgea notamment le terme « *fight specific* », relatif à la lutte (à l'instar de l'art *site specific* ou in situ) En deux décennies d'activité intense dans le monde international de l'art, entre marchés, biennales et colloques, de Milan à Guangzhou, il avait fait le tour du système, compris les intérêts des uns et des autres. Et statué, vers la fin de sa vie, qu'aucun intérêt stratégique ou de carrière ne valait de travailler avec ...des cons.

L'installation de son *Broadway Fly* dans le café du Mudam, à l'occasion de sa rétrospective intitulée *Building philosophy*, tient de l'ironie à plus d'un titre. Parce que Theis avait imaginé son installation à cet endroit précis, là où se trouve désormais le cœur d'une institution muséale : au restaurant plutôt que dans les salles d'exposition. La sculpture noire est en principe praticable, une sorte d'affût perché que Theis avait conçu en 1996, au début de sa carrière internationale, pour les foires d'art de Francfort et de Paris, invitant les visiteurs à prendre de la hauteur et observer le public d'un point de vue surélevé, en se servant même de jumelles pour se rapprocher des transactions entre vendeurs et clients. C'était avant les drones, les caméras à tous les coins de rue et les mises en garde devant la société de surveillance orchestrée par les pouvoirs publics et les sociétés de *big data*. Non, Bert Theis était un adepte de Guy Debord et de sa critique de la société du spectacle, mettait à distance (comme Bert Brecht) et démontra ainsi le jeu des forces présentes sur le marché. En l'installant au café du Mudam, il voulait ainsi permettre au quidam d'observer les *happy few* en train de manger leurs mignardises, un verre de champagne à la main. Sauf que – et toute

l'ironie est là, même si elle n'était pas voulue : les contraintes de sécurité auxquelles sont soumis les établissements publics ont fait que personne ne peut y monter. Le commissaire d'exposition Enrico Lunghi (qui était encore directeur du Mudam au moment où la rétrospective fut décidée, sa successeuse Suzanne Cotter l'ayant ensuite engagé comme curateur invité, ce qui l'honore) a écrit un texte explicatif sur cette interdiction de monter, se demandant « où nous mènera cette folie du risque zéro et de la déresponsabilisation jusqu'à l'absurde qui s'empare de toute initiative privée ou publique ? ». Et de conclure : « Si Bert était encore vivant, il se rendrait compte que nous ne prenons vraiment pas le chemin de l'utopie libératrice dont il rêvait ». Mais peut-être que c'est exactement ce que son œuvre contribue à démasquer, même malgré elle ? Peut-être que cela l'amuserait ?

La carrière artistique de Bert Theis était une longue lutte. Ou plutôt une suite de luttes. Souvent contre des administrations et des politiques hostiles à l'art ou aux petites gens. Elle commença par un grand bras de fer avec l'administration de la biennale de Venise en 1995, pour laquelle, avec son frère d'arme et néanmoins curateur fidèle Enrico Lunghi (les deux hommes ont fait carrière ensemble et en parallèle), il réussit à squatter officiellement le petit espace entre les pavillons belge et néerlandais, au cœur des Giardini, avec son *Potemkin Lock* : une cloison blanche derrière laquelle le public était invité à se prélasser dans des transats blancs, de se reposer un peu dans un espace sans image et ainsi se ressourcer dans une journée éreintante à courir de pavillon en pavillon. Le tout aux sons d'un délicieux *Venice Rap*, reprenant des morceaux de textes de Marcel Duchamp (« Il faut bien tuer son voisin pour survivre, n'est-ce pas ? »). Le Luxembourg y fut dépeint comme un village Potemkin, une façade derrière laquelle il n'y avait... rien. Sa lutte se termina vingt ans plus tard à Milan, dans la militance collective – avec les moyens de l'art, mais aussi de la politique et de la justice – pour empêcher qu'un parc public du quartier populaire de l'Isola (qu'il habita) ne soit rasé pour y ériger des gratte-ciels bling-bling. Cette lutte-là fut perdue. Mais l'enthousiasme de la solidarité populaire y a survécu, se prolongeant vers d'autres actions, comme le jardin collectif Pepe Verde ou l'usine occupée Rimaflow (voir page 15).

La très belle car rigoureuse exposition dans les deux sous-sols du Mudam, conçue avec Mariette Schiltz (la compagne et collaboratrice de Bert Theis) et Rob Engel, l'ami et collaborateur fiable, est également structurée en ellipse : la militance politique des débuts à la fin à gauche, la création plus purement artistique à droite. Et au milieu, deux grands collages de jungles urbaines dont il aimait à affubler les grandes capitales dans lesquelles il était invité à intervenir (Milan, Paris, Tirana...) et la plage, les écouteurs-coquillages et la structure en bois servant à s'isoler pour écouter une pièce

sonore de l'installation *AQ, 1999*, créée jadis pour une exposition personnelle chez Erna Hécey, sa galeriste de toujours.

On aura ainsi plaisir à (re)découvrir des œuvres de jeunesse, peu connues : les collages politiques (désopilantes, ces bandes dessinées se moquant des hommes et femmes politiques du milieu des années 1980), les affiches pour des actions de l'extrême-gauche (*Woytila – Nee Merci*, en 1985, contre la visite du pape Jean-Paul II) et ses premières œuvres en tant que plasticien, s'érigeant là encore avec ironie contre l'idéal esthétique ambiant. On lui demandait de peindre ? Il colla les pages du livre *L'art de peindre* une à une, rendant ainsi ses bons conseils inaccessibles pour toujours. On lui ordonnait de produire des œuvres ? Il acheta des espaces publicitaires dans les journaux demandant aux lecteurs de ne pas participer à la « pollution iconographique ».

À partir de la biennale de Venise, le travail de Bert Theis prendra un tournant : il n'essaiera plus de participer à la production d'œuvres, mais proposera plutôt des plateformes, toujours en bois blanc, qui inviteront non seulement le public à se reposer – à Munster, la première *Plateforme philosophique* (lors des *Skulptur.Projekte* de 1997), à Volterra en Italie, au Mudam (les *Drifters*) ou au Casino Luxembourg (*Le domaine de Marcel & Joseph*, 1998) –, mais contribueront aussi à son émancipation. Le public devient ainsi acteur, peut s'approprier les œuvres, danser dessus, s'y rencontrer, donner des concerts... Theis était alors pleinement dans la mouvance de l'« esthétique relationnelle », la théorie développée par Nicolas Bourriaud (1998).

Si on voit certes des maquettes et des documentations de l'installation in situ de ces structures au Mudam – dont le *Safe & Sorry Pavilion* construit en 2005 sur le toit du Bozar à Bruxelles et désormais installé place de l'Europe, devant la Philharmonie –, les curateurs ont eu la perspicacité de ne pas vouloir toutes les montrer (d'ailleurs cela aurait au moins nécessité l'espace entier du musée), mais de reproduire l'esprit collectif que prôna Bert Theis sa vie durant : au Cercle-Cité, au Luca, aux Rotondes, devant les hauts-fourneaux à Belval, dans l'atelier d'architecture 2001 ou au Musée national d'histoire et d'art, on peut poursuivre son exploitation de l'*Arcipelago Bert Theis*. La possibilité d'une île. Ou le rêve de l'utopie concrète.

Le titre de cet article est emprunté à un recueil de textes de Walter Benjamin

La rétrospective Bert Theis : *Building philosophy – Cultivating utopia* dure encore jusqu'au 15 août au Mudam ; publication d'un catalogue en co-édition avec Mousse Publishing, Milan ; 216 pages, 35 euros ; informations sur l'exposition et le programme connexe *Arcipelago Bert Theis* : mudam.lu.

Le Mudam offre une rétrospective aussi radicale qu'épurée au travail de l'artiste luxembourgeois Bert Theis, mort en 2016



Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Services

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 07.05.2019
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Le Fonds Belval
1, avenue du Rock'n'Roll
L-4361 Esch-sur-Alzette
Tél. : +352 26840 1
Email : soumission@fonds-belval.lu

Section II : Objet du marché

Description succincte du marché :
Soumission relative aux services de gardiennage de la Cité des Sciences à Esch-Belval.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Dossier de soumission à télécharger gratuitement sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Les conditions de participation sont précisées au dossier de soumission.

Réception des offres :
La remise électronique des offres sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu) est obligatoire pour cette soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

La version intégrale de l'avis n° 1900512 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 07.05.2019
Heure : 10 00 heures

Lieu :
Administration des bâtiments publics
10, rue du Saint-Esprit
L-1475 Luxembourg

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux de menuiserie en bois (lot 27.2) à exécuter dans l'intérêt de la rénovation et extension du Lycée Michel Rodange à Luxembourg.

Description succincte du marché :
– 77 portes intérieures en bois
– 915 m rebords de fenêtres
– 2 000 m² revêtements muraux (partiellement acoustiques)
– 65 armoires dans les salles de classe
– 150 m armoires dans les salles de science
– 1 300 casiers
Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.
La durée prévisible du marché est : 233 jours.
Le début prévisible des travaux: 4^e trimestre 2019.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
01.04.2019

La version intégrale de l'avis n° 1900488 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse

D'Staatlech Kannerheemer Schëffleng
sichen

1 Educateur (m/w)

(Employé B1 sous-groupe éducatif et psycho-social)

20 Stonnen d'Woch op onbegrenzten Zäit fir am Departement Hébergement / Service de Logement en milieu ouvert ze schaffen.

Verlaangten Profil :
– Een Diplom vum Educateur hunn.

- Bereetschaft a Fäegkeet hunn, fir jonk Erwuessener ze begleeden souwuel am deeglechen wéi am schouleschen oder professionellen Liewen.
- Bereetschaft a Fäegkeet hunn, souwuel an enger Equipe pluridisciplinär wéi och autonom ze schaffen.
- Dynamesch a flexibel sinn.
- De Führerschäin hunn a Camionnette fuere kënnen.
- Lëtzebuergesch, Däitsch a Franséisch schwätzen a schreiwen kënnen.

D'Demande (mat Liewenslaf, Foto, den néidegen Diplomer an d'Extrait n°3 an n°5 aus dem Casier judiciaire) ass bis den 12 Abrëll 2019 un d'Direktesch vun de Staatleche Kannerheemer ze schécken.
Maisons d'Enfants de l'État
B.P. 51
L- 3801 Schifflange
Tel.: 54 71 67 101
Eng éischt Wiel gëtt op Basis vun den Dossiere gemaach.

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Ponts et Chaussées
Division des travaux neufs

Avis de marché

Procédure : ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 15.05.2019 à 10.00 heures

Lieu d'ouverture :

Administration des Ponts et Chaussées
Division des Travaux Neufs
21, rue du Chemin de Fer
à L-8057 Bertrange
dans le bâtiment H1, 2^{ème} étage

Intitulé :
Échangeur Irrgarten : Réaménagement de l'échangeur en carrefours à feux, Lot C : Équipement de feux

Description :
Lieferung, Montage und Inbetriebnahme einer Lichtsignalanlage mit folgender Konfiguration:
– Steuergerät mit Anschluss an Lichtsignalsteuerungszentrale via OCIT-O Datenschnittstelle
– 1 Steuergeräteschrank
– 68 optische 40 V LED-Signalgeber (Montage Signalgeber an Signal-maste oder bestehende Schilderbrücken)
– 48 Detektoren
– 6 Signalmaste mit Ankerkörben
– 7 500 m Verkabelung
– 48 Monate Wartung
Arbeitsbeginn: Oktober 2019
Dauer: 60 Tage

Conditions d'obtention du dossier de soumission :
Les documents de soumission peuvent être téléchargés à partir du portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour le 'Échangeur Irrgarten : Réaménagement de l'échangeur en carrefours à feux, Lot C : Équipement de feux' » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la

législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date de publication de l'avis 1900491 sur www.marches-publics.lu :
04.04.2019

Vacance de poste

La Direction de la Santé

se propose de recruter

Un médecin (M/F)

pour la Division de la médecine curative, à plein-temps et à durée indéterminée sous le statut du fonctionnaire de l'État.

Les demandes avec lettre de motivation, curriculum vitae et copies des diplômes sont à adresser pour le 30 avril 2019 au plus tard à
Dr Jean-Claude Schmit
Directeur de la Santé
Villa Louvigny, Allée Marconi
L-2120 Luxembourg

Les renseignements relatifs au profil de poste et aux exigences particulières peuvent être consultés sur le site www.sante.public.lu

Tout renseignement supplémentaire peut être demandé par téléphone au Dr Françoise Berthet
tél. : +352 247-85588
ou Francoise.Berthet@ms.etat.lu

d'Lëtzeburger Land

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983

Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Letzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur.

Gérant, rédacteur en chef Romain Hilgert (48 57 57-22; rhilgert@land.lu), **Rédaction** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), Josée Hansen (48 57 57-26; jhansen@land.lu), Ines Kurschat (48 57 57-28; ikurschat@land.lu), Michèle Sinner (48 57 57-20; msinner@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu) **Photos** Sven Becker (sbecker@land.lu) **Administration** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Mise-en-page** Pierre Greiveldinger **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Publicité** Maison Moderne Media Sales 10, rue des Gaulois Luxembourg; boîte postale 728, L-2017 Luxembourg (27 17 27 27-32; francis.gasparotto@maisonmoderne.lu) ; **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 4,00 € **Abonnement annuel** 140,00 € **Abonnement étudiant/e** 75,00 € **Comptes en banque** CCPLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLULL : IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGULLULL : IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEULL : IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL : IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXLULL : IBAN LU59 0080 0484 9600 1003



Art contemporain

This is how he sees life

Sofia Eliza Bouratsis

Depuis la Biennale de Venise, Mike Bourscheid est surtout connu pour son travail d'artiste performeur. Sa participation à la Drawing Now à Paris¹ la semaine dernière, avec sa galerie Nosbaum-Reding qui a fait le beau choix de la cohérence en lui dédiant tout son *booth* – au-delà d'avoir relevé l'énorme défi de réussir, dans le foisonnement d'une foire, à créer un univers à part, une vraie exposition – dévoilait un nouveau côté de son travail : ses dessins².

Ceux qui suivent le travail de l'artiste le savent : plutôt que d'employer un bataillon d'artisans spécialistes comme le fait la grande majorité des artistes contemporains, Mike Bourscheid prend des cours, ou il apprend (seul) à apprendre de nouveaux gestes, et il adopte ainsi de nouvelles méthodes qu'il incorpore à son travail. Cette modestie, qui est aussi une posture d'artiste, se transforme alors en puissance expressive et affirmation de joie – à l'occasion de la connaissance développée, au sens spinoziste du terme³ (et par là même en grande provocation inspirante pour toute personne qui prend le temps de regarder le travail de cet artiste, dont la singularité est profondément marquante).

Certains de ses dessins sont des préparations pour des costumes de performances ou de vidéos (car il est en train de préparer des performances pour la caméra...), d'autres sont des personnages nouveaux, et d'autres, on les « connaît » déjà : par

exemple son *Self portait* (*This is how I imagine love*) : un humain vêtu d'un beau corset bien serré et deux mains portant ce qui sur le dessin à l'air d'être un masque mais qui est un lourd casque en fonte d'aluminium (que l'artiste porte pour la performance *This is how I imagine love*). La mélancolie de ce visage aimant est immédiatement transfigurée par la beauté de ce torse (pourtant poilu), torse à la fois masculin et féminin, par les cœurs roses que l'artiste a cachés dans le ventre du personnage, par une autodérision tendre et par une sincérité bouleversante... cet amour n'est vraisemblablement pas une situation tout à fait confortable, mais sa beauté est inouïe !

Il y a également des dessins indépendants, un chevalier amoureux de ses poules et qui porte des chaussures-cages pour ne jamais s'en séparer, une future colocation entre chevaliers – celui qui porte le costume en osier et qui ne peut manger que si quelqu'un le nourrit ; l'athlète, qui fait partie d'une équipe qui le rejette parce qu'il est blond, etc. Puis, il y a ce magnifique dessin d'un chevalier qui porte (comme pour les batailles) un casque qui a l'air d'une tête et qui sauvera peut-être la sienne : ces deux figures pleurent, et pour les protéger des larmes-pluie, Mike Bourscheid dessine une grille (paradoxalement douce) qui retient les gouttes. Il y a donc plein d'histoires, qui sortent comme d'un conte pour l'enfant qui se cache en chaque adulte, et l'un des moments les plus agréables de la découverte de ce travail est d'écouter ces histoires. Or, il y a eu un moment à la foire, un « pourquoi » posé par l'auteur de cet article auquel l'artiste a répondu avec son sourire légendaire : mais il n'y a pas de pourquoi à tout ! Et c'est peut-être à travers cette brèche que s'ouvre toute la beauté de ce travail qui est à la fois joyeux, joyeux, douloureux, mélancolique, innocent, critique, amoureux, dépendant de l'amour mais conscient et heureux de l'être, et surtout profondément libre car porteur de cette ambiguïté intelligente qui le caractérise.

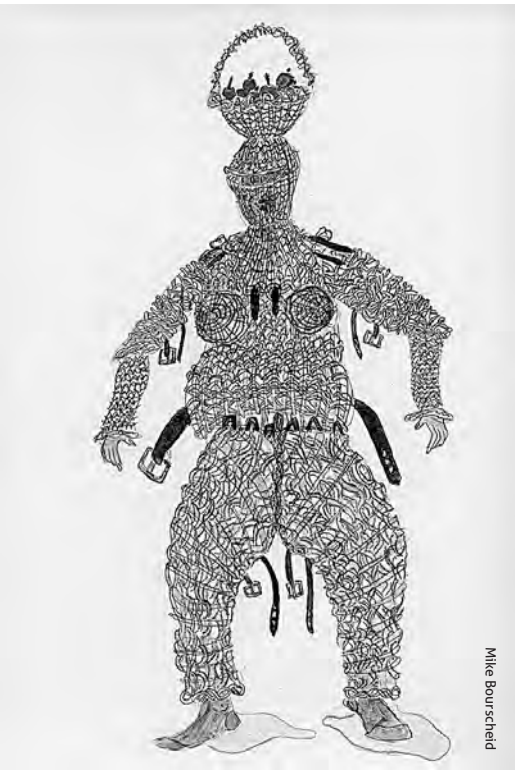
Et bien c'est au fil des années que l'on apprend à vraiment connaître le travail d'un artiste : Mike Bourscheid fait des performances, il fait des costumes, il a une esthétique qui lui est propre et qui,



Deux des dessins de Mike Bourscheid exposés à Paris : *Knight in casual wear* (à gauche) et *Wicker knight*, tous les deux 2019

même si elle est extrêmement attirante par ses couleurs et ses matières, ne dit pas toujours des choses faciles à accepter... Il est un artiste qui travaille le corps – ou plutôt sa libération de toute institutionnalisation et des diverses formes « d'idéologies qui se sont succédées ou télescopées dans la société du spectacle (corps marchandise, corps bien-être, corps souci de soi, corps fétiche, corps capital, corps surnaturé, [et surtout corps chrétien coupable et culpabilisé], ... – [qui] représentent des formes d'incorporations de l'Ordre politique et de son Ordre corporel »⁴. Il faut (et ceci est plutôt rare) regarder le compte instagram de l'artiste – @bourscheidmike – car il est comme une librairie dont on n'arrive pas à sortir. L'on y découvre la pluralité de ses inspirations, recherches et références : de l'histoire de la mode (avec une prédilection pour Pierre Cardin et Rei Kawabuko) [corps sublimé, corps élégant, corps imaginé, corps fascinant], à l'histoire de la danse contemporaine [corps travaillé, corps libéré] et l'histoire de l'art [corps en lutte, corps en gestes, corps décoré], en passant par la vie quotidienne dans sa sublime trivialité.

L'on comprend alors l'importance que Mike Bourscheid porte à la vie, au quotidien, aux gestes – car



parfois un geste, même le plus anodin, arrive à exprimer un « tout ». Dans ces travaux, pour une fois en « deux dimensions », l'on voyait toujours et encore le corps de l'artiste au travail (ses gestes) et l'on voyait le corps de l'humain de tous les jours, dans son incessante bataille contre et pour lui-même... L'après-confrontation (ou rencontre) avec le travail de Mike Bourscheid reste toujours le même : envie de s'assumer, soi, son corps, ses désirs, ses faiblesses, ses pouvoirs, ses rêves, envie d'oser imaginer vivre autrement, envie d'aimer, envie de rire, envie de vivre !

¹ Drawing Now Art Fair, le Salon du dessin contemporain, du jeudi 28 au dimanche 31 mars 2019 au Carreau du Temple, à Paris.

² De plus petits dessins en aquarelle et crayon sur papier et de grands dessins en huile sur papier coton.

³ « La joie est le passage d'une moindre perfection à une perfection plus grande », Baruch de Spinoza, Éthique III, « De l'origine et de la nature des sentiments », Définition II.

⁴ Quatrième de couverture du nouvel ouvrage du sociologue et philosophe critique Jean-Marie Brohm : *Ordre corporel et incorporations. Corps sociaux, corps politiques, corps mystiques*, Q5 ? éditions, Albin Michel, 2019.

Tzeedee

Big band pour diva

Gast Waltzing fait figure de haute autorité en matière de jazz au Grand-Duché. Fondateur notamment de l'ONJL (Orchestre national de jazz Luxembourg), son talent n'est évidemment plus à discuter, mais les choses se compliquent lorsqu'on prend le temps d'étudier la discographie de l'orchestre. Pour rappel, les deux derniers disques publiés par la troupe, *D'Pierle vum Da* et *ONJL featuring Jean-Jacques Mailliet*, tous deux au *packaging* amateur, étaient inégaux. Le premier était sympathiquement *has-been*. Le second, s'est toutefois avéré être un coup d'essai non réitéré mais qui d'une part, était plus que correctement mixé et qui d'autre part contient encore un formidable morceau. En effet, l'introduction *Floating over Antarctica* est un superbe titre qui mérite le coup d'oreille.

Le rappel étant fait, l'orchestre vient de publier un nouveau disque placé sous le signe de l'espoir et appelé, à juste titre, *Hope*. Même si ce n'est qu'anecdotique, le design de la pochette ne fait pas défaut à la règle des albums parus chez WPR (WaltzingParke Records). C'est amateur, les illustrations de Sabrina Kaufmann sont désuètes, mais admettons. L'opus se compose de onze pièces pour cinquante minutes de musique. Six titres instrumentaux pour cinq chansons signées Maggie Parke et performées par Salima.

L'Orchestre national de jazz Luxembourg publie un nouveau disque (pas indispensable) placé sous le signe de l'espoir

L'introduction *She* laisse sceptique mais pique la curiosité. Une batterie qui implose, des cuivres en cœur, une voix soul, de la musique de big band. On comprend le « clin d'œil à l'ère des Big Bands accompagnant des divas » évoqué dans la brochure presse du projet. Un assez long solo à la guitare électrique accompagné de timides *skats* s'enclenche ensuite. Suit *No dialogue*, un long titre classique mais une fois n'est pas coutume, efficace. Une structure sans surprises mais jazz à souhait, et qui offre une certaine liberté aux musiciens. *Why is it* est un véritable morceau de cabaret aux airs lointains d'un Randy Newman, mais qui fatigue.

Fake news, un des meilleurs titres du projet sans doute, est atypique. La première minute semble tout droit sortie d'un catalogue KPM, le charme du rétro en moins. KPM (pour Keith-Prowse-Maurice) c'est un ancien label de musique d'illustration où ont notamment fait leurs classes Syd Dale, Neil Richardson, Keith Mansfield ou Alan Hawkshaw, pour ne citer que ceux-là. Riche de milliers de titres, les catalogues du label sont une véritable mine d'or pour les amateurs du genre. Steven Soderbergh ou Michel Hazanavicius ont notamment puisé dedans pour illustrer leurs films. La trompette vient détruire cette délicate impression, mais la douceur du cuivre compense.

S'ensuit *Hard to love*, le plus long morceau qui ne déçoit jamais, mais qui garde un certain charme du fait de ses nappes détendues et de la voix maîtrisée mais trop posée de Salima. À l'écoute du morceau suivant, *Traffic Jam* & *Re:Jam*, on en ressort lessivé, rincé ou toute autre expression du même acabit. Le rythme est endiablé certes, mais la sauce ne prend pas. Les cuivres sont criards et les riffs faussement enjoués. Sur *I think that it's time*, Gast Waltzing démontre son talent pour composer des leitmotivs entêtants. *B Trumped* est un énième titre de big band aux accents funk et *Just another fool*, un terrain d'expérimentation pour Salima, qui propose enfin de nouvelles variations.

L'album *Hope* est clôturé par *Hope is forever* et *NU Hope*, qui se répondent, mais qui ne marquent pas tellement. Pas indispensable, ce nouveau projet de Gast Waltzing et de l'ONJL a toutefois et sans doute beaucoup à gagner à être joué en live. Kévin Kroczeck

Plus d'informations sur onjl.lu.

Art moderne

L'imaginaire breton ou celte...

Lucien Kayser

Il est quelque 500 sites mégalithiques du nord au sud du Morbihan, des alignements de menhirs de Carnac au cairn de Gavrinis, les lieux de Bretagne peut-être les plus connus. Ils sont en rapport direct avec l'art de Loïc Le Groumellec, dans cet ordre d'ailleurs, il est passé dans sa peinture des pierres dressées au tumulus de Larmor-Baden, dolmen à long couloir. Il y eut de longues années durant les menhirs de Loïc Le Groumellec, ces pierres plantées verticalement, avec juste ce qu'il fallait comme

ancrage dans le sol ; il y eut également telles figurations de maison, très schématiques, elles ne purent rivaliser toutefois. Silhouettes de maison, menhirs des fois surmontés d'une croix, tels des signes, des symboles (vite accédés à l'universalité), s'élevant dans quelque lande in(dé)finie, sujets d'une peinture qui allait résolument dans le sens de la réduction. Et ne reculait pas devant une incessante répétition, il est ainsi des artistes qui s'acharnent, n'en ont jamais fini.

Aujourd'hui, dans l'exposition parisienne, de la galerie Karsten Greve, l'exercice est pareil, cette fois-ci avec l'autre type de mégalithe, et plus précisément le dolmen et son monticule de Gavrinis, monument funéraire érigé il y a plus de 6 000 ans. Où Loïc Le Groumellec s'attache à la profusion des ornementations gravées en les transférant, les traduisant dans ses toiles. En fait, l'artiste, né lui-même à Vannes, poursuit ce qui s'apparente à une mise à l'épreuve, de l'imaginaire breton ou celte par ou dans la peinture ; à moins que ce ne soit exactement le contraire, mise à l'épreuve de sa peinture, de la peinture en général, de son extrême réduction, de forme, de couleur, dans la confrontation avec un passé, son esthétique, et plus que cela, sa mythologie, immémoriales.

Le terrain est propice à pareil exercice, il s'avère vite autant spirituel qu'autre chose. Car il est là un message indéchiffrable. Inspecteur des monuments historiques au milieu du XIX^e siècle, Prosper Mérimée signalait déjà ces parois sculptées, couvertes de dessins bizarres, « des courbes, des lignes droites, brisées, tracées et combinées de cent manières différentes ». Dessins qui se retrouvent sur les toiles de Loïc Le Groumellec, écritures (c'est le titre que l'artiste leur a donné), d'un texte restant définitivement mystérieux. Mais dans les bandes verticales, c'est la peinture qui d'un coup s'anime, c'est elle qui se révèle, dans sa propre densité, tout aussi mythique. Et peut-être que ces signes sont comme le dit Roger Cailliois, « non seulement d'avant l'écriture, mais d'avant le dessin ». Ce qui ramènerait l'art de Loïc Le Groumellec loin en arrière, à l'origine même.

L'exposition de la sorte nous fait rebrousser chemin, longuement, sans destination fixée ; elle prend elle-même allure de cheminement, jusque dans son



Des sortes de huttes faites de branches, de chapelles si l'on veut aller dans un sens religieux

...à l'épreuve dans la peinture de Loïc Le Groumellec, à la galerie Karsten Greve à Paris

titre de *Reposoirs de la procession*. Des toiles de format plus petit sont en effet prises dans des sortes de huttes faites de branches, de chapelles si l'on veut aller dans un sens religieux (très large) ; il est vrai que ces reposoirs-là en rappellent d'autres, des grands pardons bretons où les chapelles abritaient des images saintes, des statues. « Ce n'est pas tant le tableau posé à l'intérieur... qui serait sacralisé », s'empresse de dire Loïc Le Groumellec ; juste un moment de halte, de recueillement.

Pour ses menhirs, naguère, bien sûr que le rapprochement a été souvent fait avec l'acharnement d'un Morandi de peindre ses vases, ses bouteilles. Là, je me suis mis à penser à d'autres reposoirs, de marbre, sans rien dedans, il n'est que la pierre et le reflet qu'elle rejette. Ils sont de Rückriem. *Reposoirs d'une procession* au Kirchberg. Tous ces artistes, on en trouverait d'autres, ont en commun une certaine radicalité. Sans concession, ils nous entraînent au loin, nous emportent au plus profond des interrogations, où l'art finit par rejoindre inévitablement la vie.

L'exposition Loïc Le Groumellec, *Les reposoirs de la procession*, dure encore jusqu'au 11 mai chez Karsten Greve à Paris, 5, rue Debelleye, troisième ; galerie-karsten-greve.com.

STIL

Plus ou moins



La petite capitale aux airs de carte postale est défigurée. Des trous partout, des chantiers, des grues, du béton...

Cyril B.

Le premier *Stil* d'avril n'est pas un *Stil* du premier avril. Dommage. Pour une chronique du premier avril, on aurait pu imaginer une fausse interview de la mère de François Bausch. Elle nous aurait expliqué si son fils, lorsqu'il était petit, rangeait bien sa chambre où s'il sortait toutes ses briques Lego en même temps, commençait une vingtaine de constructions et mettait des mois à terminer ce qui avait été démarré. Tant pis pour quiconque essaierait de se déplacer parmi les petits bouts de chantiers disséminés un peu partout. Mais non. Ce ne sera pas une chronique amusante. Ce sera même une chronique déprimante sur le choix qui s'impose à nous, de plus en plus : croissance ou décroissance ?

La décroissance, cela ne fait rêver personne. Demandez à vos enfants s'ils ont envie de devenir plus petits, façon Benjamin Button. Demandez à vos collègues s'ils veulent gagner moins d'argent. Demandez à votre conjoint s'il veut que vous l'aimiez moins qu'hier mais plus que demain. Aller plus haut, plus vite, plus loin, c'est notre petit moteur absurde, mais naturel, qui pousse les arbres comme les ministres des infrastructures et du développement durable à croître encore et toujours. Avec une acuité particulière dès les beaux jours revenus.

Dans la nature, justement, la stratégie de croissance varie en fonction des espèces. Certains reptiles muent lorsque leur peau est devenue trop petite pour leur corps. Les troncs des arbres s'accroissent d'un nouveau cerne à chaque printemps. Les lépidoptères optent pour la métamorphose dans un cocon afin de passer du stade de chenille à celui de papillon. Chez l'humain, on observe plutôt une poussée lente et régulière durant les premières années, avec une crise plus ou moins aiguë autour de la quinzième année... La capitale, justement, est visiblement prise d'une bonne grosse crise d'adolescence. Rappelez-vous ces années pénibles durant lesquelles rien ne fonctionnait comme il faut. Vous voudriez être un cygne majestueux mais vous n'êtes qu'un vilain petit canard. C'est exactement ce qui semble arriver à Luxembourg-ville. La petite capitale aux airs de carte postale est défigurée. Des trous partout, des chantiers, des grues, du béton, des barrières siglées Sopinor ou Soludec, des marquages au sol contradictoires, une circulation chaotique, le bruit des pelleuses et des klaxons ont remplacé les cerisiers du Japon dont les fleurs embellissaient habituellement les rues à cette période de l'année. Tout ça pour devenir grande. Certains organes ne sont pas encore complètement développés, mais laissent augurer des jours meilleurs. L'embryon de tram fait rêver à un centre-ville désengorgé. Les immeubles démesurés, perdus au milieu des bébés bâtiments

du temps de l'enfance de la capitale dessineront peut-être un jour des perspectives harmonieuses.

De toute façon, il n'y a pas le choix, tout grandit, même les choses les plus insignifiantes : les montres, les voitures, les écrans de télévision, la capacité des Français à râler, celles des Britanniques à manier l'absurde. Prenez un verre, un simple verre : maintenant quand vous commandez un verre de vin au restaurant, il n'est pas rare que le serveur ne vous ramène qu'un minuscule centimètre de liquide dans un récipient qui tient plus du vase que du verre à pied. Les 12,5 centilitres réglementaires y sont bien présents, mais se perdent dans un récipient qui contiendrait sans peine un bouquet de cinquante roses. Quel plaisir y a-t-il à se cogner le front quand on boit un coup ?

C'est peut-être le même genre de perversion qui pousse les horlogers à proposer des montres les moins pratiques possibles. Si vous êtes de ceux qui croient que le mot « montre » vient du fait que ce genre d'objet est fait pour se montrer, vous devez être ravis par la mode actuelle des cadrans surdimensionnés. Cinq ou six centimètres de diamètre, l'épaisseur d'un hamburger, rutilante comme un Louis d'or, il est devenu obligatoire de la porter au-dessus de la chemise, façon entraîneur de football. Ne vous étonnez pas si vous ressentez une fatigue du bras de gauche à la fin de la journée. C'est un peu comme si vous aviez recyclé le réveil de grand-père pour l'attacher à votre poignet.

Les écrans de télévision quant à eux, ont suivi une croissance assez régulière. Sans doute proportionnelle à leur empreinte carbone : s'ils ne coûtent pas plus cher alors qu'ils sont toujours plus grands, c'est peut-être qu'ils sont fabriqués de plus en plus loin. Dans un pays où le sentiment de réussite personnelle est souvent proportionnel au diamètre des jantes alu, on se dit que la mauvaise conscience des consommateurs a dû rejoindre leurs idéaux écologiques : oubliés au fond du coffre du SUV. La question n'est d'ailleurs pas de savoir si c'est bien ou mal de conduire ce genre de véhicule gonflé aux stéroïdes, mais simplement de constater que si tout le monde dispose d'un poste de conduite surélevé, il est plus pratique d'être vous-même assis à un mètre cinquante au-dessus du bitume.

En fin de compte, l'actualité printanière ne nous fournit qu'un contre-exemple notable à cette tendance générale : le Brexit, et la perspective d'une réduction de la taille, de la population et même du budget de l'Union européenne. Et quand on voit comment cela se passe, on se dit que, effectivement, ce n'est pas si facile de rétrécir !



L'endroit

Cela faisait un bail qu'on espérait y voir une belle brasserie. La Maison Lassner, un des fleurons du centre-ville dont les jouets ont jadis réjoui l'œil des enfants, tandis que porcelaine, cristaux ou le joli bâtiment faisaient le plaisir des adultes, va reprendre vie à la Place Guillaume. Exit la société de téléphonie qui ne rajoutait rien au charme de ce bâtiment fondé en 1860, et bonjour au **Bazaar** (photo : GD) qui devrait réjouir assoiffés et affamés de tout âge dès cet été. C'est la société fondée par les frères Hickey avec Gab Boisauté (Urban, Paname, Mamacita) qui a obtenu le droit d'exploitation. S'ils ont jusque-là plutôt œuvré pour le bien-être des djeunz et de ceux qui veulent bien le rester, il est clair que cette position très centrale va les faire évoluer vers un endroit plus généraliste. En ce qui concerne la déco, le nom Bazaar suggère à lui tout seul que l'on va se lâcher un peu côté originalité et nous y reviendrons en temps utile. Ce que nous savons dès lors, c'est que le bâtiment sera scindé en un rez-de-chaussée consacré aux petites et grandes faims, alors que le sous-sol fera autant fonction de bar que restaurant. Côté cuisine, on ne pourra pas faire abstraction du nom qui réclame un peu de tout. Au niveau des originalités, on pourrait s'attendre à des spécialités israéliennes, qui intègrent de plus en plus les endroits branchouilles des capitales européennes (Baba Marais, Chiche et Shouk à Paris, Neni et Benedict à Berlin). Mais laissons le concept s'affiner. On sera parmi les premiers à aller tester. GD



L'endroit

Nous avons loué la subtilité des nouveaux propriétaires dès reprise du Maho, hôtel-restaurant de Clausen que Pascal Soutiran et Annabelle Hazard, des champenois aussi avisés que bons-vivants, ont tenu à transformer en endroit haut de gamme après qu'il eut surtout réjoui une clientèle bling-bling pendant des années. Ils affineront la déco et ne laisseront aucun détail des arts de la table sans y porter une attention particulière. De la porcelaine aux couverts, tout a été figolé sur mesure et le Chef fut carrément importé du Jules Verne à la Tour Eiffel. Après seulement quelques mois d'exploitation leur fut décerné récemment une première étoile par le Guide Michelin. Ceci a donné des ailes à toute l'équipe des **Jardins d'Anaïs** qui vous fait ressentir dès l'entrée l'ambiance familiale qui règne en ses murs (photo : GD). Ce qui est surtout à souligner aujourd'hui, c'est que, alors que nous reprochions au Chef d'être trop prudent au départ dans le mélange de ses ingrédients et le choix de ses assaisonnements, celui-ci s'est finalement libéré de ce préjugé qui veut que les Luxembourgeois n'aiment pas tellement tenter le renouveau. À clientèle éclectique, plats servis dorénavant avec une petite touche osée, voir exotique. Cela reste de toute finesse, mais une pointe de gingembre supplémentaire par-ci ou un autre assaisonnement subtil par-là donnent ce petit rien de peps qui individualisent l'art des grands.) Pour vous mettre en appétit : *jardinsd'anaïs.lu/restaurant*). GD



L'événement

Quand vous lirez ces lignes, il sera sans doute trop tard pour songer à assister à la formation *Rethink your clothes*, qui se déroule ce vendredi matin aux Rotondes et qui est censée inciter à repenser la filière de la fabrication vestimentaire. Vous raterez sans doute aussi le défilé de mode qui accompagne le tout en guise d'ouverture des **Fair fashion days**, organisés avec l'aide de l'association Fair Trade. Mais vous aurez tout le reste du week-end pour vous plonger dans l'offre de mode éthique et d'*upcycling* que des producteurs et revendeurs se feront un plaisir de vous montrer et de vous détailler dans les moindres détails de leur fabrication censée respecter autant l'environnement que les droits humains. Exposition ludique et interactive, défilés et ateliers pour tout public sont proposés pendant trois jours de midi jusqu'en début de soirée, histoire de décider les *fashionistas* autant que tous ceux qui tendent à favoriser le commerce équitable de venir repenser leur garde-robe et leurs achats de fringues. À savoir que dans la cour des Rotondes aura lieu en même temps le *Eat it - Luxembourg Street Food Festival* qui permettra de prendre une pause culinaire à l'un des nombreux *foodtrucks* présents pour cet événement. Si tous les emballages de ce happening de la bouffe, dont ce sera la huitième édition, sont garantis biodégradables (capture d'écran), leur contenu n'est pas toujours de la même qualité ou originalité. Il s'agira de bien faire son choix parmi les nombreux fabricants de « foodporn ». GD



Piccolo Teatro

Deux ans de rencontres théâtrales au Luxembourg

Un livre de Josée Hansen, avec des images d'Eric Chenal

Éditions d'Étzebeurger Land / 320 pages, 29 euros / ISBN : 978-99959-949-5-2

En vente en librairie, sur www.land.lu

ou en le commandant via courriel land@land.lu ou téléphone : 48 57 57-1

Durant deux ans, Josée Hansen et Eric Chenal ont écouté et observé les gens de théâtre autochtones, acteurs et metteurs en scène, auteurs et dramaturges, scénographes et costumiers, directeurs de théâtres et techniciens, politiques et critiques : les personnalités qui peuplent ce microcosme sont aussi passionnantes que leurs métiers sont divers.

Ce livre est une tentative de capter cet instant précis de l'évolution du théâtre au Luxembourg, où les pionniers ont laissé la place à une nouvelle génération, qui trouve normal de faire du théâtre non seulement son métier, mais sa vie.

land finances

S P I L L O V E R E F F E C T

B R E X I T

INTERVIEW AVEC PIERRE GRAMEGNA

« BEPS NOUS MONTRE LE CHEMIN »

GRÜNE

FINANZ

W E I C H E N S T E L L U N G

D I G I T A L E R M U S T E R K N A B E

O F F S H O R E

DEVOIR

DE

VIGILANCE

FINANCE ET DROITS DE L'HOMME

Index

23

« Le Luxembourg a tiré son épingle du jeu »

Interview avec le ministre des Finances, Pierre Gramegna (DP), sur la fiscalité des impatriés, les fonds immobiliers et la capture réglementaire

Bernard Thomas

25

L'aubaine du Brexit

L'assurance luxembourgeoise confortée dans son statut de pilier de la place financière

Gérard Klein

26

Weichenstellung

Grüne Finanz als gesellschaftliche (Richtungs-)Entscheidung

Sabine Dörry

27

Devoir de vigilance

Finances et droits de l'Homme

Charles Muller

28

Digitaler Musterknabe

Brav und bald noch besser: Liechtenstein hat eine neue Finanzplatzstrategie

Martin Ebner

Le sens des réalités

Bernard Thomas

Le ministre des Finances, Pierre Gramegna (DP), n'aime pas parler impôts. Du moins pas en relation avec la place financière. Il préfère évoquer les Fintechs, les banques chinoises, la finance « verte ». (La finance islamique, le grand « hype » de l'après-2008, semble par contre tombée aux oubliettes.) Et, en effet, le constat est là : Malgré l'échange automatique d'informations, malgré le démantèlement des pires armes de défiscalisation massive, malgré la fin de l'anonymat, la place financière ne s'est pas effondrée. Contrairement aux cris de Cassandre poussés par les lobbys patronaux.

Peut-être que Guy Schuller avait raison. L'économiste auprès du Stater et catho de gauche, décédé en 2014, avait théorisé le concept de la « spirale vertueuse » qui, d'après lui, serait caractéristique de l'économie luxembourgeoise. Il retraçait une évolution des « avantages compétitifs » en trois étapes : d'abord, les dotations naturelles (gisements de minerai) ; ensuite, des niches de souveraineté (fiscalité) ; enfin, le stade suprême, « un certain savoir-faire » permettant une « endogénéisation de la croissance ».

La littérature économique a popularisé le concept d'« effet de place » : une communauté d'agents économiques, dont la concentration crée d'importantes synergies et concourt au bon fonctionnement des marchés financiers. C'est ce rapprochement physique en un endroit qui crée la confiance réciproque entre les acteurs et permet la mise en place d'une gamme complète de services sophistiqués. Dans un rapport publié en 2000, l'Inspection générale des finances française évoquait un phénomène à la fois « extrêmement robuste et extrêmement fragile ». Robuste, parce qu'une fois cette dynamique lancée, il est difficile de

« rattraper » une place qui a atteint une « masse critique ». Fragile, parce que, historiquement, le déclin des places financières est aussi « brutal » et « inattendu » que ne l'a été leur émergence.

La place luxembourgeoise a su tirer habilement profit du Brexit. Le Grand-Duché a réussi à gratter quelques miettes du grand gâteau londonien. Au dernier décompte, 58 sociétés avaient annoncé qu'elles établiraient une antenne au Luxembourg. Le gouvernement n'a pas misé sur un démarchage crâneur. Il a gardé le sens des réalités, qui sont celles d'une division de travail internationale entre tête et jambes. Qui est particulièrement manifeste dans l'industrie des fonds : Au Luxembourg, la partie peu glorieuse de « back office » (domiciliation et distribution) avec, sur ces cinq dernières années, une hausse des activités de « middle office » (la *compliance* et la gestion des risques) ; à Londres, le pouvoir de décision qui réside auprès des « asset managers », une aristocratie financière qui n'a aucun désir de s'expatrier en province, malgré des bonbons fiscaux qu'on leur fait miroiter.

Il est aussi naïf de réduire la place financière à la fiscalité qu'il serait naïf d'en nier l'influence. Le Luxembourg était un paradis fiscal, et il en garde de nombreux attributs : imposition ultra-light des revenus du capital, capture réglementaire (les fameux « chemins courts »), autorités de supervision accommodantes (« réactives ») ; sans oublier le secret bancaire qui continue à s'appliquer pour les résidents et l'absence d'un impôt sur la succession en ligne directe. Il y a bien une raison pour laquelle les grandes fortunes bunkérisent leurs milliards dans des holdings au Grand-Duché. Quitte à ce que le maintien d'un alibi de « substance économique » leur revienne de plus en plus cher.

19
Liberté
BANQUE
PRIVÉE

LE CHOIX
D'UN PARTENAIRE STABLE
D'UNE EXPERTISE RECONNUE
D'UN PACKAGE ADAPTÉ
À VOS BESOINS

SELFINVEST

ACTIVINVEST

ACTIVINVEST⁺

ACTIVMANDATE



SPUERKEESS

Banque et Caisse d'Épargne de l'État, Luxembourg, établissement public autonome, 1, Place de Metz, L-2954 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg B 30775 www.bcee.lu tél. (+352) 4015-1

« Le Luxembourg a tiré son épingle du jeu »

Entretien : Bernard Thomas

d’Lëtzebuurger Land : *Vous étiez directeur de la Chambre de commerce avant de devenir ministre des Finances. Bientôt, un ancien ministre des Finances, Luc Frieden, devrait devenir le prochain président de la Chambre de commerce. Le représentant patronal Robert Dennewald a récemment affirmé qu’on avait demandé au préalable l’accord du gouvernement pour cette candidature. Quelle a été votre réponse ?*

Pierre Gramegna : Elle a été très simple : Il appartient à la Chambre de commerce de déterminer qui, parmi ses membres élus, deviendra président. Le gouvernement luxembourgeois travaillera avec grand plaisir avec celui qui sera désigné.

Même si le nouveau président sera un membre du CSV, donc de l’opposition ?

Il ne nous appartient pas de nous immiscer là-dedans. Si Monsieur Frieden remplit les conditions pour être choisi parmi les membres élus, alors nous travaillerons avec lui.

Sur la place financière, il existe un certain catatrophisme propagé par les lobbies. Or, le secret bancaire a été aboli sans que le private banking ne se soit effondré. Et après Luxleaks et Beps, on n’assiste pas à une mortalité en masse des Sociétés de participations financières (Soparfis). Quelles conclusions tirez-vous de ces expériences ?

En 2013-2014, la réputation internationale de notre place financière – et par conséquence la réputation tout court de notre pays – était devenue... mitigée. Pour le dire très gentiment. Bien-sûr que la place financière n’est qu’une partie de la réalité du Luxembourg ; mais, en tant que secteur économique le plus important, elle a un impact sur l’image globale de notre pays. Cette image a beaucoup souffert : en 2013 parce que nous figurions sur une liste noire du Gafi et de l’OCDE ; et en 2014 par Luxleaks et par le fait que nous avons hérité d’une situation où le secret bancaire jouait encore pleinement. Depuis, nous avons énormément évolué. Nous avons joué la carte de la transparence fiscale. Et, contrairement, à ce que certains analystes prédisaient à l’époque, notre place financière ne s’est pas écroulée. Bien au contraire.

Alors comment l’expliquez-vous ?

Ces cinq dernières années, nous avons vécu une période de grandes transformations. Il y avait une focalisation sur la fiscalité, le secret bancaire, la réglementation internationale. C’étaient des aspects importants. Mais il y a deux autres phénomènes durables qui ont joué. Le premier est la crise financière de 2008 qui a prolongé ses effets jusqu’en 2015. Je rappelle que ce n’est qu’en 2015 qu’on a finalement résolu la crise grecque dans la zone euro ; et qu’à l’époque, de nombreux analystes pensaient que la zone euro elle-même était en danger. Le second phénomène le plus important sur le long terme, c’est la digitalisation. C’est par rapport à ces évolutions, auxquelles s’ajoute le Brexit, qu’il faut analyser la place financière d’aujourd’hui. Malgré la transparence fiscale, les bilans des banques augmentent et le *private banking* et le *wealth management* se développent à bon rythme. Les fonds d’investissement, qui sont devenus le fer de lance de notre place financière, continuent à dépasser le seuil des 4 000 milliards d’euros. Et les Fintechs, pour lesquels le gouvernement, ensemble avec le secteur privé, a fait des efforts considérables, sont un des moyens pour préparer le pays à la digitalisation. Le Luxembourg a donc tiré son épingle du jeu. Tous ceux qui pensaient que toute la place bancaire allait s’écrouler s’étaient finalement égarés.

Lorsqu’on entendait l’ABBL, cela semblait pourtant une question de vie ou de mort.

Absolument. Et je pourrais aussi ajouter que lorsqu’au printemps 2014, le gouvernement a décidé d’abandonner le secret bancaire pour permettre l’échange automatique d’informa-



Pierre Gramegna au « Hitch », lors de la soirée électorale du DP, le 14 octobre 2018

tions, la moitié des banquiers y étaient opposés. Mais il y avait déjà une moitié qui comprenait que les temps avaient changé, que la situation du Luxembourg n’était plus tenable et la transparence fiscale inévitable.

Mais c’était Luc Frieden qui avait abandonné le secret bancaire...

...qui avait *annoncé* qu’il allait le faire. Mais, en réalité, il ne l’a pas fait. Puisque Xavier Bettel et moi-même nous nous sommes trouvés confrontés à un blocage que le Luxembourg faisait contre l’échange automatique d’informations. Je crois que Luc Frieden avait lui aussi senti le vent tourner et évoquait la possibilité d’abandonner le secret bancaire. Mais quand le nouveau gouvernement est arrivé au pou-

voir en décembre 2013, le Luxembourg n’avait pas encore changé de position en Europe.

Vous ne semblez pas vous attendre à une mortalité de masse des Soparfis dans les prochaines années. Ou est-ce que vous la souhaitez pour certaines ? Vous aviez publiquement cité l’exemple de la holding de McDonald’s...

« Beps nous montre le chemin, [...] même si boîte-aux-lettres il y a, elle ne servira plus à rien. À chacun de décider ce qu’il fait avec ses sociétés »

C’est la fin des sociétés boîte-aux-lettres. Je n’ai aucune nostalgie pour une société comme McDonald’s qui entretenait ici une société sans aucune substance pour dévier les flux financiers. Beps nous montre le chemin en faisant en sorte que, même si boîte-aux-lettres il y a, elle ne servira plus à rien. À chacun de décider ce qu’il fait avec ses sociétés. Après, il y a toute une gamme de sociétés qu’il faudrait distinguer les unes des autres. La tendance actuelle, que nous avons encouragée, est que ceux qui ont décidé de rester renforcent leur présence, leurs ressources humaines et leur substance. Ceux qui veulent rester au Luxembourg de manière très superficielle vont comprendre que cela ne sert pas à grand-chose.

Vous pensez que ces deux tendances vont s’annuler mutuellement ? Qu’il y aura neutralité budgétaire ?

Pour l’instant, l’évolution nous donne raison : cela s’équilibre. En 2017 et 2018, les recettes de l’impôt sur le revenu des collectivités et de l’impôt sur la fortune des entreprises ont considérablement augmenté. Il y a toute une série d’arguments qui expliquent cela. J’en vois surtout deux : d’un côté, la bonne conjoncture luxembourgeoise et la bonne santé de la place financière ; de l’autre, la base imposable qui augmente régulièrement à cause des accords internationaux.

L’Association luxembourgeoise des fonds d’investissement (Alfi) demande une réduction de la taxe d’abonnement. Avant les élections, vous disiez « non » ; après les élections, vous vous dites ouvert pour en discuter. Envisagez-vous une réduction générale ou partielle ?

Avant de répondre à votre question, j’aimerais dire quelque chose qui me tient très à cœur : L’attractivité de la place financière ne se résume pas à la fiscalité. La meilleure preuve en est que nous avons une taxe d’abonnement alors que la plupart des pays n’en ont pas. C’est donc un exemple a contrario. Alors qu’est-ce qui fait l’attractivité du Luxembourg ? C’est par exemple que nous ayons réussi à attirer des banques chinoises. Les sept grandes banques chinoises sont désormais établies au Luxembourg, dont quatre qui sont venues au cours des cinq dernières années. Nous avons réussi à conforter le rôle du Luxembourg dans le paiement électronique : tous les grands acteurs américains et asiatiques ont choisi le Luxembourg. Nous avons également réussi, en deux ans, à remplir le Luxembourg House of Financial Technology (LHoFT). C’est ça aussi le succès de la place financière luxembourgeoise. Donner l’impression que ce n’est que par des mesures fiscales ponctuelles que...

(Suite page 24)

Interview avec le ministre des Finances, Pierre Gramegna (DP), sur la fiscalité des impatriés, les fonds immobiliers et la capture réglementaire

(Suite de la page 23)

...En l'occurrence, c'est l'Alfi qui donne cette impression. Puisqu'elle n'arrête pas de faire du lobbying en faveur d'un abaissement de la taxe d'abonnement.

C'est complètement erroné de se focaliser totalement sur la fiscalité pour expliquer le succès de la place financière. Alors, sur la taxe d'abonnement : dans son accord de coalition, le nouveau gouvernement prévoit la possibilité de la réduire pour les fonds d'investissement soutenables. J'ai souligné en même temps que cela devra se faire selon les critères européens. Car il me tient à cœur que si on privilégie les fonds soutenables – c'est-à-dire environnementaux, climatiques ou d'impact sociétal –, il faut que les critères soient véritablement reconnus par les autres pays. Des critères européens ont été mis sur la table par la Commission européenne en mai dernier et sont en train d'être discutés. Ils dessinent toute une stratégie avec deux éléments forts : une taxonomie sur ce qui est écologique et des standards de reporting pour garantir que les objectifs qui sont donnés soient bien respectés.

En attendant ce label « bio » européen pour les fonds, songez-vous à introduire un label étatique du Grand-Duché pour les fonds soutenables ?

On est en train de travailler à l'anticipation du label européen. La CSSF y travaille ensemble avec Luxflag, une association qui a fait du bon travail jusqu'ici...

...Mais qui est un label privé.

La solution doit encore être définie, mais j'ai demandé à tous les acteurs d'y travailler ensemble.

J'aimerais revenir un instant sur le dossier des stock-options. En juin 2017, vous expliquiez au Land que « le régime devra être inscrit dans une loi pour apporter une certitude juridique ». Vous ajoutiez que « cette clarté sera dans l'intérêt de chacun ». Quatre mois plus tard, vous avez fait un revirement, en passant par une circulaire administrative. On entend que ceci serait dû à la pression des Big Four qui voulaient éviter qu'il y ait une loi.

Dans le court laps de temps qui restait au gouvernement, il n'a pas été possible de se mettre d'accord sur une loi. Mais nous voulions rendre le régime des stock-options plus juste et avons pu le faire via une circulaire. Je considère donc que nous avons paré au plus pressé. Nous avons augmenté la taxation qui est aujourd'hui celle du demi-taux, c'est-à-dire la même qui s'applique à tous les autres gains aléatoires ou spéculatifs. Dans les prochaines années, nous allons créer une base juridique et remplacer le système des stock-options par un régime de participation des salariés aux profits de leur entreprise. En

parallèle, nous allons revoir le régime fiscal des impatriés – qui lui non plus n'existe pas dans une loi mais seulement dans la pratique – et le rendre plus attractif et plus clair. Vous voyez que ces deux mesures, sans recouvrir entièrement le régime des stock-options, sont un peu dans le même état d'esprit. Mais je pense qu'elles auront un plus grand soutien public.

La circulaire impatriés actuelle recouvre les dépenses et non les revenus. Du coup, son application est plus limitée.

Cela dépendra de comment on va la définir. La circulaire luxembourgeoise n'est pas très efficace. Il faudrait s'inspirer de ce que font d'autres pays : la France et la Belgique viennent justement d'adopter des mesures très favorables pour les expatriés.

L'immobilier ne commence-t-il pas à être un frein à la croissance et à l'attraction de nouveaux salariés ? Quels sont les échos de la part des entreprises qui veulent s'établir au Luxembourg ?

Le prix de l'immobilier évolue assez rapidement au Luxembourg. Mais pas seulement au Luxembourg, également dans de très nombreuses capitales européennes. L'immobilier est devenu une valeur-refuge à cause du manque de logements et de la politique des taux d'intérêt bas. Quand un actif devient aussi prisé que l'immobilier, cela pousse bien-sûr les prix vers le haut. La réponse sera d'augmenter l'offre ; c'est une priorité absolue du gouvernement. Mais je peux vous dire que cette pression on la retrouve également à Paris, à Francfort, partout.

Les exonérations et abattements accordés aux propriétaires se chiffraient à 627 millions en 2018. C'est une dépense fiscale énorme. Selon la Banque centrale du Luxembourg, cette politique de soutien à la demande aurait contribué à la flambée des prix. Que répondez-vous à cette critique ?

Il est clair qu'il faudra miser davantage sur l'offre à l'avenir. Mais nous devons, en même temps, favoriser l'accès à la propriété pour ceux qui n'en ont pas. C'est ce qui explique toutes ces mesures. Il faudra trouver le bon équilibre entre favoriser l'accès et l'augmentation de l'offre. Il faut faire les deux choses.

Mais le « Luxembourgish Dream » de devenir propriétaire ne semble plus réaliste pour une bonne partie de jeunes ménages, y compris de la classe moyenne. À moins qu'on leur dise : Surenettez-vous !

Je suis souvent confronté à des jeunes qui arrivent sur le marché de l'emploi juste après leurs études. Les attentes sont parfois beaucoup trop optimistes. Quand j'ai commencé à travailler il y a bientôt 35 ans, je ne pouvais envisager

de m'acheter un appartement avec mon salaire de l'époque. Je pense qu'on est en train d'embellir la situation d'il y a trente ans par rapport à ce qu'elle était vraiment. Certes, les prix immobiliers ont augmenté, de six ou de sept pour cent par an en moyenne, mais en même temps les taux d'intérêt sont extrêmement bas. On peut donc s'endetter plus facilement qu'il y a trente ans lorsque les taux d'intérêt étaient parfois à double chiffre. Il faut donc un peu relativiser. Nous sommes un des pays de l'Europe où le nombre de personnes propriétaires de leur logement est parmi les plus élevés.

Vous avez refusé d'introduire des hard limits pour les prêts immobiliers, en plafonnant par exemple le ratio entre prêt et valeur du bien ou entre prêt et salaire. Vous voulez par contre créer la possibilité pour la CSSF d'en fixer en cas de crise. Pourquoi avez-vous pris ce chemin ?

Le Comité des risques systémiques a décidé d'adopter une politique prudente, pas à pas, qui consistera dans une première instance à doter la CSSF des moyens juridiques pour agir. Ce projet de loi est en instance. Entretemps, nous avons agi sur les coussins qui limitent l'engouement des banques et rendent plus cher l'accord de crédits. Nous avons agi du côté des banques plutôt que des acheteurs. Une fois le projet de loi voté, ce sera au Comité du risque systémique de se poser la question s'il faudra agir davantage.

Si vous décidiez de fixer des limites dures, cela aurait des conséquences très réelles pour beaucoup de personnes. Politiquement, cela semble difficile à porter dans un pays comme le Luxembourg...

Ce sont des mesures qu'il faut bien calibrer. Les banques sont encouragées à prendre moins de risques dans le domaine immobilier. Il faut attendre et voir si les mesures que nous avons prises ces trois dernières années prennent leurs effets.

Jean Guill, l'ancien directeur général de la CSSF, a déclaré dans une interview avec le Land (édition du 11 août 2017) qu'il y aurait une forme de regulatory capture. Selon lui, le ministère des Finances ferait écrire des projets de loi par des cabinets d'avocats et des firmes d'audit. « Durant les dernières années, dit-il, cette pratique s'est malheureusement répandue. »

C'est faux.

Mais pourquoi Monsieur Guill dirait-il une chose pareille ?

Allez le lui demander. Cela n'engage que lui. Cela fait des années qu'il est parti. D'ailleurs, cela fait longtemps qu'il a dit ça.

« Je renforce le personnel du ministère des Finances. Et si cela avait été fait d'avantage au temps de mes prédécesseurs, on n'aurait pas eu besoin d'avoir recours à des tiers. C'est ça la réalité ! »

C'était il y a moins de deux ans.

C'était faux à l'époque et c'est faux aujourd'hui. Je renforce le personnel du ministère des Finances. Et si cela avait été fait d'avantage au temps de Monsieur Guill et de mes prédécesseurs, on n'aurait pas eu besoin d'avoir recours à des tiers. C'est ça la réalité !

Le DP ne semble plus être un adepte du schlanke Stat. Pourtant il l'était il y a dix ans encore...

Quand vous avez une crise financière comme celle de 2008, où la réglementation explose du jour au lendemain, alors vous avez besoin de ressources humaines pour suivre tous les dossiers. En ce moment, une vingtaine de directives touchant aux finances sont en cours de négociation à Bruxelles. Une vingtaine ! Comment voulez-vous rester un négociateur proactif et veillant aux intérêts du pays avec le personnel limité dont nous disposions par le passé au ministère des Finances ?

Dans le contexte du Brexit, plus de cinquante sociétés ont annoncé qu'elles allaient transférer une partie de leurs activités au Luxembourg. En septembre, le Statec évoquait 400 emplois directs qui seraient créés, ce qui paraît très peu...

Je dois vous féliciter pour toujours réussir à trouver un angle négatif, c'est absolument remarquable ! Je ne sais pas d'où vous sortez ce chiffre de 400... Cela me paraît une estimation tout à fait sous-évaluée, puisque je rencontre tous les acteurs qui s'établissent sur le Luxembourg.

Alors nous parlons de 2 000, de 3 000 personnes ?

Je ne ferai pas d'hypothèses ; il faudrait faire un sondage auprès de ces entreprises. Mais je pense que cela se déroule dans un cadre relativement ordonné et progressif, tant au niveau de la qualité que de la quantité. L'important, c'est

que nous veillions à ce que les sociétés créent les emplois qu'exige la réglementation. La compliance et la gestion des risques doivent être au Luxembourg ; c'est fondamental ! Nous ne voulons pas de boîtes-aux-lettres. La CSSF y veille. Ensuite, le nombre d'employés dépendra de la dynamique. La plupart de ces entreprises ont pris une décision de principe de venir. Elles sont donc dans une première phase et il est encore trop tôt pour savoir combien de personnes elles finiront par engager. Le fait reste que l'engouement qu'a connu le Luxembourg est important en termes d'entreprises ; mais en termes d'emplois, c'est gérable. Le nombre de postes créés n'est pas totalement déraisonnable par rapport à la taille de notre place financière au sens large, qui compte environ 56 000 emplois. Il ne faut pas oublier que des centaines et des centaines d'emplois vont être perdus dans les banques de détail. Ces personnes vont pouvoir retrouver, grâce à l'arrivée de nouvelles sociétés, un travail.

Mais ces banques de détail ne vont pas virer leurs risk managers ni leurs compliance officers dont auront besoin les sociétés qui vont s'établir.

C'est pour cela que nous avons lancé le programme « Skill's bridge », qui doit aider à réorienter tous ceux qui sont sous la menace d'un licenciement.

L'accord de coalition veut « contrecarrer les abus issus de l'utilisation du régime fiscal applicable aux Sicav-FIS dans le secteur immobilier au Luxembourg ». Est-ce que vous avez réfléchi sur comment vous y prendre pour taxer les actionnaires luxembourgeois des fonds immobiliers ?

Le dossier est à l'étude. On est au début de la période législative et il est trop tôt pour indiquer des pistes. Mais nous travaillons sur le sujet.

L'ancien directeur de l'Administration des contributions directes, Guy Heintz, proposait récemment dans le Land de directement imposer les actionnaires au niveau du revenu.

Je suis content que Monsieur Heintz continue de contribuer à la réflexion nationale sur les impôts.

Dans ce contexte, il pense également qu'il faudrait abolir le secret fiscal pour résidents. Cela reste-t-il un tabou ?

C'est une question qui n'est pas à l'ordre du jour.

Les Fonds d'investissement spécialisés des frères Giorgetti et de Flavio Becca totalisent plus d'un milliard d'euros en immeubles et en foncier. Ce phénomène des très grands fonds immobiliers est-il surveillé par le Comité du risque systémique ?

Je ne fais pas de commentaire sur les personnes individuelles. C'est un principe.



Pierre Gramegna et Luc Frieden, l'actuel et l'ancien ministre des Finances, début 2014. « Il avait annoncé qu'il allait le faire [abolir le secret bancaire]. Mais, en réalité, il ne l'a pas fait », estime Pierre Gramegna



Jean Guill, directeur général de la CSSF entre 2009 et 2016. Il regrette que le ministère des Finances fasse « écrire des projets de loi par des études d'avocats ou des firmes d'audit ». « C'est faux », réplique Pierre Gramegna



Guy Heintz, directeur du fisc entre 1996 et 2016, propose d'abolir le secret bancaire pour résidents. « C'est une question qui n'est pas à l'ordre du jour », dit le ministre des Finances

L'assurance luxembourgeoise confortée dans son statut de pilier de la place financière

L'aubaine du Brexit

Gérard Klein

Les assureurs, dont la politique de communication reste discrète comparée à celle des banques et des fonds d'investissement, seraient-ils tentés de sortir de leur réserve en devenant plus démonstratifs ? Une évolution en ce sens était clairement perceptible lors de l'« Insurance Day » qui s'est tenu fin novembre 2018. Ce rassemblement annuel des assureurs organisé sous l'égide de leur organisation professionnelle, l'ACA, réunit chaque automne une assistance nombreuse où se retrouvent la fine fleur de l'assurance, mais aussi, en nombre croissant, des personnalités du monde de la finance et de la politique. Sa dernière édition s'est déroulée dans un climat euphorique. Une euphorie qui n'était pas gratuite, mais qui reposait sur un faisceau d'éléments favorables : les bonnes performances économiques du secteur ; la reconnaissance dont il jouit sur la scène internationale ; et les perspectives de croissance liées à la migration vers Luxembourg d'opérateurs étrangers fuyant le marécage du Brexit.

Après un exercice 2017 de bonne tenue, l'assurance luxembourgeoise affiche pour 2018 des performances plus qu'honorables avec un encaissement de primes en progrès. Les chiffres publiés en début d'année par le Commissariat aux assurances (CAA) permettent de dresser plusieurs constats.

En assurance vie, dont les ventes à l'étranger représentent quelque 90 pour cent de l'encaissement global, le total des primes 2018 s'élève à 23,8 milliards d'euros, en légère hausse (0,99 pour cent) par rapport à l'année précédente. Cette quasi-stabilité à un niveau élevé est plutôt rassurante dans un contexte où les taux d'intérêt bas et la mauvaise tenue des bourses lors du second semestre n'ont pas permis aux assureurs vie de servir à leurs clients des rendements très attrayants. Elle confirme que les assureurs luxembourgeois sont parvenus à capter durablement une clientèle internationale qui a résisté à la disparition du secret fiscal et qui choisit ses fournisseurs en fonction des qualités propres qu'elle reconnaît aux produits luxembourgeois : une grande souplesse dans l'architecture financière des contrats ; une réglementation sérieuse qui garantit aux clients un excellent niveau de sécurité financière ; enfin une expérience de l'international qui n'a d'équivalent dans aucun autre pays européen.

Si leur volume d'activité s'est maintenu à un bon niveau, le résultat après impôts des assureurs vie marque le pas en 2018 : il s'élève à 255,15 millions d'euros, en diminution de treize pour cent par rapport à l'exercice précédent. On peut penser que les



Effets spillover » du Brexit : Douze assureurs londoniens avaient fixé leur choix sur Luxembourg fin 2018

La légitimité de l'activité internationale des assureurs luxembourgeois ne fait plus débat, même en France

taux d'intérêt très bas qui se sont installés dans le paysage financier ont leur part dans cette contre-performance. Ils rognent en effet les marges des assureurs vie sur les contrats en euros, dont la col-

lecte a fortement progressé en 2018 (+38,8 pour cent par rapport à l'exercice précédent).

L'assurance non vie a connu en 2018 une évolution remarquable avec des encaissements de 4,3 milliards d'euros, en progression de plus de vingt pour cent par rapport à l'exercice précédent. Cette progression n'est guère imputable au marché domestique, lequel a connu un exercice 2018 décevant marqué par une quasi-stabilité de l'encaissement de primes (1 milliard d'euros) par rapport à 2017. La croissance en non vie est entièrement due aux affaires internationales (hors assurances maritimes) qui, avec une collecte de primes dépassant les trois milliards d'euros en 2018, ont progressé de plus de 35 pour cent par rapport à l'exercice précédent.

Rappelons que l'activité internationale des assureurs non vie luxembourgeois recouvre principalement, en dehors de l'assurance maritime, l'assurance caution et, phénomène d'apparition plus récent, l'assurance dommages « grands risques » des entreprises. La progression remarquable de l'assurance non vie en 2018 est, selon le CAA, largement imputable à des compagnies britanniques ayant rejoint le Luxembourg dans le contexte du Brexit. Revers de la médaille, ces sociétés ont dû comptabiliser d'importants frais d'établissement, ce qui pour le CAA explique en grande partie le recul conséquent (-61 pour cent par rapport à l'exercice 2017) des bénéfices après impôts des entreprises d'assurance non vie luxembourgeoises.

Il reste que ce développement spectaculaire des affaires internationales en non vie est extrêmement positif pour l'assurance luxembourgeoise : il équilibre son portefeuille de métiers et le rend moins dépendant de l'assurance vie qui représentait jusqu'à ces dernières années l'essentiel de ses activités internationales. Dans ces conditions, on ne sera pas surpris que le ministre des Finances ait exprimé aux assureurs sa satisfaction et qu'il les ait confortés dans leur rang de troisième pilier de la place financière.

Le temps est révolu où l'assurance luxembourgeoise était l'objet d'attaques violentes qui ont atteint leur paroxysme en 2001 avec le déclenchement tonitruant par les autorités françaises de poursuites pénales pour blanchiment contre la société d'assurance vie Paneurolife. Les accusations extrêmement graves portées contre cet opérateur en libre prestation de services (LPS), très actif sur les marchés français et belge, ont été servilement relayées par des médias qui avaient en l'occurrence perdu tout esprit critique. Elles ont semé l'émoi dans la profession et conduit plusieurs sociétés d'assurance vie à actionnariat français à suspendre leur activité transfrontière.

De nombreuses années plus tard, en 2010, les procédures engagées en France contre Paneurolife, mais aussi contre d'autres sociétés dont le cas avait été moins médiatisé, ont été closes en toute discrétion par des non-lieux que le vide des dossiers d'accusation rendait inéluctables. Depuis, la suppression du secret fiscal en 2013 a mis fin aux polémiques assimilant la LPS à de l'évasion fiscale. En sorte qu'aujourd'hui, la légitimité de l'activité internationale des assureurs luxembourgeois ne fait plus débat,

même en France. Celle-ci est redevenue le principal marché de l'assurance vie luxembourgeoise, très prisée par les épargnants français. Du reste, tous les grands groupes français d'assurance et de bancassurance sont représentés à Luxembourg. Même le premier assureur de personnes français, CNP Assurances, dont l'actionnariat est sous contrôle public, y a établi en 2016 une filiale qui se flatte de commercialiser depuis 2017 avec grand succès ses produits en France et qui vise désormais les marchés belge et italien. Cette présence vaut brevet d'honorabilité pour la place d'assurance luxembourgeoise.

Est-ce à dire que désormais le marché unique de l'assurance est sur des rails et que rien ne s'oppose plus à son développement ? Hélas non. Lors de l'Insurance Day, le directeur du CAA lui-même a déploré le retour, dans certains pays, de mesures visant à imposer aux opérateurs étrangers des règles nationales non justifiées par l'intérêt général. Ce qui est tout à fait regrettable ; et conduit à s'interroger sur l'inertie de la Commission devant ces violations manifestes des règles communautaires, alors que sa mission de gardienne des traités lui fait le devoir de protéger le marché unique.

Il reste que, malgré les imperfections qui demeurent, l'assurance luxembourgeoise a su habilement tirer parti de l'ouverture du marché unique de l'assurance. Elle est du reste la seule parmi les pays d'Europe continentale à l'avoir fait. Et elle s'est forgée en la matière une réputation à laquelle le Brexit a apporté une confirmation inattendue.

Exposés à la perspective d'une sortie du Royaume-Uni de l'Union européenne, les assureurs londoniens opérant à l'international et désireux de conserver les bénéfices du passeport européen ont eu à choisir une autre juridiction. Plusieurs ont, dès 2017, manifesté de l'intérêt pour Luxembourg. Et en fin d'année 2018, le directeur du CAA pouvait annoncer que douze opérateurs (onze entreprises non vie et une entreprise vie) avaient fixé leur choix sur Luxembourg, plusieurs d'entre eux ayant déjà obtenu leur agrément et démarré leur activité. Ces belles prises s'expliquent par l'expérience avérée du Luxembourg dans les différents domaines de l'assurance internationale ; et par la présence à Luxembourg d'un régulateur spécialisé dans l'assurance, qui s'applique à être réactif et accessible et qui bénéficie d'une excellente réputation à l'international. L'arrivée à Luxembourg de ces naufragés du Brexit a d'ores et déjà influé, comme on l'a vu, sur les primes 2018. Et le CAA estime qu'elle va entraîner une multiplication par trois de l'activité internationale en non vie. Ce qui est considérable et viendra opportunément renforcer le rééquilibrage de l'assurance luxembourgeoise en faveur des branches non vie.

Mais quid si, au final, le Brexit n'avait pas lieu ? C'est là une hypothèse peu probable, mais qui ne saurait être exclue compte tenu de la gestion erratique du dossier par les autorités britanniques. On est donc réduit au « wait and see », tout en restant sceptique sur la volonté des assureurs désormais installés à Luxembourg de regagner une juridiction qui aurait manifesté une telle versatilité.

Deloitte.



Connect with the new generation of investors

While the fund industry is undergoing major regulatory changes, investors are expecting digital solutions for their business needs. At Deloitte, we combine our regulatory expertise with the technical tools you will need to compete effectively in the global economy.

<https://www.deloitte.com/lu/im-services>

© 2019 Deloitte Tax & Consulting

Weichenstellung



Sabine Dörny

Grüne Finanz als gesellschaftliche (Richtungs-)Entscheidung

Mülldeponie in Hsipaw (Myanmar)

Sabine Dörny

Angenommen, Sie investieren heute in eine Grüne Anleihe (*green bond*), das heißt in eine zinstragende Schuldverschreibung, deren Erlöse in Umweltprojekte fließen. Eigentlich eine hervorragende Sache, aber bis zur Fälligkeit Ihrer 30-jährigen Anleihe wird das Abschmelzen der Polkappen 300 Millionen Menschenleben gefährdet oder beendet haben, und das weltweite Ökosystem, das wir kennen, wird verschwunden sein; vielleicht zusammen mit dem von Ihnen geförderten Projekt. Wie sinnvoll und zielführend also kann grüne Finanz überhaupt sein?

Grüne Finanz ist eines der Schlagwörter unserer Zeit, aber trotz seiner Prominenz hochgradig diffus. Dies ist eine erste zentrale Herausforderung in der Debatte über das Ergrünen der Finanzwirtschaft. Eine auf dieser begrifflichen Ambivalenz fußende weitere Herausforderung ist das Schaffen von Rahmenbedingungen, die das Ergrünen der Finanzwirtschaft tatsächlich einfordert und ermöglicht, und damit so genanntes *green washing* nicht gelten lässt. Hier ist die Politik in der Pflicht. Politik und Wirtschaft müssen sich also nicht nur darauf einigen, was grüne Finanz eigentlich ist und sein soll, sondern auch auf Maßnahmen, die sicherstellen, dass die Ergebnisse der grünen Finanz an ihrer Zielstellung auch gemessen werden können und werden.

Fragen Sie zehn Vertreter/innen aus Industrie, Politik und Gesellschaft nach ihren Vorstellung über grüne Finanz, und Sie werden zehn verschiedene Antworten erhalten. Grüne Finanz wird im Allgemeinen mit einem engen Fokus auf Finanzdienstleistungen über alle Anlagekategorien hinweg definiert, die einen ökologischen Nutzen bringen. Im terminologischen Dschungel lässt sich neben der grünen Finanz noch die „nachhaltige Finanz“ (*sustainable finance*) finden. Nachhaltige Finanz ist begrifflich weiter gefasst und umfasst nicht nur Finanzdienstleistungen, die positive Umweltwirkungen erzielen sollen, sondern darüber hinaus auf *impact investing* in den Bereichen Soziales und verantwortungsvolle Unternehmensführung abzielt, um neben dem finanziellen Gewinn vor allem positive soziale und gesellschaftliche Effekte zu erzielen.

Leider lösen die terminologischen Feinheiten nicht die inhaltliche Unschärfe, denn wie messen Sie die Wirkung (*impact*) von grünen oder nachhaltigen Finanzprodukten? Wie grün muss ein Investmentfonds, in den Sie investieren, sein, um als grün gelten zu können? Darüber herrscht immense Uneinigkeit, und diese begriffliche Ambivalenz lädt noch immer zur individuellen Interpretation ein.

Grüne Finanz vom Ende her gedacht, bedeutet eine gesellschaftliche Richtungsentscheidung. Sie kann eine große Chance und eine wichtige Möglichkeit

Finanzzentren, die zuerst Standards setzen und Regeln implementieren, setzen internationale Orientierungsmarken, an denen sich andere Finanzzentren messen lassen müssen

sein, unseren sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisen mit konzentrierten Maßnahmen zu begegnen. Dazu benötigen wir einen neuen Gesellschaftsvertrag (manche fordern einen *Green New Deal*), der nicht nur auf sozioökonomische Verbesserungen abzielt, sondern vor allem die zentrale Umweltdimension gleichwertig mit einbezieht. Die potentielle Bandbreite eines solchen Vertrags lässt sich durch die folgenden beiden Entwicklungsextreme *pro-growth* und *post-growth* skizzieren. In anderen Worten, wir können unsere Wirtschaften entweder *grün wachsen* oder grün „*schrumpfen*“ lassen (schrumpfen nicht im Sinne von absoluter Schrumpfung, sondern im Sinne des Überwindens von Wachstumszwängen). Beide Standpunkte sind sicher ähnlich radikal; sie verdeutlichen dennoch die Notwendigkeit eines tiefgreifenden Veränderungsprozesses, einer Transition, auch in der und um die Finanzindustrie herum.

Diskurse zur Grünen Finanz werden auf ganz unterschiedlichen Ebenen aufgesetzt. Multilaterale Organisationen wie die Unep, Weltbank, Europäische Zentralbank und viele mehr spielen eine ebenso wichtige Rolle wie die Nationalstaaten, die wiederum über ihre Mitgliedschaften an diesen multilateralen Organisationen an der globalen Diskursbildung über grüne Finanz entscheidend mitwirken. Jeder Nationalstaat bettet logischerweise seinen Diskurs über den Stellenwert von Grüner Finanz in seine jeweilige nationale Ökonomie ein, die sich wiederum von Land zu Land deutlich unterscheiden. Während Länder wie Großbritannien, Luxemburg und Singapur auf die Finanzindustrie als Schlüsselindustrie setzen, versucht Deutschland die Grüne Finanz mit den an neuen Nachhaltigkeitskriterien ausgerichteten Produktionsmodellen (Industrie 4.0, Kreislaufwirtschaft und andere) in seinen Schlüsselsektoren Automobil- und Chemieindustrie auszurichten. Regelsysteme sind also tief

in den nationalen Kontexten verankert, und die Implementierung harmonisierter internationaler Regeln zur Verfolgung eines gegebenen Grüne-Finanz-Ziels variiert entsprechend dem nationalen Wirtschaftsmodell.

Ein in meinen Augen enormes Defizit liegt in der weitgehenden Ausklammerung der Rolle der Finanzzentren im internationalen Diskurs um grüne Finanz und deren künftiger Gestaltung. Die Rolle der internationalen Finanzzentren wie Hongkong, London oder eben Luxemburg als Motoren und Gravitationszentren für Transitionen in der Finanzindustrie ist nicht nur weitgehend unerforscht, sondern scheint auch auf der politischen Ebene nur nachrangige Bedeutung zu erfahren. Im Dezember 2017 veröffentlichte das UN-Umweltprogramm (Unep) einen ersten, zaghaft explorativen Bericht im Bestreben, ein nachhaltiges Finanzsystem fußend auf und getragen von der Zusammenarbeit wichtiger „grüner“ Finanzzentren zu implementieren, um Vorteile neuer „ergrünender“ Initiativen zu nutzen und bestenfalls zu skalieren. Zur Erinnerung, eine Verständigung auf eine einheitliche Definition zur grünen Finanz gibt es (noch) nicht.

Finanzzentren sind zweifellos die zentralen Knotenpunkte im Nervensystem der globalen Finanzwirtschaft, in der sich spätestens seit den 1980er Jahren die Organisation und Kontrolle der (internationalen) Finanzaktivitäten konzentrieren. Die an diesen immer mächtigeren Finanzzentren ansässigen Banken, Vermögensverwalter, Börsen, Anwaltskanzleien und andere Beratungsdienstleister entscheiden vor allem an diesen Orten, welche Spielart der Grünen Finanz in Zukunft proklamiert und „produziert“ werden wird. Hinzu kommt, dass diese globalen Finanzdienstleister in der Regel an vielen Finanzzentren zugleich vertreten sind und dort ihre Interessen parallel ausspielen und geltend machen (können). Das heißt jedoch nicht, dass Stakeholder dieser globalen Finanzunternehmen keinen Einfluss auf die Aushandlungsprozesse innerhalb dieser Richtungsentscheidung haben. Allerdings ist zu beobachten, dass Interessenallianzen zwischen den Regierungen und der Finanzindustrie eng sein können.

Solch enge Allianzen können durchaus wichtige Signale setzen und positive Anreizwirkungen für die private Wirtschaft entfalten. Eine Welle an neuen ins Leben gerufenen Initiativen verdeutlicht gegenwärtig wichtige Entwicklungen, in denen Initiativen von den Regierungen, der privaten Finanzwirtschaft und transnationalen Organisationen gemeinsam getragen werden, um langfristig grüne Finanzierungs-lösungen für regional höchst unterschiedliche Problemlagen anzubieten. Singapurs Bevölkerung ist in den Wintermonaten beispielsweise immer

wieder akuter Luftverschmutzung durch die anhaltende flächenhafte Brandrodung des Regenwalds im benachbarten Indonesien ausgesetzt. Unter anderem als Reaktion darauf hat die Singapurische Zentralbank gemeinsam mit dem WWF die *Asia Sustainable Finance Initiative* ins Leben gerufen, die sich nachhaltigen Finanzkriterien verschreibt, um Brandrodung und andere Formen der Umweltzerstörung durch die Finanzierung von nachhaltiger Forstwirtschaft und anderen Umweltprojekten zumindest einzudämmen.

Eine etwas anders gelagerte Strategie fährt Luxemburg. Das Finanzzentrum spielt seine Expertise als einer der weltweit führenden Investmentfondsstandorte aus und hat gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) eine Klimafinanzierungsplattform ins Leben gerufen. Der Staat Luxemburg investiert über den dort implementierten *Green for Growth Fund* in vielfältige Erneuerbare-Energien-Projekte im Nahen Osten und in Nordafrika.

Wie lassen sich solch unterschiedliche umweltverträgliche Finanzierungen und Finanzierungsinitiativen, die alle unter dem Dach-Label „Grüne Finanz“ firmieren, tatsächlich vergleichen? Wie lassen sie sich in ihrer Wirkung messen? Wie definieren Sie, was grüne/nachhaltige Finanz ist, wenn nicht nur die lokalen und nationalen Gegebenheiten, sondern auch die Interessenlagen vor Ort so unterschiedlich gelagert sind? Der Staat und die Finanzindustrie sind mächtige, gestaltende Akteure des institutionellen Wandels hin zur Grünen Finanz der Zukunft. Wie die nationalen Wirtschaften und Gesellschaften sich unterscheiden, unterscheiden sich jedoch auch Finanzzentren in ihrer Spezialisierung auf bestimmte Finanzindustrien. Jede dieser Subindustrien hat ihre eigenen Ökosysteme hervorgebracht, die wiederum sowohl in komplexe, oftmals supranationale Regelsysteme, als auch in unterschiedliche nationale Politiksysteme und Industriestrategien eingebettet sind.

Zudem ergänzen sich die Finanzzentren oft arbeitsteilig. Diese Arbeitsteilung kann etwa eine Abstimmung ihrer Regelsysteme beinhalten oder aber komplementäre Kompetenzen bei der Gestaltung von Finanzprodukten und -dienstleistungen. Die Institutionen und Funktionsweisen eines Finanzzentrums passen sich zudem an die anderer Finanzzentren an, um Wettbewerbsvorteile nicht an Konkurrenzplätze zu verlieren. Finanzzentren, die zuerst Standards setzen und Regeln implementieren, setzen in gewisser Weise internationale Orientierungsmarken, an denen sich nachfolgende Regelungen in anderen Finanzzentren messen lassen müssen. Luxemburg hat sich hier bislang gut positioniert, aber andere Finanzzentren lernen schnell und ziehen mit innovativen Ideen und weitreichen-

deren Initiativen nach (und sogar vorbei). Scheinbar neue Finanzzentren wie Casablanca betreten die internationale „grüne“ Finanzbühne, während andere, etablierte Finanzzentren wie New York im grünen Ranking gar nicht auftauchen.

Die Diskussion um grüne Finanz, die sich gegenwärtig hauptsächlich um den Erfolg und die Messbarkeit grüner Finanzprodukte dreht, muss also in größere strukturelle und gesellschaftliche Debatten eingeordnet werden, sofern sie wirklich als ein Instrument zur globalen Krisenbewältigung verstanden und eingesetzt werden will. Solch eine Transition zur grünen Finanz ist ein politisches Projekt, für dessen zukünftige Ausrichtung die internationale Staatengemeinschaft ebenso wie die private globale Finanzwirtschaft eine Schlüsselrolle spielen.

Noch ist offen, inwieweit Kontinuität oder Bruch mit dem bisherigen schuldengetriebenen Finanzsystem die grüne Finanz von morgen prägen werden. Es geht eben nicht nur um das Finden entsprechend grüner Labels und Anlagevehikel oder Finanzinstrumente, um grüne Legitimität nach jetziger Lesart für die Anleger/innen herzustellen. Vielmehr ist grüne Finanz eine große gesellschaftliche Verantwortung, in die sich nicht nur die Bereitstellung öffentlicher und privater Investitionen einfügt, sondern in den auch die Zivilgesellschaft sowie neue Formen alternativen Wirtschaftens auf regionaler und kommunaler Ebene mit einbezogen werden müssen. Auf diese Weise könnte grüne Finanz auch ermöglichen, neben der wichtigen ökologischen Dimension, die den Rückgang von Artenvielfalt, Boden- und Wasserqualität und vieles mehr adressieren kann, auch die in vielen Ländern erodierende finanzielle und wirtschaftliche Basis der Kommunen wieder zu stärken, die von den Globalisierungsgewinnen in den letzten Jahrzehnten abgekoppelt wurden.

Dies stellt Fragen nach den Motiven und Verantwortung finanzwirtschaftlicher Aktivitäten in den Vordergrund, die sich mit Zielen der Gemeinwohlorientierung, gesellschaftlichen Werten und Leitbildern endlich auseinandersetzen müssen. Grüne Finanz kann einen starken *ein- und verbindenden* Charakter entwickeln und eine wichtige Vorreiterrolle zur Stärkung unserer Umwelt, unserer Ökonomien und unserer Gesellschaften spielen. Die Weichen werden gegenwärtig gestellt.

Sabine Dörny ist Wirtschafts- und Finanzgeografin. Sie forscht am Liser und in Oxford über geo-ökonomische und geopolitische Zusammenhänge zwischen den internationalen Finanzzentren, vor allem vor dem Hintergrund neuer, tiefgreifender Entwicklungen wie FinTech und grüne Finanz.

Finances et droits de l’homme

Devoir de vigilance

Charles Muller

Il y a plus de quatre ans, la Commission européenne sous la houlette du Britannique Lord Hill avait promis de créer une « Union des marchés des capitaux » en Europe. Mais seulement voilà, comment faire lorsque la plus grande place financière européenne (et le commissaire en charge) vous déclare soudainement vouloir quitter le navire ? Aussi, l'équipe Juncker a changé son fusil d'épaule et a converti son effort en « Plan d'action pour la finance durable ». Bouche-trou, fourre-tout, « hype », ou nouveau paradigme de la finance européenne ? L'avenir nous le dira. Toujours est-il qu'une ribambelle d'initiatives sont maintenant en cours qui auront également un impact sur le secteur financier luxembourgeois.

SDG, ESG, etc.

Le premier souci est celui de la multitude de définitions différentes qui sont censées toutes vouloir environ dire la même chose mais pourtant ne le font pas. On parle de finance « durable », de finance « responsable », de critères « ESG » pour « environnement-social-gouvernance » ... Mais ce à quoi on pense, c'est avant tout, ou souvent exclusivement, l'aspect environnemental et plus particulièrement le climat, la réalisation des objectifs fixés par les accords de Paris de 2015 (Cop21). Un exemple flagrant de ce pot-pourri terminologique a été livré lors de la récente présentation de la « sustainable finance roadmap » luxembourgeoise. Alors que la ministre de l'Environnement, Carole Dieschbourg (Déi Gréng), a placé l'effort dans le contexte large des 17 « Sustainable Development Goals » (SDG) des Nations-Unies, son homologue aux Finances, Pierre Gramegna (DP), l'a réduit au changement climatique.

La distinction peut sembler académique mais n'est en réalité pas anodine : le développement durable, version Onu, regroupe également les aspects liés aux droits de l'homme et notamment à la lutte contre la pauvreté, contre la faim, pour une éducation de qualité et un travail décent, pour l'égalité des sexes ... Même si l'aspect « e » (pour environnemental) est certainement celui qui est actuellement le plus présent dans les médias et dans la rue, il ne faut pas oublier l'aspect « g » (pour gouvernance) ni l'élément social avec un tout petit « s » car c'est actuellement le grand absent du débat luxembourgeois.

Le plan d'action inconnu

Et pourtant, ce n'est pas comme si les droits de l'homme étaient totalement ignorés dans les ambitions gouvernementales. En 2018, le conseil de gouvernement a adopté un plan d'action « entreprises et droits de l'homme » qu'un groupe de travail au ministère des Affaires étrangères, mené par le très dynamique ambassadeur itinérant pour les droits de l'homme Marc Bichler, est en train de mettre en œuvre. Seulement voilà, il n'existe aucun lien apparent entre cet effort (concentré sur le respect des droits de l'homme au Luxembourg) et ce que la « sustainable finance roadmap » veut atteindre. Cette dernière se dirige avant tout vers l'international, compte tenu de l'orientation de notre place financière. Que ce que nous faisons chez nous peut avoir des conséquences au-delà de nos frontières est pourtant évident et vient d'être démontré lorsque la presse internationale a mis en rapport le meurtre du journaliste Jamal Khashoggi avec une « spyware » élaborée par une société ayant son quartier général au Kirchberg.

L'esclavage moderne

À une question parlementaire posée dans ce contexte par le député David Wagner (Déi Lénk), les ministres Jean Asselborn et Etienne Schneider (LSAP) répon-daient : « Dans le cadre de la mise en œuvre du Plan d'action national, le Gouvernement luxembourgeois déploie des efforts de sensibilisation auprès des entreprises, et attend de la part de celles-ci le plein respect des droits humains. Dans son programme pour les années 2018 à 2023, le gouvernement luxembourgeois s'est en outre engagé à étudier la possibilité de légiférer sur le devoir de diligence pour les entreprises domiciliées au Luxembourg. »

Certains pays européens, notamment le Royaume-Uni (Modern Slavery Act, 2015) et la France (Loi sur le devoir de vigilance, 2017), ont déjà franchi le pas des mesures obligatoires pour les entreprises d'une certaine taille. D'autres, comme l'Allemagne, tablent sur un effort volontaire tout en prévenant qu'un manque de « bonne volonté » pourrait également

Beaucoup de clients « retail » ne savent pas où l'argent qu'ils ont « à la banque » part vraiment. Ils ne se sont jamais posé la question et personne ne la leur pose

engendrer des mesures législatives. D'ailleurs un partenariat public-privé, connu sous le terme « Liechtenstein initiative », veut mettre l'industrie financière au cœur de la lutte contre l'esclavage et le trafic humain. Et finalement, il existe aujourd'hui une version « zéro » d'un instrument international juridiquement contraignant sur les sociétés transnationales et autres entreprises et les droits de l'homme. Cet effort est placé sous l'égide du Conseil des droits de l'homme de l'Onu pour lequel le Luxembourg est candidat.

Ce que le législateur attend

En attendant donc de potentielles mesures coercitives, les principes directeurs des Nations-Unies – auxquels les ministres font référence – exigent des entreprises à l'article 13 « qu'elles évitent d'avoir des incidences négatives sur les droits de l'homme ou d'y contribuer par leurs propres activités, et qu'elles remédient à ces incidences lorsqu'elles se produisent ; qu'elles s'efforcent de prévenir ou d'atténuer les incidences négatives sur les droits de l'homme qui sont directement liées à leurs activités, produits ou services par leurs relations commerciales, même si elles n'ont pas contribué à ces incidences. »

Il ne fait aucun doute que le fait d'acheter une action de, ou d'accorder un prêt à une entreprise constituent des activités dans ce sens. Les banques, fonds d'investissement et assurances sont donc directement visés et concernés. Si l'inobservation de ces principes n'en-

traîne actuellement aucune sanction pénale directe, elle n'est pas sans risque : celui de perdre de l'argent (lorsque la société se retrouve en difficulté), se faire attaquer en justice pour complicité ou en dommages-intérêts, perte de réputation ... Le site *business-humanrights.org* regorge d'exemples d'acteurs financiers qui se font épingler dans ce contexte.

La Commission européenne a, dans le contexte de son plan d'action « finance durable », proposé en outre de modifier les directives ayant trait aux acteurs du secteur financier (Ucits, AIFMD, Mifid et IDD) afin de rendre obligatoire l'analyse et la publication des risques liés aux facteurs ESG, qui englobent donc les droits de l'homme.

Ce que les investisseurs et clients attendent

Peu à peu, l'attente des clients change également, à commencer par les investisseurs institutionnels comme les fonds de pension et les fonds souverains. Ainsi, Norges Bank Investment Management a des exigences très claires envers les CA des sociétés avec lesquelles la banque travaille : « Boards should ensure that the company has a policy to respect human rights and that relevant measures are integrated into corporate business strategy, risk management and reporting. [...] Boards should ascertain that the ensuing responsibilities are clearly defined within the organization and they should effectively guide, monitor, and review their management in carrying out these efforts. » Dr. Başak Bağlayan de l'Université du Luxembourg constate : « Environmental, social, and governance factors, once at the fringe of the investment community, are now rapidly becoming mainstream. [...] Globalization, the internet and social media, climate change, and changing community and stakeholder norms have all contributed to the growing relevance of ESG factors in many investors' decisions. »

Si donc les investisseurs institutionnels se sont révélés, les clients dits « retail » n'en sont qu'à leurs débuts : beaucoup d'entre eux ne savent pas où l'argent qu'ils ont « à la banque » ou dans des fonds d'invest-

tissement part vraiment. Ils ne se sont jamais posé la question et personne ne la leur pose. C'est ce qui a amené la Commission européenne à proposer une autre modification de la directive Mifid tendant à rendre obligatoire la récolte d'informations sur les préférences ESG des clients. Mais même sans cette modification, rien n'empêche les banques d'avoir cette discussion avec leurs clients, et rien n'empêche les clients de la rechercher.

Encore faudrait-il que les conseillers soient formés en la matière et puissent recommander des produits adaptés. Ce qui, à son tour, pose la question du « greenwashing », c.-à-d. de l'utilisation de labels dits ESG par des produits qui en fait ne le sont pas. La Commission européenne travaille actuellement sur une taxonomie (un ensemble de définitions) ainsi qu'un label aux critères reconnus qui viendrait compléter les labels nationaux et privés qui existent déjà (comme ceux délivrés par Luxflag, une Asbl luxembourgeoise regroupant des acteurs étatiques et privés).

Ce que le secteur financier peut faire

Il existe un certain nombre de pistes que les acteurs du secteur financiers peuvent suivre. Ainsi il existe des « Principles for Responsible Investment » et, depuis peu, également des « Principles for Responsible Banking » (que d'ailleurs l'ABBL a été la première fédération bancaire à signer). Il existe des lignes directrices de l'OCDE et les « Equator Principles », un cadre de référence du secteur financier visant à identifier, évaluer et gérer les risques environnementaux et sociaux des projets. Et il existe le très pratique « UNEP FI Human Rights Guidance Tool for the Financial Sector », un site en ligne destiné à informer tout particulièrement les institutions financières sur les risques liés aux droits de l'homme.

En gros, l'approche préconisée suit les axes suivants : Formellement reconnaître l'importance du respect des droits de l'homme ; comprendre et identifier les risques qui y sont liés dans les activités ; se donner une stratégie d'action ; faire le suivi

de ces actions ; rendre sa stratégie publique et faire un rapport sur l'évolution.

Ainsi le groupe BNP Paribas retient-il : « En tant que banque, nous sommes amenés à financer de nombreuses industries, dont certaines présentent des défis environnementaux, sociaux et de gouvernance majeurs. C'est le cas, par exemple, dans le domaine de la défense, de l'huile de palme ou encore de l'énergie nucléaire. Pour ces secteurs, nous avons défini des politiques imposant la prise en compte d'exigences ESG, en plus des critères de performance économique, dans nos décisions de financement et d'investissement. Élaborées en concertation avec des experts indépendants, ces politiques publiques s'appliquent à l'ensemble des métiers et pays dans lesquels le Groupe est implanté. »

Ou encore le groupe ING, qui a émis un rapport spécifique sur cinq risques liés aux droits de l'homme. « For ING as an employer, these are work-related stress and discrimination; as a corporate lender, these are land-related community issues, child labour and forced labour. Knowing the biggest risk to our people and the people in the supply chains that we finance [...] means we can start managing them first. »

Parfois il faut une goutte pour faire déborder le vase, pour passer de la bonne intention à l'action. Cela peut être une jeune fille qui organise une grève à Stockholm, ou une fabrique de textile qui s'écroule et tue des centaines d'ouvriers au Bangladesh. Ou de jeunes talents qui refusent un emploi dans une institution financière dont la réputation laisse à désirer. En tout cas, il semble que, sous l'influence combinée des exigences des législateurs et de l'attente des clients et des investisseurs, la recherche du seul rendement pécuniaire dans le monde de la finance ne soit plus de mise.

Charles Muller est avocat à la Cour et directeur indépendant. Il co-préside l'ONG Finance and Human Rights Asbl ensemble avec Markus Loening, ancien « Menschenrechtsbeauftragter » du gouvernement allemand.



« Made in Bangladesh ». En avril 2013, l'effondrement d'une usine textile dans la banlieue de Dacca avait fait 1 138 morts et posé la question de la responsabilité sociale des multinationales

Digitale Musterknaben



„Nation Branding“ auf Liechtensteinisch. Promotionsvideo des Fürstentums

Martin Ebner

Seine Kunden brauche er gar nicht zu kennen, sinniert Ossi in Vaduz, als er um 1950 als Treuhänder anfängt: „Ich gründe ihnen eine Anstalt, sie zahlen die Gebühren und jeden Handschlag, den wir für sie tun. Danach lösche ich die Anstalt wieder, und guat ganga isch.“ Das Lesestück *Krötenarie* (Chronos Verlag, Zürich), das der Schriftsteller Stefan Sprenger bei der letzten Buchmesse in Frankfurt vorstellte, schildert den Aufstieg des Finanzplatzes Liechtenstein – bis das große Geld ab den 1970er Jahren das ganze Ländchen „in Geiselhaft genommen“ habe.

Heute will das Fürstentum am Alpenrhein nichts mehr wissen von seinen rustikal-zwielichtigen Anfängen. Seine Geschäfte sollen nun ganz legal und transparent sein. Und nachhaltig. Und schnell und innovativ! Groß rauskommen wollen die Liechtensteiner aber nach wie vor. Patrick Bont von der Finanzmarktaufsicht FMA freut sich über Fintechs: „Ein relativ kleiner Finanzplatz hat durch die Skalierungsmöglichkeiten in der digitalen Welt plötzlich eine Reichweite, wie sie in der analogen Welt nur die ganz großen Finanzplätze hatten.“

In Liechtenstein verwalten Banken, Versicherungen, Fonds und Treuhänder mit rund 6 350 Angestellten um die 300 Milliarden Schweizer Franken. Sie erwirtschaften dabei ein Viertel der Wertschöpfung und mehr als die Hälfte der Steuern des Mini-Staats. Das lässt sich noch steigern, hofft die Regierung in Vaduz: Am 21. Februar veröffentlichte sie eine neue „Finanzplatzstrategie“. Das Papier folgt der „Liechtenstein-Erklärung“ von 2009, die Transparenz und Steuer-Kooperation gelobte, und einer Regierungserklärung von 2013 zum automatischen Austausch von Steuer-Informationen.

Die Hauptthemen sind nun „Konformität mit internationalen Standards“ und „Digitalisierung“. Konkrete Maßnahmen kündigt die Finanzplatzstrategie in vier Bereichen an. Angefangen bei der Governance und Anerkennung: Um mög-

lichst früh an der internationalen Standardsetzung beteiligt zu sein, prüft die Regierung einen Beitritt zum Internationalen Währungsfonds und zur OECD. Um OECD und EU-Finanzaufsichtsbehörden näher zu kommen und weil Frankreich mit dem Brexit an Bedeutung ge-

winne, will Liechtenstein in Paris eine ständige Vertretung eröffnen. Um unschöne Skandale zu vermeiden, soll die Kontrolle von Treuhändern und Stiftungen verschärft werden – das sei auch gut für den „Philanthropie-Standort“.

Um seinen Marktzugang zu garantieren will Liechtenstein außerdem weitere Doppelbesteuerungs- und Freihandelsabkommen abschließen. Das „weltweit erste Rahmengesetz für die Token-Ökonomie“ soll Besitzansprüche im Blockchain-Zeitalter regeln und die rechtliche Grundlage für den „Digitalen Finanzplatz“

schaffen. Ein „Passport auf Basis elektronischer Identität“ soll „die durchgehend digitale Geschäftsaufnahme mit liechtensteinischen Unternehmen erleichtern“. Liechtenstein setzt auch auf Kommunikation: Eine neue Public-Private-Partnerschaft von Regierung und Finanz-Verbänden soll die Standortvorteile „aktiver nach außen“ vermitteln. Liechtensteins Sichtbarkeit in internationalen Statistiken, Indizes und Rankings soll verbessert werden.

Der Image-Politur hilft auch, dass Fürst Hans-Adam II, der als reichster Monarch Europas

gilt, eine der größten Kunstsammlungen um die Welt touren lassen kann. Das 300-Jahr-Jubiläum seines Ländchens wird heuer besonders in Wien gefeiert, quasi offshore: Garten- und Stadtpalais Liechtenstein öffnen für Sonderführungen. In der Albertina, wo Leihgaben des berühmten Vaduzer Treuhänders Herbert Batliner schon länger die Hauptattraktion sind, können noch bis zum 10. Juni mehr als 200 Werke aus der Fürstensammlung bewundert werden. Woher einst das Geld für die goldene Pracht wohl kam, das müssen die Besucher gar nicht so genau wissen.



Les risques, il vaut mieux les prendre pendant l'apéro

Si l'envie vous démange, prenez un risque culinaire plutôt qu'un risque financier. Mettez votre capital au travail en confiant votre patrimoine à Capital at Work. Grâce à notre processus d'investissement cohérent nous nous engageons à assurer une croissance soutenue de votre patrimoine. Vous pouvez donc profiter de la vie pendant que nos experts passionnés gèrent votre capital.

Dirigez-vous vers capitalatwork.com et prenez rendez-vous avec votre Wealth Manager.

capitalatwork
Wealth Management  Foyer Group

WEALTH MANAGEMENT | ESTATE PLANNING

Brav und bald noch besser: Liechtenstein hat eine neue Finanzplatzstrategie